

100% sozial.

Entwurf des Wahlprogramms
Bundestagswahl 2013

DIE LINKE.

100 Prozent sozial.

Einführung	S. 5
I Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit	S. 10
Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs	S. 11
Mitbestimmung ausbauen und Arbeitszeit verkürzen gegen den Dauerstress	S. 13
Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV	S. 16
Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen	S. 19
Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken – Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin	S. 22
Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte	S. 24
Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar	S. 26
Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen	S. 29
Für bezahlbare Mieten: Spekulation mit Wohnraum stoppen	S. 32
Gemeinsam lernen: Bildung ist keine Ware	S. 34
Demokratische Wissenschaften: Forschung für die Welt von morgen	S. 37
Damit wir leben können, wie wir wollen:	S. 39
1. Geschlechtergerecht und solidarisch	S. 40
2. Bunt und verlässlich: für eine Familienpolitik, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen	S. 42
3. Vielfalt stärken: unterschiedliche Lebensweisen respektieren	S. 45
II Unser Rettungsschirm heißt Solidarität. Für ein demokratisches Europa, gegen Kürzungsdiktate und Sozialabbau	S. 46
Für einen gerechten Weg aus der Krise: Die Gesellschaft ist nicht für die Banken da, sondern die Banken haben der Gesellschaft zu dienen	S. 47
Neustart für Europa: demokratisch und sozial	S. 49
III Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg!	S. 52
Konflikte friedlich lösen – Auslandseinsätze beenden	S. 53
Soziale Gerechtigkeit global	S. 54
Das Internationale Recht stärken und Menschenrechte friedlich durchsetzen	S. 55
Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben	S. 56
IV Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft demokratisieren	S. 57
Profitlogik in die Schranken weisen	S. 57

1	Industriepolitik für die Zukunft: ändern, was wir wie produzieren	S. 59
2	Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung	S. 60
3	Die Macht der Monopole brechen:	
4	Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung	S. 61
5	Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, die Macht der	
6	Unternehmen begrenzen	S. 63
7	Mobilität für alle: flexibel, ökologisch, bezahlbar	S. 64
8	Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse	S. 66
9	Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland:	
10	Löhne und Renten angleichen	S. 67
11	Den ländlichen Raum lebenswert machen. Natur und Tiere schützen	S. 69
12	Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht	S. 70
13		
14	V Demokratische Teilhabe:	
15	Für eine Demokratie, in der es was zu entscheiden gibt	S. 71
16	Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen	S. 73
17	Kein Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie	S. 74
18	Demokratie für alle, die hier leben. Gleiche Rechte	
19	für Migrantinnen und Migranten	S. 75
20	Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten	S. 76
21	Selbstbestimmt und mittendrin: Eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse	S. 76
22	Für eine moderne Drogenpolitik:	
23	Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken	S. 78
24	Recht auf Feierabend: freie Zeit genießen	S. 79
25	Kultur für alle statt prekär kreativ	S. 80
26	Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung	S. 81
27	Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen	S. 82
28		
29	VI Gemeinsam das Land verändern	S. 84

100 Prozent sozial.

Einführung

Soziale Gerechtigkeit ist das Programm der LINKEN. Vor der Wahl und nach der Wahl, in den Parlamenten und in Auseinandersetzungen im Betrieb, auf der Straße, in Initiativen, im Alltag: Wir wollen Armut beseitigen und Reichtum umverteilen. Soziale Grundrechte, gute Arbeit für alle und freie Bildung. Wir wollen das öffentliche gemeinsame Eigentum stärken und öffentliche Dienstleistungen ausbauen und verbessern. Wir stehen für den Frieden ein. Das macht von Anfang an unsere Politik aus. Unsere Überzeugung wechselt nicht, weil Wahlen sind. Viele reden jetzt – pünktlich zu Beginn des Wahlkampfes – wieder von sozialer Politik, aber Worte kosten nichts. DIE LINKE macht Druck. Wir wollen dafür sorgen, dass auf Worte Taten folgen.

Niemand darf arm werden, weil er oder sie alt ist, erwerbslos oder weil die Eltern arm sind. Wir wollen Armut bekämpfen: Das Hartz-IV-System muss weg. Erwerbslose werden drangsaliert, denn sie dürfen auch die schlechtesten Jobs nicht ablehnen, Sanktionen drohen. Das erhöht auch den Druck auf die Beschäftigten, niedrige Löhne und Überstunden zu akzeptieren. Kinder müssen wirksam vor Armut geschützt werden. Wir wollen für Beschäftigte wie für Erwerbslose Respekt, Würde und ein gutes Leben.

Unsere Forderungen sind nicht abstrakt, sondern sehr konkret: Für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen müssen Tarifverträge verbindlich sein. Der Druck auf die Beschäftigten muss beendet werden: keine Dumping-Konkurrenz durch Leiharbeit, Werkverträge und Niedriglohn. Viele arbeiten bis zum Umfallen, und es reicht doch vorne und hinten nicht zum Leben. Wir brauchen Arbeitsplätze für alle, von denen sich gut leben lässt. Auch im Alter. Die Renten dürfen nicht nur vor Armut schützen, sie müssen den Lebensstandard sichern. Endlich auch im Osten Deutschlands! Über 20 Jahre nach der Wende ist das Land immer noch gespalten. Wir werden das nicht hinnehmen. Das sind die Interessen, die wir aufgreifen, verteidigen, die uns am Herzen liegen. Die Lobby der Konzerne und Reichen findet bei uns kein Gehör.

Soziale Gerechtigkeit und wachsende Ungleichheit sind unvereinbar. Ungleichheit aber kann nur wirksam bekämpfen, wer den Mut hat, Reichtum zu begrenzen und so umzuverteilen, dass er allen zugutekommt. Wir knicken nicht vor den Reichen ein: Wir wollen Reiche und Reichtum – Millionäre, Milliardäre, Kapitalvermögen – couragiert besteuern und sicherstellen, dass sie zur Finanzierung des Gemeinwesens angemessen beitragen. Wir wollen die Enteignung der Bevölkerung stoppen. Wenige sammeln großen Reichtum in ihren Händen, wir wollen ihn in die öffentliche Daseinsvorsorge investieren: Bildung, Kinderbetreuung, Öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Pflege, Wasser, Energieversorgung, bezahlbarer Wohnraum – der Bedarf ist groß. So wird zugleich die Demokratie gestärkt und die Teilhabe von allen gesichert.

Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine „marktkonforme Demokratie“. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Im Gegenteil: Wir wollen die sozialen Rechte und die Bürgerrechte stärken. Die

1 Finanzmärkte wollen wir an die Kette legen und die Märkte und Wirtschaft der Demokratie
2 anpassen. Deshalb treten wir für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein,
3 das dem Klammergriff der Finanzmärkte entzogen wird. Zwischen den Ländern mögen
4 Grenzen verlaufen. Aber die Bevölkerungen und die Beschäftigten haben gemeinsame
5 Interessen: den Kampf gegen Lohndrückerei, Rezession und Massenerwerbslosigkeit.
6 Gerecht ist der ökologische Umbau nur, wenn er auch sozial ist. Wir stehen nicht für eine
7 ökologische Politik zur Verfügung, die nur die Besserverdienenden im Blick hat und E.ON,
8 Vattenfall & Co. gestattet, die Kosten der Energiewende auf die Bevölkerung abzuwälzen –
9 und die Ärmsten abzukoppeln. Energie ist ein Gemeingut, es gehört in die Hände der
10 Bevölkerung!

11 DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Wir haben als einzige Fraktion und Partei im Bundestag den
12 Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und werden es auch in Zukunft nicht
13 tun. Die deutschen Truppen müssen aus Afghanistan sofort abgezogen werden. Die
14 Verantwortung von Deutschland geht noch weiter: Waffenexporte müssen gestoppt werden,
15 erst recht an diktatorische Regime wie das in Saudi-Arabien.

16 Diese Positionen und Forderungen machen den Kern unserer Politik aus. An ihnen richten wir
17 unsere Arbeit im nächsten Bundestag aus. Die anderen Parteien schrecken vor einer Politik
18 der sozialen Gerechtigkeit spätestens dann zurück, wenn es darum geht, Armut und
19 Niedriglohn wirksam zu bekämpfen und die Sozialpolitik mit einer Umverteilung des
20 Reichtums zu finanzieren. Den Beschäftigten in betrieblichen Auseinandersetzungen den
21 Rücken zu stärken und allen denselben Zugang zu Gesundheitsversorgung zu sichern. Und
22 Renten so zu erhöhen, dass sie nicht nur vor Armut schützen. In diesem Sinne: DIE LINKE
23 macht Druck.

24 Die Bundesregierung wirbt mit der Lüge, „wir“ seien gut durch die Krise gekommen. Doch
25 viele Menschen spüren in ihrem Alltag, dass sie mit diesem „wir“ nicht gemeint sind. Gut
26 durch die Krise gekommen sind die Banken, die Reichen – hier, in Europa und weltweit. Die
27 Gesellschaft jedoch treibt auseinander. Regierung und Medien zeigen auf die Entwicklungen
28 in den anderen Ländern in Europa und behaupten, dass es „uns“ dagegen gut gehe. Die
29 offiziell gemessene Erwerbslosigkeit ist in Deutschland geringer als in anderen Ländern.
30 Richtig. Doch was sind das für Arbeitsverhältnisse? Niedriglöhne, Befristungen und prekäre
31 Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Viele Beschäftigte leiden unter den zunehmenden
32 Belastungen an ihrem Arbeitsplatz. Sie machen sich Sorgen, weil Mieten und Strompreise
33 steigen oder ob sie genug Zeit für ihre Kinder finden. Viele müssen bei schlechter Bezahlung
34 länger arbeiten, damit sie gerade noch über die Runden kommen. Andere müssen in weniger
35 Zeit noch mehr leisten. Viele können nicht so lange arbeiten, wie sie wollen, andere werden
36 vom Jobcenter in schlecht bezahlte Tätigkeiten, unentgeltliche Praktika oder Ein-Euro-Jobs
37 gezwungen. Stress und Erschöpfung gehören bei vielen zum Alltag: bei denen, die niedrige
38 Löhne erhalten, bei den Selbstständigen, die um jeden Auftrag kämpfen müssen, bei denen,
39 die in der Produktion oder im Krankenhaus arbeiten. Die Ursachen sind die gleichen: Vor der
40 Drohkulisse Hartz IV und ohne gesetzlichen Mindestlohn können die Unternehmer ungestraft

1 Löhne drücken und Arbeitsbedingungen verschlechtern. Der finanzgetriebene Kapitalismus ist
2 auf kurzfristigen Profit an den Finanzmärkten ausgerichtet. Öffentliche Güter werden
3 privatisiert und auf Profit getrimmt: Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Gesundheit.
4 Die weltweite Krise zeigt: Eine Gesellschaft, die vorrangig auf Profit und Markt ausgerichtet
5 ist, kann und will die Bedürfnisse und Interessen von immer mehr Menschen nicht
6 befriedigen. Trotzdem macht die Bundesregierung einfach weiter so. Wenn die Menschen in
7 Europa arm werden, wenn Löhne und Gehälter überall sinken, droht auch in Deutschland die
8 Rezession, wirtschaftlicher Abschwung. Die Regierung will die Konkurrenz zwischen den
9 Beschäftigten in Europa verschärfen. Sie will den Druck auf die Löhne und Gehälter in
10 Deutschland erhöhen. Sie setzt auf einen schlanken, ausgehungerten Staat und damit auf
11 eine marode, arme öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Die Bundesregierung stellt
12 die Menschen und ihre Ansprüche an ein gutes Leben als Ursache der Krise dar, statt zu
13 sehen, dass es die Aufgabe demokratischer Politik ist, dieses gute Leben für alle Menschen
14 möglich zu machen. Die Loyalitäten der Regierung Merkel liegen anderswo. Sie ordnet
15 Demokratie und soziale Gerechtigkeit den Interessen der Unternehmen und der Finanzmärkte
16 unter. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es gibt mehr Arme - und mehr Reichtum. Das ist die
17 alltägliche Krise.

18 Dagegen stehen für uns LINKE die Menschen an der ersten Stelle. Gemeinsam drängen wir
19 Markt und Privatisierung zurück, um Raum und Luft für solidarische Alternativen zu schaffen.
20 Dafür kämpfen wir im Parlament, in den Betrieben, auf den Straßen, in den
21 Genossenschaften, in den Bürgerinitiativen.

22 Unser Programm ist machbar, bezahlbar und ein Einstieg in eine bessere, menschlichere
23 Gesellschaft. In Kürze umfasst es die folgenden Punkte:

- 24 • Wir wollen, dass niemand im Alter und in der Arbeit arm ist. Die Löhne müssen
25 steigen und das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Wir
26 wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro – darunter droht die Armut.
- 27 • Wir stehen dafür, dass die Reichen und Unternehmen an der Finanzierung des
28 Gemeinwesens gerecht beteiligt werden und privater Reichtum nicht zu öffentlicher
29 Armut führt. Hohe Einkommen müssen wieder mit 53 Prozent besteuert werden.
30 Zudem wollen wir eine Millionärssteuer einführen.
- 31 • DIE LINKE verteidigt die sozialen Grundrechte der Menschen als Grundlage von
32 Demokratie und Gerechtigkeit. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle
33 Menschen am gesellschaftlichen Reichtum, an Kultur und Bildung teilhaben – und mit
34 bestimmen, wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt. Die Hartz-IV-Sätze müssen auf
35 500 Euro erhöht werden. Um Kinder wirksam vor Armut zu schützen, wollen wir eine
36 Kindergrundsicherung einführen.
- 37 • Wir stehen für ein friedliches, weltoffenes und solidarisches Europa, in dem
38 gemeinsam Sozialstandards ausgehandelt und die Reichen über Vermögensabgaben
39 an der Finanzierung beteiligt werden. Die Finanzmärkte und Banken müssen wirksam
40 kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Wir wollen eine Steuer

1 auf alle Finanzgeschäfte und eine europaweite einmalige Abgabe für Vermögen über
2 einer Million Euro.

- 3 • Wir wollen eine Energiewende, in der die Versorgung mit Strom und Wasser ein
4 Grundrecht ist. Die Versorgung muss in der Verantwortung der öffentlichen Hand
5 liegen. Stromsperren wollen wir verbieten. Allen Haushalten steht eine
6 Grundversorgung mit Energie zu, die Preise wollen wir sozial staffeln. Mittelfristig soll
7 der Nahverkehr allen kostenfrei zur Verfügung stehen und das Angebot ausgebaut
8 werden. Umweltschädliche Produktion muss so umorganisiert werden, dass
9 Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.
- 10 • Wir wollen Bürgerrechte stärken und die sozialen Grundlagen der Demokratie
11 ausweiten. Den Einfluss der Wirtschaftslobby auf die Politik wollen wir beenden.
12 Demokratie bedeutet, dass gemeinsam und öffentlich über wichtige Dinge des Lebens
13 entschieden wird. Dafür muss öffentliches Eigentum gestärkt und die Beteiligung der
14 Menschen sichergestellt werden. Es gibt viele Möglichkeiten: Die Mitbestimmung in
15 den Unternehmen wird ausgebaut. Private Unternehmen der öffentlichen
16 Daseinsvorsorge werden rekommunalisiert. Genossenschaften im Wohnungsbau
17 werden gestärkt. Die Möglichkeiten werden verbessert, dass Belegschaften ihre
18 Betriebe übernehmen oder Genossenschaften gründen.
- 19 • Wir wollen eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung für alle. Sie ist
20 transparent organisiert: Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt. Alle
21 Zuzahlungen und Zusatzbeiträge werden abgeschafft, und die paritätische
22 Finanzierung wird wieder hergestellt. Für die meisten werden die Beiträge gesenkt,
23 private Krankenkassen abgeschafft.
- 24 • Die LINKE ist die Partei des Friedens – die einzige im Parlament. Wir stehen für einen
25 sofortigen, bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus den Auslandseinsätzen und
26 Stopp von Waffenexporten. Die Produktion von Waffen muss beendet und – unter
27 Beteiligung der Belegschaften – in eine Produktion von zivilen Gütern überführt
28 werden.

29 Wer will, kann schnell in eine machbare andere Politik einsteigen: Einführung des
30 Mindestlohns, Erhöhung der Renten, Rücknahme des Renten-Einstiegs erst mit 67 Jahren,
31 Lohn- und Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland, solidarische Bürgerinnen- und
32 Bürgerversicherung, Vermögenssteuer, Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und Anhebung
33 der Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro, Abzug aus Afghanistan, Verbot von Waffenexporten – das
34 sind Entscheidungen, die eine neue Regierung sofort treffen könnte, das sind unsere
35 Sofortforderungen für einen Politikwechsel.

36 Für uns sind diese Maßnahmen nur ein Anfang. Sie können Einstiege in ein neues Modell von
37 Gesellschaft sein, eine Alternative zum Finanzkapitalismus. Ein Modell des Miteinanders, der
38 praktischen Solidarität. Solidarität ist nicht ein Aufruf zum persönlichen Verzicht. Die Idee der
39 Solidarität drückt sich darin aus, wie wir unsere Gesellschaft organisieren: in der
40 gemeinsamen Gestaltung des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Infrastruktur; in einem

1 verantwortlichen und zukunftsfähigen Modell des Wirtschaftens, das Soziales und
2 Ökologisches verbindet, das Klassen überwindet und das der Demokratie dient und ihr nicht
3 schadet. Wir wollen einen demokratischen – freiheitlichen, grünen, lustvollen – Sozialismus
4 gestalten. Auf dem Weg dahin gilt, es viele Schritte zu gehen. Sie beginnen bei den Nöten und
5 Sorgen, Wünschen und Träumen der Menschen.
6 Wir haben ein Programm machbarer Alternativen, das wir zusammen mit möglichst vielen
7 anderen weiterentwickeln und umsetzen wollen. Veränderungen gelingen nur mit den
8 Menschen. Deshalb bedarf es auch eines neuen demokratischen Alltags: in den Parlamenten
9 ebenso wie in den Betrieben, im öffentlichen Leben. In diesem Sinne mischen wir uns in
10 soziale Kämpfe ein, unterstützen Initiativen und Gewerkschaften, setzen uns für die Stärkung
11 des Öffentlichen und für mehr Selbstbestimmung ein, machen Druck auf andere Parteien,
12 damit sie eine andere Politik einschlagen.
13 Alle großen Veränderungen beginnen mit ersten, entschlossenen Schritten. Unser Programm
14 für die Bundestagswahl ist eine Einladung, den Weg mit uns zu gehen.

I Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Der Einstieg in eine gerechte Gesellschaft bedarf mehrerer Entscheidungen gleichzeitig: Armut und Reichtum begrenzen, also mit Steuern und Abgaben für die Reichen die Gelder einnehmen, mit denen öffentliche Dienstleistungen finanziert werden können; die ungleichen Einkommen regulieren und verhindern, dass die Menschen sich arm arbeiten; die Erwerbslosen vor Entwürdigung schützen; gesellschaftliche Teilhabe garantieren und verhindern, dass die Angst vor Hartz IV die Menschen in schlechte Arbeitsverhältnisse zwingt; verhindern, dass der Job das ganze Leben beherrscht, sondern Zeit bleibt für Erholung, Familie, Spaß, auch um sich politisch einzumischen; ein Leben im Alter mit gesichertem Lebensstandard garantieren. Es muss sicher sein, dass für Bildung und Kindererziehung eine ausreichende und gute öffentliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Auch wer wenig Geld hat, muss die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. Wer beispielsweise als Pflegerin oder als Erzieher im Sozial- und Gesundheitswesen tätig ist, muss einen guten Lohn erhalten und unter Bedingungen arbeiten können, die sie oder ihn nicht krank machen. Eine solidarische Gesellschaft ist unvereinbar mit niedrigen Löhnen, entwürdigenden Konkurrenz- und Arbeitsverhältnissen, mit sozialer Ungleichheit und Zwang zur Erwerbsarbeit. Jeder und jede muss eine Arbeit und einen Lohn haben, die ihnen ermöglichen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Menschen dürfen mit der Androhung von Schikanen und einem Leben in Armut und ohne Arbeit nie wieder so eingeschüchtert werden, dass sie bereit sind, auch unzumutbare Jobs anzunehmen.

Eine solidarische Gesellschaft muss Reichtum von oben nach unten, von privat nach öffentlich verteilen und damit auch Neues schaffen: vor allem eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Kultur, Verkehr, Energieversorgung etc. – für alle bereitstellen. Dabei geht es um große Investitionen ebenso wie um die kleinen praktischen Schritte für einen besseren Alltag, beispielsweise ein unentgeltliches warmes, gutes Mittagessen in allen Kitas und Schulen. Es ist nur gerecht, zur Finanzierung dieser Maßnahmen diejenigen sehr viel stärker heranzuziehen, die wohlhabend und reich sind. Insofern sind gute Arbeit, ein guter Lohn, Schutz vor Armut und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur einerseits und höhere öffentliche Einnahmen aufgrund von Reichen-, Millionärs- und höheren Unternehmenssteuern andererseits zwei Seiten einer Medaille. Beides zusammen bildet die Grundlage einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. DIE LINKE steht für einen solchen Einstieg in eine neue Gerechtigkeit.

1 Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs

„Ich arbeite als Krankenschwester bis zur Erschöpfung, und es reicht doch nicht für die Familie. Für die Patienten ist kaum Zeit, die müssen immer schnell abgefertigt werden, seit der Privatisierung geht es nur noch um Zeiteinsparen und Profit. Oft arbeite ich länger, um mich mehr mit Patienten befassen zu können. Dann fehlt mir zu Hause oft die Zeit für die Kinder, und ich habe ein schlechtes Gewissen. Die Kinder stehen in der Schule enorm unter Druck. Und ich weiß nicht, wie ich ihnen noch was bieten kann, mal in den Urlaub, das Haus abbezahlen. Und wenn das mit der Rente so entschieden wird, komme ich gerade mal auf 730 Euro, wenn ich bis 67 durchhalte. Und das schaffe ich nicht, jeden Tag die Patienten heben und so. Wann gibt's für uns einen Rettungsschirm?“ Katrin, 42, Krankenschwester aus Zwickau

2
3 Gute Arbeit bedeutet, dass wir von unserer Erwerbsarbeit leben, unser Leben eigenständig
4 gestalten und uns weiterentwickeln können. Der Anspruch, dass die Arbeit gut sein muss,
5 bezieht sich auf die Höhe von Lohn und Gehalt, den Inhalt, die Arbeitsabläufe und die
6 Gestaltung des Arbeitsplatzes und der Arbeitszeiten. Viele Menschen arbeiten zu lang, weil
7 sie zu wenig verdienen oder weil die Arbeit so organisiert ist, dass sie sie buchstäblich mit
8 nach Hause nehmen und nicht mehr aus dem Kopf bekommen. Viele leiden unter Stress und
9 Erschöpfung. Zusätzlicher materieller und psychischer Druck entsteht aufgrund unsicherer
10 Arbeitsverhältnisse.

11 Der Arbeitsmarkt und die Arbeit selbst sind mit der Agenda 2010 entregelt worden. In den
12 letzten zehn Jahren sind über zwei Millionen Vollzeit-Arbeitsplätze abgebaut worden –
13 gleichzeitig sind fast doppelt so viele schlechte Jobs neu entstanden. Befristete Stellen,
14 Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs sind heute Alltag. Arbeitsformen, die Tarifverträge
15 aushöhlen und die bewusst eingesetzt werden, um die fest angestellten Beschäftigten mit
16 ihren meist höheren Löhnen unter Druck zu setzen. Die Krise hat die Unsicherheit verstärkt:
17 Hinter den Erfolgsmeldungen von Regierung, SPD und Grünen, dass „wir“ gut durch die Krise
18 gekommen seien, soll die Wirklichkeit für die Betroffenen unsichtbar werden.

19 DIE LINKE will die Arbeit, ihre Verteilung, ihre Bezahlung, ihre Organisation neu und besser
20 regeln: Die Löhne müssen steigen, Tarifverträge allgemeinverbindlich sein, befristete
21 Arbeitsverhältnisse dürfen nicht Normalität, sondern müssen Ausnahme sein.

22 Alle müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können, Zeit und Ruhe haben, sich zu erholen, das
23 Leben mit der Familie zu pflegen, Hobbys und Interessen nachzugehen und politisch aktiv zu
24 sein.

- 25 • DIE LINKE fordert ein Verbot der Leiharbeit. Bis zu dessen Umsetzung ist mit
26 sofortiger Wirkung die gleiche Bezahlung für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und
27 Beschäftigte der Stammebelegschaft durchzusetzen. Die Verleihdauer soll auf wenige
28 Monate begrenzt und eine Flexibilitätszulage für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter
29 eingeführt werden. Kein Lohndumping über Werkverträge! Der Missbrauch von
30 Werkverträgen – ob als Scheinselbstständigkeit oder über Auslagerung – muss
31 wirksam unterbunden werden. Ohne Zustimmung des Betriebsrates dürfen keine
32 Werkverträge vergeben werden.

- 1 • Wir wollen Minijobs in vollwertige Arbeitsverhältnisse mit Sozialversicherungspflicht
2 umwandeln. Die Versicherungspflicht gilt ab der ersten Stunde. Wir unterstützen
3 gewerkschaftliche Initiativen, einen Mindeststundenanspruch durchzusetzen.
- 4 • Die ausufernden Befristungen der Arbeitsverhältnisse wollen wir zurückdrängen und
5 auf wenige sachliche Gründe begrenzen.

6 Nie zuvor haben die Beschäftigten so unterschiedlich verdient – und so wenig. Viele spüren
7 das in ihrem Alltag: Das Geld reicht hinten und vorne nicht. Die Reallöhne sind in den letzten
8 zehn Jahren in Deutschland um fünf Prozent gesunken – stärker als in fast allen anderen
9 Ländern. Damit wurde nicht der Wirtschaftskrise vorgebaut, wie die Regierung behauptet,
10 sondern die Abwärtsspirale der Löhne in Gang gehalten. Um diese Entwicklung umzukehren,
11 müssen die Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften gestärkt werden. Die Politik
12 kann dafür sorgen, dass vor allem im Bereich der sozialen Dienstleistungen die Löhne und
13 Gehälter angehoben werden. Mittelfristig geht es darum, den Niedriglohnbereich
14 zurückzudrängen und diese schlechten Arbeitsverhältnisse in gute umzuwandeln.

- 15
16 • Lohndumping muss verhindert werden: mit einem flächendeckenden gesetzlichen
17 Mindestlohn von zehn Euro. Die Einkommen von fast acht Millionen Beschäftigten
18 würden direkt und spürbar steigen. Der Mindestlohn muss jährlich ansteigen, dabei ist
19 mindestens die Produktivitäts- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Bis zum Ende
20 der Wahlperiode ist ein Anstieg des Mindestlohns auf bis zu 12 Euro die Stunde
21 denkbar.
- 22 • Der gesetzliche Mindestlohn ist nicht genug: Wir wollen, dass branchenspezifisch
23 höhere Mindestlöhne, die von Gewerkschaften ausgehandelt werden, leichter als
24 bisher und auch ohne Zustimmung der Arbeitgeber für allgemeinverbindlich erklärt
25 werden können.
- 26 • Wir unterstützen Initiativen, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an die Tariftreue
27 des Auftragnehmers und die Zahlung eines Mindestlohns zu knüpfen.
- 28 • Wenn der Inhaber eines Betriebes wechselt, müssen die alten Tarifverträge geschützt
29 bleiben und Lohndumping durch Betriebsübergänge verhindert werden.
- 30 • Ein-Euro-Jobs und andere fragwürdige Beschäftigungsmaßnahmen aus dem Hartz-IV-
31 Katalog wollen wir durch soziale Arbeitsmarktmaßnahmen ersetzen, die
32 sozialversicherungspflichtig und freiwillig sind und mindestens auf Basis eines
33 Mindestlohns bezahlt werden.
- 34 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die strukturelle Unterbezahlung von Frauen
35 muss beendet werden. Ungleiche Bezahlung darf nicht durch unterschiedliche
36 Beschäftigungsverhältnisse wie zum Beispiel Leiharbeit ermöglicht werden. Die Tarife
37 in Ost und West müssen angeglichen werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und der
38 gesetzliche Mindestlohn stehen auch Menschen mit Behinderung zu.

1 Wer niedrige Löhne und den Tatbestand, dass Menschen trotz ihrer Erwerbsarbeit arm
2 bleiben oder werden, kritisiert, darf von Managergehältern und explodierenden
3 Vorstandsgehältern in DAX-Unternehmen nicht schweigen. Wenn der (meist männliche)
4 Vorstand eines DAX-Unternehmens im Durchschnitt das 54-fache dessen erhält, was seine
5 Angestellten verdienen, dann ist das nicht mit Leistung zu erklären. Was ist daran gerecht?
6 Wir wollen gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Gewerkschaften, Kirchen,
7 Sozialverbänden und Wissenschaft – selbst verantwortlichen Unternehmen – eine Debatte
8 anstoßen, wie viel Ungleichheit bei den Einkommen akzeptabel ist und ab wann der
9 Zusammenhalt und die Demokratie in unserer Gesellschaft darunter leiden. Wir schlagen vor,
10 dass niemand mehr als 40 Mal so viel verdienen sollte wie das gesellschaftliche Minimum –
11 bei der derzeitigen Verteilung wären das noch knapp eine halbe Million Euro im Jahr. Wir
12 fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen – die Begrenzung von
13 Managergehältern bei den Landesbanken kann hier ein Vorbild sein. Wir fordern die
14 Mitglieder in Aufsichtsräten auf, überhöhten Gehältern nicht mehr zuzustimmen und auf eine
15 freiwillige Selbstverpflichtung des Unternehmens hinzuwirken. Wir fordern zudem ein Ende
16 der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern über einer halben Million Euro.

18 **Mitbestimmung ausbauen und Arbeitszeit verkürzen gegen den Dauerstress**

19 Dass wir immer mehr Güter und materiellen Reichtum schaffen können mit immer weniger
20 Arbeit, ist eigentlich eine gute Nachricht. So könnte deshalb die Arbeitszeit verkürzt werden,
21 damit die Menschen mehr freie Zeit zur eigenen Verfügung haben. Jedoch kommen die
22 Vorteile dieser Entwicklung nur den Unternehmen zugute. Nicht den Beschäftigten. Die einen
23 müssen viele Überstunden machen, andere müssen sich mit erzwungener Teilzeit und
24 wenigen Stunden zufrieden geben. So ist Flexibilität, die den Beschäftigten auch mehr
25 Selbstbestimmung bringen könnte, zu einem Drohwort geworden. Damit die Erwerbsarbeit
26 sich besser verbinden lässt beispielsweise mit Familienleben und der Erziehung von Kindern,
27 brauchen wir neue Arbeitszeit-Modelle. Dann können Eltern die Arbeiten im Haushalt und die
28 Erziehung der Kinder gerechter als bisher untereinander aufteilen. Das Konzept von
29 Flexibilität muss sich im Arbeitsleben endlich an den Bedürfnissen der Beschäftigten
30 orientieren. Beispiel: So sollen Beschäftigte zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit
31 haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Die Beschäftigten brauchen größere Selbst-
32 und Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit und die Gestaltung ihrer Arbeit –
33 Überbelastungen müssen abgebaut werden. Nur so bleibt genügend freie Zeit für Erholung,
34 Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten. Der Druck des Marktes wird heute ungefiltert an
35 jeden einzelnen Beschäftigten weitergegeben. Das Unternehmen will nicht nur die
36 Arbeitskraft, es will den ganzen Menschen: seine Motivation, seine Kreativität, sein Wissen,
37 um Kosten zu sparen und die Leistung noch mehr zu steigern. Es ist Zeit, diese Tendenz
38 umzudrehen: Arbeit und Arbeitsplätze müssen nach den Bedürfnissen der Beschäftigten
39 gestaltet werden. Es gibt ein Recht auf Feierabend.

- 1 • Ausbau der kollektiven Mitbestimmung der Beschäftigten. Im Büro, in der Werkshalle,
2 in Behindertenwerkstätten, auf Station und im Geschäft müssen die Rechte der
3 Beschäftigten und ihre Mitsprache bei der Gestaltung ihrer individuellen Tätigkeiten
4 gestärkt werden: im Hinblick auf Stellenpläne, bei der Ausgestaltung von kollektiven
5 Arbeitsabläufen und der Personalbemessung.
- 6 • Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige durchschnittliche
7 Wochenarbeitszeit auf höchstens 40 Stunden festgesetzt wird. Überstunden müssen
8 effektiv begrenzt werden.
- 9 • Sofort umsetzbar ist die Einführung einer Anti-Stress-Verordnung, wie sie auch von
10 der IG Metall gefordert wird, und eines individuellen Veto-Rechts bei der
11 Umgestaltung von Arbeitsaufgaben.
- 12 • Wir wollen den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das
13 Jugendarbeitsschutzgesetz verbessern.

14 Wir wollen die Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzen. Die
15 Vorstellung, dass „Vollzeit“ ein Acht-Stunden-Arbeitstag ist, stammt aus den Kämpfen des 19.
16 Jahrhunderts, und wurde 1918 gesetzlich vorgeschrieben. Wir brauchen dringend ein neues
17 Ziel: Sechs Stunden sind genug. Gute Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen –
18 das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Wir unterstützen die Initiativen aus
19 Gewerkschaften, eine neue gesellschaftliche Debatte um eine Arbeitszeitbegrenzung
20 voranzubringen. Wir streben eine Obergrenze von 35, längerfristig von 30 Stunden an. Damit
21 verkürzte Arbeitszeiten nicht zu Lohnkürzungen „verkommen“ und so konterkariert werden,
22 müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigtenvertretungen bei Personal- und
23 Stellenplänen erweitert werden.

24
25 Kapital und Arbeit stehen sich in unserer Gesellschaft immer gegenüber. Die Vorstellungen,
26 was gerecht und angemessen ist, werden in politischen und sozialen Kämpfen ausgehandelt.
27 Die Kräfteverhältnisse sind im Neoliberalismus zu Gunsten des Kapitals verschoben worden.

- 28 • Die Mitbestimmungsrechte müssen ausgebaut und auf wirtschaftliche Fragen sowie
29 die Gestaltung der Tätigkeiten und der Arbeitsbedingungen ausgeweitet werden.
- 30 • Es wird Zeit, dass Beschäftigte kirchlicher Einrichtungen die gleichen Rechte
31 bekommen wie alle anderen Beschäftigten auch – das Recht, für ihre Tarifverträge zu
32 streiken, darf ihnen nicht länger vorenthalten werden. Das
33 Mitarbeitervertretungsgesetz muss verbessert und inhaltlich dem
34 Betriebsverfassungsgesetz angeglichen werden.
- 35 • DIE LINKE unterstützt Belegschaften, die ihre in die Krise geratenen Betriebe in
36 Eigenregie weiterführen wollen. Genossenschaften und Belegschaftsbetriebe bauen
37 auf Wissen, Erfahrung und Planungsfähigkeiten der Beschäftigten auf und geben ihnen
38 mehr Möglichkeiten, über Art und Inhalt der Produktion mitzubestimmen.

- 1 Starke Gewerkschaften sind unerlässlich für gute Arbeits- und Lebensbedingungen. DIE
- 2 LINKE will die Flächentarife wieder herstellen. Dafür gilt es, das Streikrecht der
- 3 Gewerkschaften zu verbessern und ein Verbandsklagerecht zur Einhaltung von Tarifverträgen
- 4 einzuführen. Tarifverträge müssen auf Antrag einer Tarifpartei als allgemeinverbindlich gelten.

1 Soziale Grundrechte garantieren statt Schikane und Armut durch Hartz IV

Jörg (51) und Anja (43) sind arbeitslos, seit der Automobilzulieferer vor drei Jahren Insolvenz anmeldete. Das Jobcenter schickt Jörg und Anja regelmäßig Einladungen. Jedes Mal wollten sie mit ihnen über ihre berufliche Situation sprechen, konnten aber nichts anbieten. Jörg war KFZ-Mechaniker-Meister. Schließlich wollte ihm der Fallmanager einen Job als Wachmann aufzwingen, bei dem er gerade 5 EUR die Stunde erhalten hätte. Er wollte eine Arbeit, die seiner Qualifikation entsprach. Aber der Hauptgrund war, dass sie den Lohn als entwürdigend empfanden. Der Fallmanager kürzte Jörg daraufhin das Geld.

Die soziale Sicherheit schafft das Fundament, damit Menschen in Würde leben können. So kann an ihr abgelesen werden, wie wichtig Gerechtigkeit für eine Gesellschaft ist: Wer arm ist, darf nicht am Rand stehen, Armut und ihre Ursachen zu bekämpfen, gehört ins Zentrum der Politik. Es sollte selbstverständlich sein, dass alle am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Weil die sozialen Sicherungen systematisch geschwächt wurden, sind immer mehr Menschen gezwungen, schlechte Jobs mit schlechten Löhnen anzunehmen: Das sei „zumutbar“ und gehöre zu einer „neuen Freiwilligkeit“. In Wahrheit werden auf diese Weise die strukturellen Probleme der Gesellschaft den einzelnen Menschen aufgebürdet. Im schlimmsten Fall treiben Armut und Sanktionsdruck in die Isolation, sie werden von der Teilhabe an der Gesellschaft, ihrem Reichtum, ihren Kulturgütern und den vielen kleinen und doch so wichtigen Begegnungen und Ereignissen im Alltag ausgeschlossen.

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik:

1 | eine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit, die den Lebensstandard sichert und einen Absturz in Armut verhindert.

- Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. DIE LINKE fordert ein Erwerbslosengeld, das leichter zugänglich ist und länger gezahlt wird. Die Sperrzeiten müssen abgeschafft werden, weil sie Ansprüche verwerfen, die regulär erworben und erarbeitet worden sind. Arbeitsangebote an Erwerbslose müssen deren berufliche Qualifikation berücksichtigen und deren ethische Überzeugungen; niemand darf gezwungen sein, gegen seine oder ihre Überzeugung eine Erwerbsarbeit anzunehmen.

2 | eine soziale Arbeitsmarktpolitik, die mit öffentlichen Mitteln mehr gute Arbeitsangebote schafft.

- Öffentlich geförderte Beschäftigung muss zusätzliche, sinnvolle und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen, die nicht geringer als mit dem Mindestlohn bezahlt werden dürfen. Diese sollten besonders dort geschaffen werden, wo der Markt Bedürfnisse in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen nicht abdeckt. Öffentlich geförderte Beschäftigung muss sich an den Bedürfnissen der Erwerbslosen und an den regionalen Gegebenheiten ausrichten. Die Eingliederung beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

- Es müssen sofort mehr Mittel für Bildung und Qualifizierung von Erwerbslosen zur Verfügung gestellt werden.
- Die Krise kehrt zurück: Wir brauchen eine neue Initiative, um Arbeitsplätze zu schützen. Der Kündigungsschutz muss gestärkt und profitablen Unternehmen müssen Massenentlassungen verboten werden.

3| Schließlich sagen wir immer noch laut und deutlich: Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Wir wollen öffentliche soziale Dienstleistungen und Infrastruktur ausbauen: öffentlicher entgeltfreier und ökologischer Nahverkehr, eine Gesundheitsversorgung ohne Zuzahlung, freier Zugang zum Internet sowie Kultur- und Kunstangebote, eine öffentlich organisierte Stromversorgung mit sozialer Preisgestaltung, kostenfreie und qualitativ hochwertige Essen in Schule und Kita, der Zugang zu einem Computer mit Internetzugang für jeden Schüler und jede Schülerin, Sozialtickets bei der Bahn.

- Kurzfristig müssen die Regelsätze auf 500 Euro erhöht und die Sanktionen abgeschafft werden. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1050 Euro liegt.
- Anstelle der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften drängt DIE LINKE darauf, das Individualprinzip unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen einzuführen. Die Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr müssen abgeschafft werden.

Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen. Wir befürworten auch die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.

- Gemeinsam mit Sozialticket-Initiativen aus der gesamten Bundesrepublik werden wir in den Ländern und Kommunen für ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr Druck machen. Perspektivisch ist der öffentliche Nahverkehr entgeltfrei zu organisieren.
- Wir unterstützen die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Geringverdienenden und werden gemeinsam mit Erwerbsloseninitiativen im Parlament und auf der Straße für eine sanktionsfreie Mindestsicherung aktiv werden.

Wir stehen an der Seite der Menschen, die aus ihren Wohnungen und Wohnvierteln vertrieben werden und sich dagegen zur Wehr setzen.

- Zwangsumzüge müssen gestoppt werden.

- 1 DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge
- 2 oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes
- 3 verschlechtert.

1 **Gute Rente: Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern, Ost-Renten angleichen**

„Ich habe mein Leben lang als Verkäuferin gearbeitet, als Rente bekomme ich 846 Euro. Wenn das mit den Rentenplänen so weiter geht, kriegt meine jüngere Kollegin 2030 gerade noch 677 Euro, obwohl sie bis 67 schuften muss. Wenn sie das überhaupt durchhält.“ Emily, Berlin

2
3 Die Beiträge, die in die Rentenversicherung eingezahlt werden, sind zunehmend weniger
4 „wert“: Durch den rentenpolitischen Kahlschlag der vergangenen Jahre soll das
5 Leistungsniveau der gesetzlichen Rente bis 2030 noch weiter sinken. Nach 45 Beitragsjahren
6 und immer durchschnittlichem Einkommen wird dann nur noch eine Rente von 43 Prozent
7 des Durchschnittsverdienstes gezahlt. Eine Rente von ehemals 1.000 Euro ist dann nur noch
8 800 Euro wert. Die Lücken sollen die Beschäftigten selbst schließen, indem sie privat
9 vorsorgen. Diese Rechnung geht nicht auf: Viele brauchen ihr ganzes Einkommen, um den
10 Alltag zu finanzieren und können sich eine zusätzliche Altersvorsorge buchstäblich nicht
11 leisten. Zudem sind die Versicherungsangebote oft schlecht. Bei vielen Riester-Verträgen sind
12 die Verwaltungskosten so hoch und die Renditen so schwach, dass das Geld genauso gut
13 unter die Matratze gelegt werden könnte. Die milliarden schwere Förderung der
14 Privatvorsorge durch die Steuerzahlenden nutzt vor allem der Versicherungsindustrie und
15 erhöht gravierend das nach Rendite suchende Privatkapital auf den Finanzmärkten. So
16 werden vorhandene Krisen geschürt und neue geschaffen. Immer mehr Menschen müssen im
17 Alter Grundsicherung beantragen oder trotz ihres verdienten Ruhestandes weiter arbeiten.

- 18 • Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53 Prozent
19 erhöht werden, damit der Lebensstandard im Alter gesichert werden kann und
20 die Renten für alle spürbar steigen.
- 21 • Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger
22 Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich
23 besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.
- 24 • Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch
25 von Selbstständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern.
- 26 • Wir wollen die Möglichkeit schaffen, die in Riester-Verträgen erworbenen
27 Ansprüche auf die gesetzliche Rente zu übertragen.

28 Alle wissen, dass die Rente erst ab 67 für die meisten Menschen nicht machbar ist. Sie
29 können gar nicht so lange arbeiten, weil sie nach einem langen Arbeitsleben nicht mehr
30 gesund sind oder in diesem Alter gar keine Arbeit mehr haben und auch keine mehr
31 bekommen. So kommt die Rente erst ab 67 meist einer erheblichen Rentenkürzung gleich.
32 Der materiell halbwegs abgesicherte Lebensabend gerät so in Gefahr oder wird von
33 vornherein zur Illusion.

- 34 • Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden – ohne Wenn und Aber. Jede
35 und jeder muss wieder spätestens mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen

1 dürfen. Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden,
2 die Abschläge wollen wir streichen

3 Um die drohende Altersarmut zu verhindern, müssen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt
4 erheblich verbessert werden. Die Menschen können nur dann ausreichende eigene
5 Rentenansprüche erwerben, wenn sie die realistische Chance auf einen guten Arbeitsplatz
6 mit einem guten Lohn oder Gehalt haben. Es muss genügend öffentliche Angebote zur
7 Kindererziehung und zur Pflege von Familienangehörigen geben. Die Rente muss den
8 Lebensstandard im Alter sichern und Armut zuverlässig verhindern. Eine solche Rentenpolitik
9 ist machbar und bezahlbar, wenn das gesetzliche System gestärkt wird und die Unternehmen
10 wieder gleichmäßig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

- 11 • DIE LINKE will die Rentenversicherung vor kurzfristigen politischen Eingriffen
12 in besonderer Weise schützen. Die Verankerung einer guten Rente im
13 Grundgesetz schafft auf einem zentralen Feld der sozialen Sicherung
14 Verlässlichkeit und Vertrauen.
- 15 • Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den
16 Beschäftigten selbst und den Unternehmen bzw. Auftraggeberinnen und
17 Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die
18 Beitragshöhe soll sich nach dem angestrebten Sicherungsziel richten und nicht
19 nach der Zahlungswilligkeit der Unternehmen.
- 20 • Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und
21 jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb
22 will DIE LINKE eine Solidarische Mindestrente einführen. Diese soll aus
23 Steuern finanziert werden und sicherstellen, dass kein Mensch im Alter ein
24 Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze hat. In der kommenden
25 Wahlperiode werden wir eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto
26 in die politische Diskussion einbringen. Höhere Mietkosten sollen mit dem
27 Wohngeld aufgefangen werden.

28 DIE LINKE streitet für eine Politik, die die öffentlichen Systeme stärkt und die Privatisierung
29 von Risiken bekämpft. Sie steht für eine Politik, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und
30 sozialer Sicherheit im Alter ermöglicht. LINKE Rentenpolitik bedeutet mehr als bloße
31 Mindestabsicherung. Ein gutes Leben im Alter heißt, den Lebensstandard aus der
32 Erwerbsphase ohne allzu große Abstriche halten zu können. Deshalb gehören für uns
33 Lebensstandardsicherung und Mindestabsicherung zusammen.

- 34 • Wir vergessen nicht, dass die Regierung Merkel eines ihrer zentralen
35 Wahlversprechen gebrochen hat: die Angleichung der Renten im Osten an das
36 Westniveau. DIE LINKE fordert, den Rentenwert Ost zügig an das Westniveau
37 anzugleichen. Die Angleichung muss spätestens bis Ende 2017 abgeschlossen
38 sein. Die Lebensleistung in Ost und West muss endlich in gleicher Weise
39 anerkannt werden. Die Angleichung darf nicht zum Nachteil der heute

1 Versicherten führen. Deshalb muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne
2 und Gehälter erhalten bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen
3 zwischen Ost und West gibt.
4

Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung stärken - Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin

Arme sterben im Durchschnitt früher als Reiche und sind häufiger krank. Und ausgerechnet für sie kann die Gesundheitsversorgung sehr teuer werden. Für fast alle Gesundheitsleistungen werden Zuzahlungen fällig – egal, ob für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte oder Heil- und Hilfsmittel.

- Jegliche Zuzahlungen und Zusatzbeiträge müssen abgeschafft werden. Die Überschüsse der Krankenkassen sind zum Wohle der Versicherten zu verwenden.
- Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, medizinische Angebote zu rationieren.
- Wir treten für eine effektive Begrenzung der Arzneimittelpreise ein. Die verantwortlichen Behörden sollen diese Preise festsetzen. Die Einführung einer Positivliste ist überfällig: Alle sinnvollen Medikamente müssen vollständig erstattet werden – teure Medikamente, die nur scheinbar neu sind, gehören dagegen nicht in den Leistungskatalog.

In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen noch stärker an Markt- und Gewinninteressen ausgerichtet. Profit und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden. Die Beschäftigten müssen immer mehr Arbeiten übernehmen, so dass sie für die einzelnen Patienten immer weniger Zeit haben.

Hunderttausende Arbeitsplätze wurden in Krankenhäusern abgebaut. Das sollte die Krankenhäuser billiger, besser und effektiver für Beschäftigte und Patienten machen, hieß es. Das Gegenteil trat ein: Für die Beschäftigten folgten aus diesem Abbau Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, Belastung und Stress. Um die gesundheitliche Versorgung flächendeckend und für jeden und jede zu sichern, muss sektorenübergreifend geplant und versorgt werden. Alle Gesundheitsberufe müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden. Ein Vergleich: In Deutschland betreut eine Pflegekraft im Durchschnitt 21 Patienten, in Dänemark zehn, in Norwegen neun und in den USA acht.

- Krankenhäuser müssen bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Länder müssen ausreichend Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen. Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern.
- Es darf keine weitere Privatisierung geben, bereits privatisierte Krankenhäuser wollen wir in öffentliche und nicht-kommerzielle Trägerschaften überführen. Die Beschäftigten müssen zudem bei der Organisation und Planung ihrer Arbeit stärker mitbestimmen können.

- 1 • Der Mangel an Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen, in der ambulanten
2 Versorgung und der häuslichen Pflege muss beseitigt werden. Deshalb streiten wir
3 dafür, eine verbindliche und bundesweit einheitliche Personalbemessung einzuführen.
- 4 • Damit die gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land flächendeckend gesichert ist,
5 muss sektorenübergreifend geplant und versorgt werden. Alle Gesundheitsberufe
6 müssen in die Bedarfsplanung einbezogen werden, nicht nur Ärztinnen und Ärzte.
- 7 • Die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung muss aufgehoben und den
8 Krankenhäusern erlaubt werden, eine Ambulanz oder Poliklinik zu führen.
- 9 • Die soziale Selbstverwaltung wollen wir stärken. Wir unterstützen die demokratische
10 Mitbestimmung der Versicherten, der Patientenvertretungen und der Beschäftigten.
- 11 • Gesundheitsförderung und Prävention müssen dazu beitragen, die sozialen Ursachen
12 für ungleiche Chancen auf Gesundheit zu verringern. Wir fordern hierfür ein
13 Präventionsgesetz und eine Koordinierungs- und Entscheidungsstelle auf
14 Bundesebene.

15 Um eine gute Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten, braucht es eine solidarische
16 Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Damit kann der Beitragssatz zur Krankenversicherung
17 auf Jahre hinaus konstant niedrig bei etwas über zehn Prozent des Einkommens gehalten
18 werden. Auf Löhne und Gehälter sowie Renten müssten die Versicherten nur noch einen
19 Anteil von 5,25 Prozent statt derzeit 8,2 Prozent zahlen. Selbst die Arbeitgeber würden einen
20 Anteil von 5,25 Prozent statt bisher 7,3 Prozent zahlen. Dieser niedrigere Beitragssatz führte
21 bis zu einem Einkommen von 5.800 Euro im Monat zu deutlichen Einsparungen für die
22 Versicherten.

23 Die Gesundheitsausgaben liegen seit 20 Jahren konstant bei zehn bis elf Prozent des
24 Bruttoinlandsprodukts – es gibt also keine Kostenexplosion. Die Beiträge der Gesetzlichen
25 Krankenversicherung steigen nur aus einem Grund: Sie werden allein aus den Lohn- und
26 Gehaltsanteilen gezahlt, und diese sinken. Die am schnellsten wachsenden Einkommen –
27 Gewinne und Kapitalerträge – werden nicht herangezogen. Gut verdienende und gesündere
28 Versicherte wandern seit ihrer Einführung in die private Krankenversicherung ab.

- 29 • DIE LINKE will eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle
30 Menschen, die in Deutschland leben, mit allen Einkommensarten solidarisch
31 einzahlen.
- 32 • Versicherte mit einem Einkommen oberhalb der bisherigen
33 Beitragsbemessungsgrenze wollen wir künftig gerecht mit dem gleichen Beitragssatz
34 in die solidarische Finanzierung einbeziehen.
- 35 • Die private Vollversicherung ist damit überflüssig und wird abgeschafft. Die private
36 Krankenversicherung wird auf Zusatzleistungen beschränkt und den Beschäftigten der

1 Versicherungsunternehmen ein sozial verträglicher Übergang in die gesetzlichen
2 Krankenkassen ermöglicht.

- 3 • Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern zahlt der Arbeitgeber die Hälfte der
4 Beiträge, bei Renten trägt die Rentenversicherung die Hälfte des Beitrags.

6 **Gute Pflege: Würde für Pflegebedürftige, Angehörige und Beschäftigte**

„Als meine Mutter aus dem Krankenhaus entlassen wurde, war nichts mehr, wie es vorher war. Plötzlich war sie auf Pflege und Betreuung angewiesen. Ich muss mir extra frei nehmen und riskiere meinen Job. Alles geht schnell, schnell, auch bei mir auf Arbeit im Pflegeheim. Für alles ist Geld da, nur für die wichtigsten Dinge nicht. Wie ergeht es da erst Leuten, die gar nicht wissen, wie Pflege funktioniert?“ Johanna, 42, Pflegehelferin in Kassel

7 Der Bundesregierung ist es nicht gelungen, die Pflegeversicherung so weiterzuentwickeln,
8 dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Die Pflegeversicherung ist eine
9 „Teilkaskoversicherung“ und zudem chronisch unterfinanziert. Sie gewährt Menschen mit
10 Pflegebedarf nur einen Zuschuss zu den Kosten der Pflege, welche die familiäre,
11 nachbarschaftliche oder ehrenamtliche Pflege ergänzen soll. Die Betroffenen müssen auf ihr
12 Einkommen und Vermögen zurückgreifen. Viele werden von der Sozialhilfe oder von der
13 Unterstützung ihrer Angehörigen abhängig. Diese wiederum sind oft überfordert und stark
14 belastet.

- 15 • Der seit 2009 vorliegende neue Pflegebegriff und das neue Begutachtungsverfahren
16 müssen endlich vom Gesetzgeber umgesetzt, kognitive und/oder psychische
17 Einschränkungen ebenso wie körperliche erfasst werden.
- 18 • Die Leistungen der Pflegeabsicherung müssen so gestaltet werden, dass allen
19 Menschen ermöglicht wird, selbstbestimmt zu leben und den Alltag kompetent zu
20 meistern.
- 21 • Das neue Begutachtungsverfahren muss auch eine Methode beinhalten, nach der die
22 Pflegebedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen bestimmt werden kann. Menschen
23 mit Demenzerkrankungen sind endlich angemessen in die Pflegeversicherung
24 einzubeziehen.

25 DIE LINKE versteht Pflege als eine Aufgabe der Gesellschaft und damit als Teil der
26 öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Politik, die gerecht und solidarisch ist, kann eine effektive,
27 menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung
28 organisieren und finanzieren. Schluss mit dem Teilkasko-Prinzip: Eine sozial gerechte
29 Pflegeversicherung muss perspektivisch alle nötigen Leistungen übernehmen.

30 Vor allem Frauen – Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter oder Schwiegertöchter –
31 übernehmen Pflegearbeit. Doch die Familienstrukturen, das Familienbild, die
32 Erwerbsbiographien von Frauen ändern sich – und das ist gut so. Auch wollen

1 pflegebedürftige Menschen nicht automatisch von ihren Angehörigen gepflegt werden. Eine
2 selbstbestimmte Entscheidung über diese Frage, wer pflegt mich, ist in vielen Fällen nicht
3 möglich: Pflege hängt in zunehmendem Maße von der Größe des eigenen Geldbeutels ab.

- 4 • DIE LINKE fordert, die Leistungen so zu gestalten, dass es allen Menschen möglich ist,
5 selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre
6 Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Ein Ausbau des
7 bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums ist dafür unerlässlich.
- 8 • Gute Pflege darf nicht von den eigenen finanziellen Möglichkeiten abhängig sein.
9 Damit eine solche neue Pflege-Politik gelingt, muss das Leistungsniveau der
10 Pflegeversicherung deutlich angehoben werden. Das bietet den Betroffenen die
11 Möglichkeit, sich fachgerecht zu Hause pflegen zu lassen.
- 12 • Wir fordern, die mit fünf Euro im Monat geförderte private Pflegezusatzversicherung
13 („Pflege-Bahr“) zu stoppen. Der Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge ist
14 unsozial, volkswirtschaftlich unsinnig und benachteiligt Geringverdienende und
15 Menschen mit Behinderungen. Während Geringverdienende und Menschen mit einem
16 potenziellen Pflegerisiko sich die Zusatzversicherung nicht leisten können, ist es
17 Besserverdienenden und Gesunden möglich, auf günstigere, nicht geförderte Produkte
18 zurückzugreifen. Das führt am Ende zu einer Zwei-Klassen-Pflege, gegen die wir uns
19 entschieden wenden.

20 Gute Pflege hängt entscheidend von qualifizierten und engagierten Beschäftigten ab. Der
21 Alltag von Pflegekräften ist von Arbeitsverdichtung, starren Zeitvorgaben und schlechter
22 Bezahlung geprägt. Darunter leiden alle Beteiligten: das Pflegepersonal und die zu pflegenden
23 Menschen sowie deren Angehörige. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die
24 gesellschaftlich anerkannt und entsprechend bezahlt werden muss.

- 25 • Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet den finanziellen
26 Spielraum, Pflegekräfte besser zu bezahlen. Mini- und Midijobs in der Pflege müssen
27 in reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Damit
28 Lohndumping in der Pflege verhindert wird, ist als unterste Grenze ein
29 flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro einzuführen.
- 30 • Um die Qualität der Pflege zu sichern, fordert DIE LINKE bundesweite Standards über
31 eine qualitätsbezogene Personalbemessung. Bis dahin müssen Bund und Länder
32 gemeinsam sich das Ziel setzen, mindestens die Hälfte der Personalstellen mit
33 Fachkräften zu besetzen.
- 34 • Um die gleichberechtigte Teilhabe der Betroffenen in der Mitte unserer Gesellschaft
35 zu sichern, müssen kommunale Hilfestrukturen wie Pflegestützpunkte und
36 Wohnberatung ausgebaut werden.
- 37 • Die Pflegeausbildung ist zeitgemäß weiterzuentwickeln, um den Ansprüchen an eine
38 qualitativ hochwertige Versorgung gerecht zu werden und die Pflegeberufe attraktiver
39 zu machen. Dazu sollen die Pflegeberufe zu einer dreijährigen dualen Ausbildung

zusammengeführt werden. Einer zweijährigen Grundausbildung folgt die einjährige Schwerpunktsetzung in allgemeiner Pflege, Kinderkrankenpflege oder Altenpflege.

Mit Steuern umsteuern: Reichtum ist teilbar

Wenn in einer demokratischen Gesellschaft die finanzielle Hauptlast auf denen liegt, die am wenigsten Einfluss haben, wenn Demokratie nicht bedeutet, dass alle zum Gemeinwesen beitragen – dann ist etwas aus dem Gleichgewicht. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, brauchen wir ein neues Modell: Die Wohlhabenden und die Unternehmen müssen ihren Anteil zur Finanzierung des Gemeinwesens, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste leisten. Oft wird behauptet, dass DIE LINKE vor allem Geld ausgeben – oder neu drucken – wolle. Tatsächlich ist DIE LINKE die einzige Partei, die ein durchgerechnetes Steuerkonzept hat, das machbar und sozial gerecht ist. Wir setzen auf Umverteilung von oben nach unten, von privat zu öffentlich und auf Umverteilung zu Gunsten eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells, das sich an sozialen und ökologischen Bedürfnissen und Interessen ausrichtet.

Armut und Reichtum liegen in Deutschland nah beieinander. Beides wird in kapitalistischen Gesellschaften jeden Tag aufs Neue geschaffen – und doch gibt es Unterschiede in den Formen ihrer politischen und sozialen Regulierung. Seit sich die neoliberale Politik – beschleunigt durch die Krise – durchgesetzt hat, verschärft sich die soziale Ungleichheit. An die Behauptung, dass von dem zunehmenden Reichtum oben auch unten mehr ankommt, glaubt inzwischen niemand mehr. Allein die Bundesregierung hält an dieser gescheiterten Annahme ungebrochen fest. Die Märkte und die Finanztransaktionen sollen gestützt und in deren "Vertrauen" viel Geld investiert werden. Während in der Krise die Reichsten der Gesellschaft ihr Vermögen deutlich vermehren konnten, trägt der Großteil der Bevölkerung die Lasten der Krise. Die Ursachen der Krise werden nicht beseitigt, sie werden nicht einmal benannt: Es gibt viel zu viel privates Kapital, für das Investmentbanker händierend profitträchtige Anlagen suchen – auf den Finanzmärkten und in der Spekulation.

- Wenn wir diese inzwischen enormen Finanzmittel umverteilen, können wir den Einstieg in eine bessere Gesellschaft gut finanzieren: eine Industrieproduktion, die sich an den Bedürfnissen von Menschen und der Gesellschaft ausrichtet, und den Aufbau einer leistungsfähigen öffentlichen Infrastruktur. Mit einer Finanztransaktionssteuer, einer Steuer auf Finanzgeschäfte, wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen und die Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Mehreinnahmen in Deutschland: 27 Milliarden Euro
- In Deutschland und in allen EU-Staaten soll eine einmalige Vermögensabgabe ab einem persönlichen Freibetrag von einer Million Euro erhoben werden. Für Betriebsvermögen wird ein gesonderter Freibetrag vereinbart.

1 Der private Reichtum nimmt zu, auch weil die Steuern für Reiche und für Unternehmen
2 drastisch gesenkt wurden. Wer viel hat, erhält zahlreiche Möglichkeiten, das Vermögen weiter
3 zu vermehren und sich der Finanzierung des Gemeinwohls zu entziehen. Wer wenig hat, muss
4 viel und mehrfach bezahlen: beispielsweise aufgrund der Privatisierung öffentlichen
5 Eigentums und des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme. Hohe Vermögen,
6 Spitzeneinkommen, Kapitalgewinne, Finanztransaktionen und große Erbschaften müssen
7 stärker besteuert beziehungsweise überhaupt erst einmal besteuert werden.

- 8 • Wir fordern, eine Vermögensteuer für Millionäre einzuführen. Dabei bleibt die erste
9 Million des Vermögens steuerfrei. Danach wird ein Steuersatz in Höhe von fünf
10 Prozent auf Privatvermögen erhoben. Für ein privates Geld- bzw. Immobilienvermögen
11 von zwei Millionen Euro müssten zum Beispiel 50.000 Euro Steuern im Jahr bezahlt
12 werden. Mehreinnahmen: 80 Milliarden Euro
- 13 • Große Erbschaften werden in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten viel zu
14 gering besteuert. Mit einer Reform der Steuersätze und der Steuerbefreiungen wollen
15 wir die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen. Dabei gilt ein Freibetrag
16 in Höhe von 150.000 Euro. Für Erbinnen und Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet
17 haben, Kinder, Ehegatten oder für eine vom Vererbenden benannte Person verdoppelt
18 sich der Freibetrag auf 300.000 Euro. Kleine und mittlere Immobilien (z.B. das Haus
19 der Großeltern) und selbstgenutztes Wohneigentum bleiben von unserer Reform
20 unberührt. Mehreinnahmen: 7 Milliarden Euro
- 21 • Die Unternehmenssteuern wurden massiv gesenkt. Die Körperschaftsteuer muss
22 wieder auf 25 Prozent erhöht werden. DIE LINKE setzt sich für eine europaweite
23 Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung zur Verhinderung von
24 Steuerwettbewerb ein. Die Befreiung von Veräußerungsgewinnen wollen wir
25 zurücknehmen. Mehreinnahmen: 35 Milliarden Euro
- 26 • Nicht nur die Vermögen und der private Reichtum haben sich ungleich entwickelt,
27 auch die Schere der Einkommen hat sich weiter geöffnet. DIE LINKE will eine Reform
28 der Einkommensteuer: Wer viel Einkommen hat, soll mehr Steuern zahlen, damit
29 Beschäftigte, die wenig verdienen oder ein mittleres Einkommen haben, entlastet
30 werden. Indem der Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöht wird, werden auf
31 Bruttolöhne bis 1.000 Euro im Monat keine Steuern mehr fällig. Monatliche
32 Bruttolöhne bis 6.000 Euro werden entlastet, indem der Tarifverlauf der
33 Einkommenssteuer geglättet wird. Das bedeutet konkret: Bei einem monatlichen
34 Verdienst in Höhe von 2.500 Euro müssen rund 85 Euro weniger Steuern gezahlt
35 werden. Der Spitzensteuersatz dagegen soll ab einem Einkommen von 65.000 Euro
36 pro Jahr wieder auf 53 Prozent (wie unter der Kohl-Regierung) erhöht werden.
- 37 • Sehr hohe Einkommen wollen wir besonders besteuern: Jeder Euro, der über einer
38 Million Einkommen liegt, soll mit 75 Prozent besteuert werden (Reichensteuer).

- 1 • Das Ehegattensplitting soll abgeschafft werden. Stattdessen wollen wir eine
2 individuelle Besteuerung einführen. Damit Lebensgemeinschaften mit Kindern nicht
3 schlechter gestellt werden, wollen wir die Einsparungen nutzen, um das
4 Zusammenleben mit Kindern zu fördern.
- 5 • Die „Mövenpicksteuer“ (Ermäßigung für Hotels und für Beherbergungsleistungen)
6 muss zurückgenommen werden. Mehreinnahmen: 1 Milliarde Euro.
- 7 • DIE LINKE will die Abgeltungsteuer abschaffen und Einkünfte aus Kapitalvermögen
8 wieder gemäß dem individuellen Einkommensteuersatz besteuern.
- 9 • Der Steuervollzug auf Länderebene muss verbessert, insbesondere mehr
10 Fachpersonal eingestellt werden. Um Steuerhinterziehung, Geldwäsche und
11 Subventionsbetrug wirksamer bekämpfen zu können, tritt DIE LINKE für den Aufbau
12 einer Bundesfinanzpolizei ein. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren
13 Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung jährlich etwa 15
14 Milliarden Euro mehr einzunehmen.

15 Die derzeitige soziale Ungleichheit ist so gravierend, dass sie die gesamte Gesellschaft
16 blockiert und eine positive Entwicklung bremst. Zukunftsinvestitionen – beispielsweise in eine
17 sozial-ökologische Energiewende, in eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung für alle
18 oder in ein gerechtes Bildungssystem – können nicht finanziert werden. Eine gerechte
19 Gesellschaft ist für alle besser. Die Kommunen benötigen endlich wieder ausreichend
20 Finanzmittel. Wir wollen Städte und Gemeinden mit – und nicht ohne – Bibliotheken, Kitas,
21 Schwimmbädern, Theatern und Kulturzentren.

22 DIE LINKE will die bisherige Gewerbesteuer auf eine breitere Basis stellen und in eine
23 Gemeindewirtschaftsteuer umwandeln. Dabei wird die Bemessungsgrundlage ausgeweitet
24 (Einbeziehung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren) und der Kreis der
25 Steuerzahlenden vergrößert (Einbeziehung der Selbstständigen und Freiberuflerinnen und
26 Freiberufler). Für kleine Unternehmen und Existenzgründerinnen und -gründer wird der
27 Freibetrag auf 30.000 Euro angehoben und die festgesetzte Steuer bei der
28 Einkommenssteuer berücksichtigt. In diese Reform inbegriffen ist die Abschaffung der
29 Gewerbesteuerumlage, die Städte und Gemeinden finanziell entlastet. Mehreinnahmen für die
30 Kommunen: 15 Milliarden Euro

Das Öffentliche stärken: Enteignung der Bevölkerung stoppen

Zum „Wohl der Allgemeinheit“ zu handeln, gilt als Aufgabe von Politik und Staat. Was aber als Allgemeinwohl verstanden wird und wie ihm am besten zu dienen ist, ist Gegenstand und Ergebnis der demokratischen Diskussionen, von sozialen Konflikten und Kämpfen. Wer verfügt über den gesellschaftlichen Reichtum? Wer bestimmt, was, wann, wie, wo und in welchem Umfang produziert wird? Und wem steht es zur Verfügung? Diese Fragen betreffen den Kern der Demokratie.

Der Ausbau des öffentlichen Eigentums, der Infrastruktur und Daseinsvorsorge muss von Anstrengungen begleitet sein, den Staat zu demokratisieren. Es muss mehr Partizipation und Transparenz geben. Partizipation heißt nicht, mitreden zu dürfen, sondern Entscheidungen wirksam beeinflussen zu können. Auf allen politischen Ebenen, insbesondere in der Kommune, sollten Menschen auch in Fragen der Finanzen, des Wirtschaftens, der Entwicklung des kulturellen Lebens und der Bildung sowie der Gestaltung der Verwaltung unmittelbar mitwirken und mitentscheiden können: durch partizipative Haushalte und Planungsprozesse bis hin zu regionalen Räten für eine sozial-ökologische Strukturpolitik, die Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen umfasst. Der Reichtum einer Gesellschaft muss sich nach unserer Auffassung in einem öffentlichen Reichtum und in den Lebenschancen aller niederschlagen. Nur diese Art von Reichtum kommt allen zugute und bildet die Grundlage für ein demokratisches Miteinander. Ohne ein leistungsfähiges öffentliches Eigentum – also kommunales, regionales, genossenschaftliches, gemeinwirtschaftliches oder staatliches Eigentum – kann eine Demokratie nicht funktionieren.

- DIE LINKE streitet dafür, dass Bürgerinnen und Bürger den Zweck öffentlicher Unternehmen mitbestimmen und öffentliche Unternehmen und Einrichtungen kontrollieren können; sie müssen an Entscheidungen und der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligt sein.
- Wir wollen, dass öffentliche Unternehmen und Einrichtungen transparent arbeiten und Verträge, die die öffentliche Verwaltung abschließt, offengelegt werden. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen ausgeweitet werden. Leiharbeit, Privatisierungen oder Dienst- und Werkverträge untergraben grundlegende Rechte der Beschäftigten und deren Mitbestimmung. Um diese Beschäftigten zu schützen, müssen nicht nur solche Arbeitsformen bekämpft werden: DIE LINKE tritt dafür ein, dass das Personalvertretungsrecht uneingeschränkt für alle Menschen gilt, die für eine Dienststelle tätig sind.

In den vergangenen 20 Jahren wurde öffentliches Eigentum in großem Umfang verkauft: Wohnungen, Krankenhäuser, Stromerzeuger, Verkehrs- und Wasserbetriebe, Rathäuser, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Es wurde versprochen: Die Privatisierung macht alles besser. Nachweisbar ist das Gegenteil eingetreten. Bürgerinnen und Bürger und Kommunen müssen oft für schlechtere Leistungen mehr und teuer bezahlen. Privatisierung bedeutet, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für private Vorsorge, Arztbesuche,

1 Zahnersatz, Schwimmbad, Musikschule. Diese Regel ist ebenso primitiv wie unbarmherzig:
2 Wer zahlen kann, kann teilhaben. Wer zu wenig Geld hat, ist außen vor. Die Reichen grenzen
3 sich ab und haben schon längst ihre eigene Welt gegründet.

4 Die Regierung verweist auf die Staatsschulden. Angeblich könnten „wir“ uns das Öffentliche
5 nicht mehr leisten, sonst würden wir unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden
6 hinterlassen. Wir stellen dagegen fest: Gerade im Interesse unserer Kinder und Enkel dürfen
7 wir das Gemeinwesen nicht dem Markt überantworten. Denn: Wo Daseinsvorsorge in privater
8 Hand betrieben wird, steht nicht mehr die Leistung für die Menschen im Vordergrund,
9 sondern Gewinnerzielung und Marktinteressen. Die Grundlagen für eine gerechte Gesellschaft
10 werden mit der Privatisierung von Wasser über Energie, Nahverkehr bis zur Bildung zerstört.

- 11 • Wir stehen für ein neues Modell einer leistungsfähigen, demokratischen, öffentlichen
12 Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
- 13 • Alle müssen öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, unabhängig davon,
14 wo sie wohnen.
- 15 • Öffentliche Dienstleistungen müssen für jeden erschwinglich, diskriminierungs- und
16 barrierefrei sein.
- 17 • Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

18 Privatisierungen werden von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt. Bürgerentscheide wie
19 beispielsweise in Leipzig, Düsseldorf oder in Freiburg zeigen, dass der Widerstand gegen
20 Privatisierungen wächst. Auch die Kommunen selbst haben mit den nicht bedachten Folgen
21 der Privatisierung zu kämpfen. Die Finanzkrise offenbart schonungslos, wie risikoreich
22 grenzüberschreitende Leasingverträge (Cross Border Leasing) oder undurchsichtige
23 Zinsgeschäfte sind. Diese finanziellen Bruchlandungen werden ebenso wie die teurer
24 werdenden Kredite die Kommunalhaushalte auf Jahre hinaus erheblich belasten. Etliche
25 Privatisierungen sind rückgängig gemacht und Einrichtungen der öffentlichen
26 Daseinsvorsorge erfolgreich wieder kommunalisiert worden. Nicht selten haben dabei
27 Bürgerinitiativen und Bürgerentscheide eine entscheidende Rolle gespielt.

28 DIE LINKE setzt auf Privatisierungsbremse statt Schuldenbremse. Wir werden uns an keiner
29 Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert.

- 30 • Wir wollen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ebenso
31 gestoppt wird wie alle Public-Private-Partnership-Projekte. Es muss wieder Regel
32 werden: Öffentliche Einrichtungen werden in öffentlicher Verantwortung
33 betrieben.
- 34 • Volksentscheide zu Privatisierungen sind in der Vergangenheit zu Gunsten des
35 öffentlichen Eigentums ausgegangen. Wir wollen, dass Wasser und andere Güter
36 der Daseinsvorsorge unverkäuflich sind. Bis das durchgesetzt ist, müssen alle

1 Privatisierungsvorhaben den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt
2 werden.

- 3 • Privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge wollen wir rekommunalisieren. Wir
4 wollen die elementare Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste, Wohnungen,
5 Bildung, Jugendhilfe, Kultur, Energie, Wasser, Öffentlichen Personennahverkehr,
6 Fernverkehr, Zugang zum Internet und Abfallentsorgung in öffentlicher Hand
7 organisieren.
- 8 • Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wollen wir in nicht-
9 kommerzielle Trägerschaften überführen.
- 10 • Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am
11 gesellschaftlichen Bedarf orientieren. Unter anderem heißt das: Es wird kein
12 Personal mehr abgebaut. Verwaltungen werden entsprechend dort umgebaut, wo
13 der Bedarf sich geändert hat.
- 14 • Der öffentliche Dienst ist Vorbild in Sachen Ausbildung. Der Anteil von
15 Beschäftigten mit Migrationshintergrund soll erhöht werden, auch um dort, wo es
16 den Bedarf gibt, die Mehrsprachigkeit in der Verwaltung zu gewährleisten.
- 17 • Die Beschäftigten in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und
18 Unternehmen müssen Einfluss auf deren Entwicklung nehmen können, also an
19 Entscheidungen in den Einrichtungen und Unternehmen direkt beteiligt werden.

20 Öffentliches Eigentum zu privatisieren, bedeutet den Verlust an Transparenz, öffentlicher
21 Einflussnahme und Mitentscheidung an der Entwicklung kommunaler Dienstleistungen sowie
22 an öffentlicher Kontrolle. Nur öffentliche Unternehmen und öffentliches Eigentum bieten die
23 Chance einer demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung durch Bürgerinnen und Bürger
24 sowie Beschäftigte. Öffentliches Eigentum und Bürgerbeteiligung gehören zusammen.
25 Bürgerinnen und Bürger sind von Anfang an in kommunale Entscheidungen einzubeziehen. Es
26 muss öffentlich diskutiert werden, welche Aufgaben und Angebote in öffentlicher
27 Verantwortung erledigt und hergestellt werden.

28 Eine Demokratie funktioniert nur, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch
29 gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Den Unternehmen müssen die Ziele des
30 Wirtschaftens und ein klar definierter Handlungsrahmen durch die Parlamente vorgegeben
31 werden. Deshalb treten wir für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein. Der
32 Finanzsektor muss demokratisch kontrolliert werden. In Zukunft sollen alle Banken dem
33 Gemeinwohl dienen. Deshalb ist es geboten, die privaten Großbanken zu vergesellschaften.
34 Denn gerade sie sind es, die mit ihrer Macht Staaten erpressen und gegeneinander
35 ausspielen. Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört ebenso auf die Tagesordnung. Wer den
36 Unternehmen und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies
37 erleben wir jetzt täglich. Jedes einzelne Unternehmen muss bei seinen Entscheidungen der
38 Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht werden.

1 Wir wollen private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle
2 unterwerfen und strikt regulieren, den privaten Bankensektor in die öffentliche Hand
3 überführen und - entsprechend den Sparkassen - auf das Gemeinwohl verpflichten (vgl.
4 Kapitel II).

5 Die Wirtschaft wollen wir demokratisieren: Belegschaften sollen sich an den großen
6 Unternehmen beteiligen können; staatliche Hilfen werden nur im Tausch gegen
7 entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften vergeben;
8 Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen sind mit demokratischer Kontrolle und mehr
9 Mitbestimmung zu verbinden. Um solidarische Ökonomie zu unterstützen, müssen
10 Genossenschaften stärker gefördert werden, auch mit dem Instrument der
11 Arbeitsmarktpolitik.

13 **Für bezahlbare Mieten: Spekulation mit Wohnraum stoppen**

14 Wohnungen sind zu einem beliebten Objekt für Finanzspekulation geworden. In den
15 Metropolen kämpfen Initiativen gegen „Gentrifizierung“, gegen die Verdrängung
16 einkommensschwacher Anwohnerinnen und Anwohner aus ihren Stadtteilen. Mieterinnen und
17 Mieter werden aus ihren Wohnungen vertrieben, um diese nach Sanierung mit hoher Rendite
18 zu vermarkten. Gerade in den Großstädten steigen die Mieten rasant, viele können sich die
19 steigenden Mietkosten nicht mehr leisten. Erwerbslose werden zum Umzug gezwungen. Die
20 Bevölkerung ganzer Kieze wird ausgewechselt. Maklerfirmen suchen sich mit halb legalen und
21 illegalen Methoden die lukrativsten Bewerber unter den Wohnungssuchenden. Der Deutsche
22 Mieterbund spricht von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in Ballungsräumen, der soziale
23 Wohnungsbau ist faktisch zum Erliegen gekommen. Wohnen ist zu einem Feld sozialer
24 Auseinandersetzungen geworden.

25 Der Rückzug des Staates aus einer sozial steuernden Wohnungspolitik und die Liberalisierung
26 des Wohnungsmarktes führen zu einem dramatischen Rückgang von bezahlbarem
27 Wohnraum. Barrierefreier bezahlbarer Wohnraum ist kaum zu finden. Der soziale
28 Wohnungsbau ist innerhalb der vergangenen 20 Jahre um ein Drittel geschrumpft.
29 Kommunale Wohnungsbestände werden privatisiert. Mietwohnungen werden massenhaft in
30 Eigentumswohnungen umgewandelt; in Großstädten liegt die Umwandlungsquote teilweise
31 bei 50 Prozent. Da die Rechte der Mieter abgebaut wurden, können die Mieten von den
32 Eigentümern nach oben getrieben werden.

- 33 • Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die
34 Zweckentfremdung von Mietwohnungen ist zu stoppen. Kommunen müssen die
35 Möglichkeit erhalten, dies auf dem Verordnungsweg zu verbieten.

36 Die Finanzkrise verschärft diese Entwicklung; sichere Anlagen sind gefragt. Finanzinvestoren
37 kaufen in großem Stil Sozialwohnungen auf, um sie dann mit maximaler Rendite zu betreiben.

1 Gleichzeitig stehen in strukturschwachen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, viele
2 Wohnungen leer. Die anhaltende Belastung mit Altschulden und das Auslaufen von
3 Stadtumbauprogrammen erschweren eine soziale Stadtentwicklung.

4 Wir wollen das Grundrecht auf Wohnen verteidigen. Im Vordergrund müssen die Interessen
5 der Mieterinnen und Mieter stehen, nicht Marktgesetze und Finanzrenditen.

- 6 • Wir wollen die Mieten deckeln: Der Mietspiegel muss sich an den Bestandsmieten
7 orientieren. Die Kommunen erhalten das Recht, auf der Grundlage dieser Mietspiegel
8 Höchstmieten festzulegen, um den Preisanstieg zu stoppen. Die Nettokaltmiete in
9 bestehenden Mietverhältnissen darf ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung
10 grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches maximal bis zur Höhe der
11 ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. Mieterhöhungen allein wegen
12 Neuvermietung sind unzulässig.
- 13 • Wir wollen die Spekulation mit Wohnungen bekämpfen. Dazu wollen wir eine Haltefrist
14 beim Erwerb von Wohneigentum durch gewerbliche Immobilienkäufer einführen, um
15 spekulativen Wohnungshandel zu stoppen. Wiederverkauf von erworbenem
16 Wohneigentum wird damit steuerlich belastet. Die Steuerfreiheit bei Verkauf von
17 Eigentumswohnungen nach zehn Jahren durch Privatpersonen wollen wir abschaffen.
- 18 • Leerstand zu Wohnraum! Leerstand aus spekulativen Gründen und wegen steuerlicher
19 Abschreibung wollen wir unterbinden.
- 20 • Wir wollen Makler in die Schranken weisen: Maklerprovisionen sind grundsätzlich vom
21 Auftraggeber zu tragen. Wenn ein Vermieter einen Makler beauftragt, dann dürfen die
22 Kosten nicht auf die Mieter umgelegt werden.

23 Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge. Das Recht auf Wohnen ist im
24 Grundgesetz zu verankern. Wir wollen kommunale Wohnungsgesellschaften und
25 Genossenschaften stärken. Wir unterstützen die Kommunen beim Aufbau
26 wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe, die nicht profitierorientiert, sondern
27 gemeinwohlorientiert agieren. Wir wollen erreichen, dass Menschen mit mittleren und
28 niedrigen Einkommen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für angemessenen
29 Wohnraum ausgeben müssen.

30 Der soziale Wohnungsbau muss wiederbelebt und neu ausgerichtet werden. Er soll
31 öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Die Fördermittel dafür müssen
32 dauerhaft erhöht und nicht am privaten Kapitalmarkt refinanziert werden. Privatinvestoren,
33 die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, wollen wir zum anteiligen Bau von
34 Sozialwohnungen verpflichten. Die Mietpreisbindung muss unbefristet sein.

- 35 • Mindestens 150 000 Mietwohnungen mit Sozialbindung müssen jährlich entstehen.
36 Dabei ist zu berücksichtigen, dass genügend alten- und behindertengerechte
37 Wohnungen gebaut werden.

- 1 • Wir wollen Modernisierungen mieterfreundlich gestalten: Die Umlage für Sanierung
2 und energetische Modernisierung ist deshalb von elf auf fünf Prozent zu reduzieren
3 und nach der Abschreibungsfrist zurückzunehmen. Nach der Modernisierung darf die
4 Warmmiete durch die Ersparnis bei den Nebenkosten nicht mehr betragen als vorher
5 (Warmmietenneutralität).
- 6 • Menschen, die Transferleistungen erhalten oder geringe Einkommen erzielen, dürfen
7 aus ihren Wohnungen nicht verdrängt werden. Zwangsumzüge sind auszuschließen.
8 Die Übernahme von Kosten der Unterkunft muss den Mieten entsprechen, die in
9 einfachen und mittleren Wohnlagen verlangt werden. Das Wohngeld muss
10 individualisiert und auf die Bruttowarmmiete bezogen, die regionalen
11 Wohngeldtabellen sollen überprüft und angepasst werden. Heizkosten müssen wieder
12 im Wohngeld enthalten sein.
- 13 • Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind bei den Altschulden zu entlasten. Der
14 Stadtumbau Ost ist vom Bund weiterhin zu unterstützen und muss die
15 Qualitätsverbesserung der Wohnungen zum Ziel haben.
- 16 • Die energetische Gebäudesanierung muss öffentlich gefördert werden, damit sie nicht
17 einseitig zu Lasten der Mieterinnen und Mieter geht. Die entsprechende
18 Bundesförderung ist aufzustocken.

20 **Gemeinsam lernen: Bildung ist keine Ware**

21 Das bestehende Bildungssystem verschärft soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit
22 zu sorgen. Oft wird angenommen, mittels mehr Bildung könnten soziale Missstände bekämpft
23 werden. Doch langjährige Beobachtungen zeigen, dass das Bildungssystem die
24 Klassenstrukturen der Gesellschaft aufrechterhält, statt sie aufzubrechen. In kaum einem
25 anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über die Bildungslaufbahn wie in
26 Deutschland.

27 Bildung muss demokratisch gestaltet werden, damit sie der Emanzipation der Menschen
28 dienen kann. Wir lehnen die Privatisierung und Kommerzialisierung von unterschiedlichen
29 Bildungsbereichen ab. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, das darauf ausgerichtet ist,
30 allen Schülerinnen und Schülern den bestmöglichen Lernfortschritt zu ermöglichen. Dafür ist
31 es erforderlich, allen Kindern von Anfang an das gemeinsame Lernen mit anderen Kindern in
32 Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen. Dazu muss die frühe Zuteilung von
33 Bildungschancen durch ein gliederndes Schulsystem überwunden werden. Dazu müssen
34 ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Dazu muss der Zugang zu
35 höherer Bildung, also auch zum Studium bis zum Master, für alle erleichtert werden. Wir sind
36 gegen die Einflussnahme der Wirtschaft auf Forschungs- und Wissenschaftsentwicklung,
37 gegen Studiengebühren und private Hochschulen. Bildung ist keine Ware!

- 1 • Gute Bildung kostet Geld. In Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und in
2 der Aus- und Weiterbildung fehlt es an allen Ecken und Enden. Wir fordern eine
3 sofortige Aufstockung der öffentlichen Bildungsausgaben.
- 4 • Gerechtigkeit bedeutet auch besondere Förderung für Migrantinnen und Migranten.
- 5 • Das gegliederte Schulsystem hat bislang als Katalysator für soziale Ungleichheit
6 gewirkt.
- 7 • Wir wollen, dass die Gemeinschaftsschule zur Regelschule wird, in der alle Kinder und
8 Jugendlichen individuell gefördert werden. Mehr Ganztagschulen, kleinere Klassen
9 und mehr Lehrerinnen und Lehrer!
- 10 • Wir wollen Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern.
- 11 • Schulen dürfen keine Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr schließen.
12 Das Gleiche gilt für die direkte Einflussnahme von privaten Unternehmen und
13 Stiftungen.
- 14 • Wir unterstützen stattdessen einen für alle Schüler und Schülerinnen verpflichtenden
15 gemeinsamen Ethikunterricht.

17 **Gute Ausbildung**

18 Eine „gute“ berufliche Ausbildung meint eine umfassende und moderne Ausbildung mit hoher
19 Qualität. Sie dient allen jungen Menschen, ihre eigenen Interessen, Neigungen und
20 Fähigkeiten zu verwirklichen und zu erweitern. Wir wollen das Recht aller jungen Menschen
21 auf ein selbstbestimmtes Leben und berufliche Teilhabe an der Gesellschaft stärken.

- 22 • Die berufliche Erstausbildung soll für alle Ausbildungsformen gebührenfrei sein.
23 Ausbildungsgebühren gehören abgeschafft.
- 24 • Alle Auszubildenden haben das Recht auf eine Ausbildungsvergütung, mit der sie den
25 Schritt in ein eigenständiges Leben gestalten können. Auszubildende müssen
26 wirkungsvoll vor der Ausbeutung als billige Arbeitskräfte geschützt werden.
- 27 • Unternehmen, die nicht ausbilden, wollen wir mit einer Umlage belegen, mit der wir
28 die Unternehmen unterstützen, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung zur
29 Ausbildung nachkommen. Damit soll ein auswahlfähiges Angebot aus betrieblichen
30 Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden.
- 31 • Nach wie vor ist die Berufswahl von Frauen und Männern stark geschlechtsspezifisch
32 geprägt. Deshalb wollen wir Betriebe, die Frauen in nicht frauentypischen Berufen
33 ausbilden, gezielt fördern.

- 1 • Auch Betriebe, die ihr Ausbildungsangebot im Sinne der UN-Konvention über die
2 Rechte von Menschen mit Behinderungen inklusiv gestalten, und Betriebe, die
3 verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund ausbilden, wollen wir gezielt fördern.
- 4 • Bildungsberufe wollen wir aufwerten: Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher
5 soll auf Hochschulebene stattfinden. DIE LINKE tritt auch in den Pflegeberufen für
6 eine bundeseinheitliche Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz ein. Es muss eine
7 Ausbildungsvergütung gezahlt, die Ausbildungsrahmenbedingungen müssen
8 tarifvertraglich geregelt werden, und es besteht Sozialversicherungspflicht.
- 9 • Die Beschäftigten sollen die Möglichkeit zur regelmäßigen beruflichen Weiterbildung
10 haben - für die persönliche Entwicklung des Einzelnen ebenso wie die nachhaltige
11 Möglichkeit zur Teilhabe am Erwerbsleben.
- 12 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten
13 in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds eingerichtet
14 werden, in die Betriebe je nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Wir setzen uns für
15 ein Bundesweiterbildungsgesetz ein, das Weiterbildung als öffentliche Aufgabe
16 definiert und einen Rechtsanspruch sichert. Wir unterstützen Initiativen für einen
17 Bildungsurlaub für alle Beschäftigten in den Bundesländern.

19 **Hochschulen**

20 Hochschulen sind zunehmend auf Wettbewerb, Markt und Elitenförderung ausgerichtet
21 worden. Die finanzielle Ausstattung wurde an marktförmige Kriterien gebunden, und
22 privatwirtschaftliche Einflussnahmen und Kooperationen mit Großkonzernen nahmen zu.
23 Gleichzeitig fehlen Studienplätze, Hörsäle und sonstige universitäre Infrastruktur. In den
24 vergangenen fünfzehn Jahren wurden rund 1 500 Professuren abgewickelt - bei stetig
25 steigenden Studierendenzahlen. Studentischer Wohnraum ist Mangelware. Die Einführung
26 von Bachelor und Master im Zuge der Bologna-Reform hat die Studiengänge zusätzlich
27 verschult, Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

- 28 • Wir wollen eine grundlegende Reform des Bologna-Prozesses - weg von repressiven
29 Studienordnungen hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen
30 Studieren.
- 31 • Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau von Studienplätzen für alle
32 Studienberechtigten, die ein Studium aufnehmen wollen. Die Studienplätze müssen so
33 finanziert werden, dass gute Lehre gewährleistet werden kann.
- 34 • Wir wollen die Bundesmittel aus der ehemaligen Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau
35 für ein Infrastrukturprogramm einsetzen. Daraus sollen soziale Infrastrukturen wie
36 Wohnheimplätze und Mensen sowie digitale Infrastrukturen für die Uni 2.0 finanziert
37 werden.

1 Die sozialen Hürden zur Hochschule wurden erhöht. Und die Hochschulen sind immer
2 weniger in der Lage, ihrer Funktion als kritische Instanz gegenüber der Gesellschaft und als
3 gesellschaftlicher Träger von unabhängiger Wissenschaft gerecht zu werden.

- 4 • Wir setzen uns für die Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren ein. Gebühren
5 wirken abschreckend auf einkommensschwächere Schichten und drängen
6 Studierende in vermeintlich marktnahe Studiengänge.
- 7 • Wir wollen eine bedarfsorientierte öffentliche Ausfinanzierung der Hochschulen in der
8 Breite statt einseitiger Exzellenzförderung und privat vergebenen Drittmitteln. Nur so
9 kann garantiert werden, dass nicht im Interesse finanzstarker Einzelinteressen und
10 Großkonzerne gelehrt und geforscht wird.
- 11 • Wir wollen die Hochschulen öffnen. DIE LINKE setzt sich für die Überwindung von
12 Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen wie den NC, Auswahlgespräche, IQ-Tests
13 oder Bewerbungsgespräche sowie für den freien Zugang zum Master für alle Bachelor-
14 Studierenden im Rahmen eines Bundesgesetzes zur Hochschulzulassung ein. Die
15 Studierenden sollen selbst bestimmen können, was und wo sie studieren und welchen
16 Abschluss sie absolvieren möchten.
- 17 • Das BAföG wollen wir elternunabhängig und bedarfsdeckend umbauen und die
18 Anpassung der Höchstdauer der Zahlung an die reale durchschnittliche Studiendauer
19 voranbringen. Zukünftig soll das BAföG wieder als Vollzuschuss gezahlt werden.
20 Angesichts gestiegener Lebenshaltungskosten setzen wir uns für eine sofortige
21 Erhöhung um zehn Prozent inklusive einer automatischen jährlichen Anpassung und
22 für die Abschaffung der Altersgrenzen ein.

24 **Demokratische Wissenschaften: Forschung für die Welt von morgen**

25 Wissenschaft hat eine kritische Funktion gegenüber der Gesellschaft. Forschungsergebnisse,
26 Innovationen und Technologien bestimmen unser Leben und die Arbeitswelt von morgen mit.
27 Neue Forschungsergebnisse und Innovationen sollen allen zugutekommen und die sozial-
28 ökologische Erneuerung unserer Gesellschaft fördern. Dazu muss einerseits die Freiheit von
29 Forschung und Lehre vor einseitigen Einflüssen der Wirtschaft geschützt, andererseits die
30 Forschungsförderung auf das Ziel sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert werden.
31 DIE LINKE will die Entscheidungen über die milliardenschwere öffentliche Forschungs- und
32 Innovationsförderung demokratisieren und mehr Transparenz in die Zusammenarbeit von
33 Wissenschaft und Wirtschaft bringen. Moderne Forschung ist offen. Wissen, das mit
34 Steuermitteln erarbeitet wurde, muss allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine
35 verpflichtende Open-Access-Veröffentlichung ein. Die Forschungsdaten sollen nach dem
36 Prinzip des Open Data zugänglich sein.

- 1 • Wir wollen das von der großen Koalition eingeführte Kooperationsverbot zwischen
2 Bund und Ländern aufheben, das dem Bund untersagt, die Bildungseinrichtungen
3 finanziell zu unterstützen, die in Länderhoheit liegen.
- 4 • Kooperationsvereinbarungen und sonstige Verträge zwischen öffentlichen
5 Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen und privaten Unternehmen müssen
6 offengelegt werden. Wir unterstützen alle Initiativen zur Verankerung von Zivilklauseln
7 in den Hochschulgesetzen sowie in einem zu schaffenden Bundesforschungsgesetz:
8 Forschung soll ausschließlich friedlichen und zivilen Zwecke dienen.
- 9 • DIE LINKE kämpft für die Demokratisierung der Hochschulen. Wir wollen stärkere
10 Mitspracherechte für alle Beschäftigten und Studierenden. Wir wollen bundesweite
11 Vertretungen der Studierenden mit allgemeinpolitischem Mandat durchsetzen.
12 Hochschulgremien sollten viertelparitätisch besetzt werden, damit allen
13 Statusgruppen der Hochschule die Mitbestimmung gesichert wird.
14 Aufsichtsratsähnliche Gremien wie Hochschulräte haben an der Hochschule keinen
15 Platz, denn Hochschulen sind keine Unternehmen.
- 16 • Kommunen und andere öffentliche Verwaltungen, auch Krankenhaus-, Sozial- oder
17 Nahverkehrsträger sollen durch Gutscheine zu Nachfragern von
18 Forschungsdienstleistungen werden können.
- 19 • Die Beratungsgremien und Förderstrukturen der Bundesregierung wollen wir um
20 Nichtregierungsorganisationen, Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften sowie
21 weitere zivilgesellschaftliche Akteure erweitern.

22 Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und
23 Wissenschaftler. Daueraufgaben sollten auf Dauerstellen geleistet werden. Die Promotion
24 sehen wir als Einstieg in die wissenschaftliche Berufslaufbahn. Sie sollte in der Regel auf
25 einer tariflichen Stelle absolviert werden, die die Arbeit an der eigenen Qualifikation in der
26 Arbeitszeit ermöglicht. Althergebrachte Hierarchien müssen überwunden und die
27 Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft gefördert werden.

- 28
- 29 • Die befristeten Arbeitsverhältnisse müssen in unbefristete überführt werden.
- 30 • Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen ein unabdingbares
31 Zweitveröffentlichungsrecht für ihre Werke bekommen, damit die Nutzungsrechte
32 nicht exklusiv durch Verlagsunternehmen angeeignet werden können.
- 33 • DIE LINKE fordert eine verbindlich sanktionierte Quotierung in
34 Wissenschaftseinrichtungen, die den Frauenanteil auf jeder Karrierestufe stärkt.
- 35

1 **Damit wir leben können, wie wir wollen**

2 Wie wir unseren Alltag gestalten, wen wir lieben, mit wem wir leben, ob wir uns für oder
3 gegen Kinder entscheiden: Das sind private Entscheidungen, die frei gefällt werden sollen –
4 frei von wirtschaftlichen Zwängen und Sorgen und von Vorstellungen über das, was "normal"
5 ist. Die Vorstellungen von Familien von gestern stimmen mit dem Leben vieler Menschen
6 nicht mehr überein. Diese Vorstellungen von Gestern stehen auch im Widerspruch zu
7 neoliberalen Modellen, in denen Flexibilität im Vordergrund steht. Selbst in der
8 Regierungspolitik werden sie – wenn auch nach und nach und halbherzig – aufgegeben.

9 Aber die Politik der Regierung hat neue Spaltungen geschaffen und jene vertieft, die mit der
10 Agenda 2010 entstanden sind. Damit unter anderem mehr Frauen in Erwerbsarbeit kommen,
11 wurde ein Niedriglohnsektor aufgebaut, in dem (meist) schlecht bezahlte Frauen die Arbeit in
12 Haushalt und Pflege und die Kindererziehung erledigen. Statt die Erwerbsarbeit zu kürzen,
13 statt die Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen, statt die sozialen und
14 öffentlichen Dienste so auszuweiten, dass mehr Frauen und Männer Familie und Beruf, gute
15 Arbeit und ein gutes Leben miteinander vereinbaren können.

16 Statt sozialen Ausgleich zu schaffen und die Bildung für alle Kinder zu verbessern, versucht
17 die Regierung, besonders Besserverdienende zum Kinderkriegen zu animieren. Für die
18 Ärmsten ist das Erziehungsgeld faktisch abgeschafft. Die Maßnahmen zielen darauf,
19 Erwerbstätigkeit und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu steigern, die „stille Reserve“ am
20 Arbeitsmarkt zu mobilisieren – die Kriegsmetaphern sind kein Zufall. Wir stellen die
21 Menschen mit ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen in den Mittelpunkt.

22 Soziale Gleichheit bedeutet keine Gleichmacherei. Der Staat muss Voraussetzungen und
23 Rahmenbedingungen schaffen, damit Unterschiedlichkeit nicht mit sozialer Ungleichheit
24 verknüpft wird. Alle Menschen müssen gleichen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum
25 haben – damit wir ohne Angst verschieden sein können.

1. Geschlechtergerecht und solidarisch

Eine Großhandelskauffrau erhält circa 564 Euro weniger Monatsgehalt als ein Mann. In 40 Jahren ergibt das eine Summe von knapp 271.000 Euro. Bei einer Köchin beträgt die monatliche Differenz 210 Euro. Das sind nach 40 Jahren 100.000 Euro. Einer Ärztin entgehen in 35 Jahren 441.000 Euro, nur weil sie eine Frau ist. Wenn wir gleichwertige Arbeiten vergleichen, nämlich die einer Erzieherin und die eines Maschinenschlossers, muss die Kollegin, die sich um den Nachwuchs kümmert, für 231.000 Euro weniger Gehalt arbeiten als der Mann. Das sind stattliche Summen, die entgangene Rentenversicherung und die geringere Lebensqualität noch nicht einmal mit eingerechnet.

Frauen und Männer müssen gleichermaßen an allen gesellschaftlichen Bereichen und Ressourcen teilhaben und vor Diskriminierung und Gewalt geschützt sein – ebenso wie die Menschen, die jenseits der Norm der Zweigeschlechtlichkeit leben. Dazu gehört es, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu verändern und die Strukturen zu beseitigen, die Frauen diskriminieren.

- Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern kann verändert und gerechter werden, indem wir die Erwerbsarbeitszeit radikal verkürzen und die gesellschaftlich notwendige Arbeit neu verteilen. Im Leben aller soll genügend Zeit für Erwerbsarbeit, für Familie, die Sorge für Kinder, Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde, für politisches Engagement, für individuelle Weiterbildung, Muße und Kultur sein. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen mehr Entscheidungsspielraum darüber bekommen, wie sie ihre Lebenszeit verbringen.

Berufssparten, in denen überwiegend Frauen tätig sind, sind in der Regel schlechter bezahlt. Im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu den Schlusslichtern bei der Gleichstellung der Geschlechter: Obwohl Frauen besser ausgebildet sind als Männer, sind sie im Berufs- und Familienleben in vielerlei Hinsicht benachteiligt. Frauen arbeiten stärker im Bereich der sorgenden, pflegenden und häuslichen Dienstleistungen – bezahlt und unbezahlt, immer zu wenig anerkannt. Dabei sind es gerade diese Arbeiten, welche die Gesellschaft zusammenhalten. Sie schaffen und sichern Wohlstand.

- Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Frauen werden in Deutschland im Durchschnitt 22 Prozent schlechter bezahlt (Gender Pay Gap). Dass Tätigkeiten, die gleichwertig sind, immer noch ungleich bezahlt werden, muss endlich abgestellt und auf den Müllhaufen der Geschichte gekippt werden.
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Die Eingruppierungskriterien der Tarifverträge müssen nach geschlechtergerechten Kriterien überarbeitet werden.

Jede fünfte erwerbstätige Frau und jeder zehnte erwerbstätige Mann arbeitet ausschließlich in Minijobs. Das „Mini“ bezieht sich dabei nicht auf die eingesetzte Arbeitszeit, die oft ausufert. Mini sind die Bezahlung und die Rente im Alter. Wer seine Kinder betreut oder Angehörige pflegt und deshalb länger nicht erwerbstätig sein kann oder nur in Teilzeit, wird im Alter von Armut bedroht sein. Davon sind überwiegend Frauen betroffen.

1 Minijobs als zentrale Stützpfeiler des Niedriglohnsektors sollen mit
2 sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichgestellt werden. Da zwei von drei Minijobs von
3 einer Frau ausgeübt werden, verfestigt sich die geschlechtsspezifische Spaltung des
4 Arbeitsmarktes.

5 DIE LINKE will die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wirtschaft
6 und Gesellschaft. Wir geben keine Ruhe, bevor nicht alle politischen Mandate und
7 öffentlichen Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Frauen wie Männer
8 brauchen gute Erwerbsarbeit, die so bezahlt wird, dass sie gut davon leben können. Frauen
9 wie Männer sollen sich gleichermaßen um Kinder, Freunde, Familie, ihre eigene Entwicklung
10 und das menschliche Miteinander kümmern können. Frauen wie Männer sollen in der Politik
11 mitmischen und ihre Erfahrungen einbringen können.

12 Im Gegensatz zur Bundesregierung beschränkt sich DIE LINKE nicht auf Frauenquoten in
13 Vorstandsetagen – LINKE Gleichstellungspolitik richtet sich an alle Frauen, egal, ob an die
14 alleinerziehende Mutter, an die Ärztin, Verkäuferin, Abteilungsleiterin oder Auszubildende.

15 Alle Politikbereiche müssen überprüft werden, ob sie die Gleichstellung der Geschlechter
16 befördern oder ihr gar schaden. Das bedeutet unter anderem: Die Frauenerwerbsquote in gut
17 entlohnerten, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen
18 muss gesteigert und die partnerabhängige Leistungsberechnung bei Erwerbslosigkeit beendet
19 werden.

- 20 • DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen,
21 in welchen Frauen oder Männer in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung
22 benachteiligt sind, müssen verbindlich Gleichstellungsmaßnahmen einführen.
- 23 • Keine staatliche Subventionierung des überholten Familienmodells mit dem Mann als
24 Ernährer und der Frau als Zuverdienerin. Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht
25 müssen reformiert werden. Es muss diskutiert werden, wie die Arbeit in Familie und
26 Gesellschaft neu verteilt werden soll. Sorge-Arbeit und personenbezogene
27 Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege) müssen mit besserer Bezahlung und
28 besseren Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.
- 29 • Wir stehen für eine aktive Anti-Diskriminierungspolitik. Niemand soll in
30 Belastungssituationen alleine für seine oder ihre Rechte kämpfen müssen. Deshalb
31 muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem echten Klagerecht für
32 Verbände verbessert werden.

2. Bunt und verlässlich: für eine Familienpolitik, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen

Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, ob als Lebensgemeinschaft, als Klein- oder Großfamilie, als Ehepaar, als Mehrgenerationenhaushalt oder in anderen Formen der Gemeinschaft. Familie ist, wo Menschen, egal welcher sexuellen Orientierung, füreinander da sind.

- Die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen, das Zusammenleben mit Kindern sollen steuerlich gefördert werden. Das Ehegattensplitting wird abgeschafft.
- Die steuerliche Benachteiligung von Lesben und Schwulen ist zu beenden.

DIE LINKE steht für eine emanzipatorische und zukunftsweisende Familienpolitik. Familienpolitik muss allen Menschen, insbesondere aus einkommensschwachen und mittleren Gesellschaftsschichten, ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen. Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden. Private Dienstleistungen nutzen nur besserverdienenden Familien – wer sie nicht bezahlen kann, hat Pech gehabt. Öffentliche Dienstleistungen dagegen stehen allen zur Verfügung und sichern, dass sich Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft begegnen; so werden Räume für gemeinsame Erfahrungen geschaffen.

Der notwendige Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung stockt. Die öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche hat sich vielerorts massiv verschlechtert. Angebote wurden reduziert, Musikschulen verteuert oder Bibliotheken geschlossen. Familienleben kann aber nur innerhalb eines leistungsfähigen Sozialsystems funktionieren. Familien müssen von der Gesellschaft unterstützt werden und brauchen soziale Sicherheit. Die Politik der letzten Jahre hat das Gegenteil bewirkt. Wegen des ständigen Sozialabbaus stiegen die finanziellen Belastungen der Familien. Für Kinder blieb und bleibt kaum Zeit. Und für die Kindheit bleibt kaum Zeit: Immer früher beginnt in den Kindergärten und Schulen der Wettlauf, in dem die Kinder fit gemacht werden sollen für den „Ernst des Lebens“. Das bedeutet gleichzeitig, dass ungleiche Ausgangsbedingungen nicht ausgeglichen, sondern verstärkt werden.

- DIE LINKE fordert eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Ganztagesbetreuung für Kinder, die ihren unterschiedlichen und altersspezifischen Bedürfnissen gerecht wird. Alle Kinder von einem Jahr an haben einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten gilt der tatsächliche Bedarf und nicht eine beliebig ermittelte Quote. Zudem ist die rechtliche und finanzielle Grundlage für ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot zu schaffen. Heute werden Eltern, die sich beide für Teilzeitarbeit während der Elternzeit entscheiden, finanziell benachteiligt. Das wollen wir ändern.
- Kostenlose und hochwertige Essenversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung.

- Eltern brauchen Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit sie Beruf und Familienleben vereinbaren können. Gleichzeitig müssen in diesen Einrichtungen die Standards guter Arbeit realisiert werden. Werden die Dienstleistungen ausgebaut, dann muss auch das Fachpersonal aufgestockt werden.

DIE LINKE unterstützt Arbeitszeitmodelle, die es Müttern und Vätern ermöglichen, ihren Beruf mit Familie und Privatleben unter einen Hut zu bringen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Die Arbeitszeit ist so zu gestalten, dass alle die Möglichkeit haben, Beruf, Familie, Freizeit, und Engagement in ihren Alltag zu integrieren. Um diesem Ziel im Rahmen einer kürzeren Vollzeit für alle näherzukommen, ist die Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit über den Weg der kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich notwendig sowie eine Diskussion über die Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern.

- Eltern brauchen als Beschäftigte mehr Rechte, um trotz Erwerbsarbeit genug Zeit für ihre Familie zu haben. Das individuelle Recht auf Teilzeitarbeit muss uneingeschränkt gelten und ein Rückkehrrecht auf Vollzeitarbeit eingeführt werden. Für Eltern wird ein besonderer Kündigungsschutz eingeführt, der bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes gilt.
- Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden.
- DIE LINKE fordert einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) anstatt Herdprämien wie das Betreuungsgeld. Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt werden. Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes genommen werden können und gleichzeitig von beiden Elternteilen. So wird eine möglichst gleiche Aufteilung der Erwerbs- und auch der Erziehungsarbeit zwischen den Eltern begünstigt. Junge Väter sind dabei zu unterstützen, sich mehr um ihre Kinder zu kümmern.
- Elterngeld steht allen Eltern zu und darf nicht auf andere Transferleistungen wie Hartz IV angerechnet werden.
- Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um ins Berufsleben zurückzukehren sowie gegebenenfalls eine Ausbildung absolvieren zu können. Die Förderung muss ausgebaut werden.

Mit geringen finanziellen Mitteln Kinder aufzuziehen, ist in Deutschland schwierig. Fast jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen – für eine so reiche Gesellschaft wie unsere eine Schande und für jedes betroffene Kind eine Katastrophe. DIE LINKE will Kindern und Jugendlichen ermöglichen, frei von Armut und Ausgrenzung aufzuwachsen. Es bedarf einer Politik, die Kinder und Jugendliche als eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenen Rechten und

1 eigenem Anspruch auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen behandelt. Die Rechte
2 der Kinder sollen gesondert ins Grundgesetz aufgenommen werden.

- 3 • Mit zahlreichen Wohlfahrtsverbänden setzt sich DIE LINKE für eine Grundsicherung für
4 alle Kinder und Jugendliche ein. Sie muss sich am tatsächlichen,
5 verfassungsrechtlichen Existenzminimum der Kinder orientieren. Dieses liegt derzeit
6 bei 536 Euro. Als Sofortmaßnahme muss das Kindergeld erhöht werden: für die ersten
7 zwei Kinder auf 200, für alle weiteren Kinder entsprechend gestaffelt. Die Hartz-IV-
8 Sätze müssen verfassungsgerecht berechnet und entsprechend erhöht, das Konstrukt
9 der Bedarfsgemeinschaft muss abgeschafft werden.
- 10 • Kindern und Jugendlichen muss ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen
11 Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern und Musikschulen ermöglicht
12 werden. Jede Schülerin und jeder Schüler soll Zugang zu einem Computer mit
13 Internetzugang bekommen. Kinder und Jugendliche benötigen eigene Räume, in denen
14 sie sich abseits von Kosten- und Konsumzwängen treffen und betätigen, kulturelle
15 Vorlieben entwickeln können sowie Unterstützung erfahren. Dabei sind die
16 Partizipation und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sowie eine
17 angemessene pädagogische und kulturelle hauptamtliche Begleitung sicherzustellen.
- 18 • Wir wollen das Bildungsprogramm gegen Rassismus und für die Akzeptanz von
19 unterschiedlichen Lebensentwürfen stärken.
- 20 • Die seit Jahren anhaltenden Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen von
21 Bund und Ländern rückgängig gemacht werden. Zum Neuaufbau von Strukturen der
22 Kinder- und Jugendhilfe ist ein Sofortprogramm notwendig, damit die örtlichen Träger
23 ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen und einen wirklichen Schutz und eine
24 Förderung der Kinder und Jugendlichen gewährleisten können. Wir wollen die
25 regionalen Netzwerke zum Kinderschutz und die Familienhebammen dauerhaft
26 fördern, um deren Angebote und Hilfen allen Familien zugänglich zu machen. Die
27 Kinder- und Jugendhilfe muss durch einen öffentlichen und fachlichen Diskurs gestärkt
28 und weiterentwickelt werden. Standards für die Ausstattung und Qualität der
29 Angebote müssen entwickelt und umgesetzt werden.

3. Vielfalt stärken: unterschiedliche Lebensweisen respektieren

Soziale Rechte und Bürgerrechte gehören untrennbar zusammen. Bürgerrechte müssen für alle Menschen gelten – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Behinderung, Religion und den einzelnen sozialen Verhältnissen.

Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von homosexuellen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten (z.B. gegenseitige Unterhaltspflichten) gleichgestellt, die eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner werden aber in vielen Bereichen, etwa im Steuerrecht, im Adoptionsrecht und in der Sozialversicherung weiter benachteiligt. Für DIE LINKE ist die Anerkennung der Vielfältigkeit aller Familienformen und Lebensweisen leitendes Prinzip: Einelternfamilien, Singles, zusammenlebende Freunde, Verwandte, Patchwork-Familien, Wahlverwandtschaften oder auch Paare, die sich gegen Ehe und Lebenspartnerschaft entschieden haben.

- DIE LINKE fordert, alle Lebensweisen rechtlich gleichzustellen. Menschen, die anders als die gesellschaftliche Norm aussehen, leben oder lieben, müssen vor Diskriminierung geschützt werden.
- DIE LINKE fordert die Aufnahme des Schutzes vor Diskriminierungen auf Grund der Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 Grundgesetz. Um dieses erweiterte Grundrecht zu garantieren, fordern wir die Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, ein Verbandsklagerecht, die Beweislastumkehr in Verfahren sowie Maßnahmen, die auf einen Wandel des gesellschaftlichen Bewusstseins zielen.
- DIE LINKE fordert die Rehabilitation von Männern, die als Homosexuelle nach § 175 StGB verfolgt und verurteilt wurden.
- DIE LINKE unterstützt Transsexuelle in ihrem Kampf um Anerkennung ihrer Lebensformen und Lebensweisen sowie für das Recht zum Geschlechtsübertritt und setzt sich für diejenigen ein, die die Norm der Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität durchbrechen möchten. Deshalb streitet DIE LINKE für rechtliche Regelungen, die im Interesse der Betroffenen und im fachlichen Austausch mit ihnen entwickelt werden.
- Das Transsexuellengesetz ist seit nahezu 30 Jahren unverändert. DIE LINKE fordert, dass es aufgehoben wird. Durch eine Veränderung des Vornamens- und Personenstandsrechts sollen Rechte für Transsexuelle, Intersexuelle und Transgender geschaffen werden. Zudem dürfen Operationen an Intersexuellen nicht schon im Kindesalter stattfinden, sondern erst, wenn sie selbst einwilligungsfähig sind und zustimmen.

II Unser Rettungsschirm heißt Solidarität. Für ein demokratisches Europa, gegen Kürzungsdiktate und Sozialabbau

Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Das Modell des neoliberalen, finanzgetriebenen Kapitalismus ist gescheitert. Der Finanzkapitalismus setzt auf Verschärfung von sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf, Löhne und Gehälter zu drücken und die Reichen aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend zu entlassen. Die Suche nach kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist zum treibenden Moment der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Demokratie gerät als vermeintliches Hindernis für Profitstreben unter Druck.

Maßgebliche Ursache dieser Krise sind Ungleichgewichte in der Außenwirtschaft in Europa. Die übermäßigen Exporte der einen führen zur Verschuldung der anderen, die importieren müssen. Am Anfang jeder Krisenlösung steht: Abbau der Ungleichgewichte, steigende Löhne und sozial-ökologische Investitionsprogramme, die Nachfrage steigern, Finanzmärkte regulieren und Vermögende besteuern.

Die Politik der Regierung Merkel hat die Finanzmarktkrise zur Staatsschuldenkrise umgedeutet. Das verkehrt Ursache und Wirkung. Nicht überhöhte Ausgaben und Ansprüche haben die Krise in Europa verursacht. Vielmehr ist der Dreiklang von Umverteilung nach oben, Deregulierung und Privatisierung wesentlich für die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich. In Deutschland ist er mit der Agenda 2010 und der Liberalisierung der Finanzmärkte unter rot-grüner Regierung zum Durchbruch gekommen. Große Unternehmen, Banken und Vermögende zahlten immer weniger Steuern. Eine Krisenpolitik, die der Bankenrettung auf Kosten der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner in Europa den Vorrang gegeben hat, hat diese Entwicklung befestigt.

Deutschland hat – unter der Regierung Merkel und dem Finanzminister Steinbrück – eine zentrale Rolle bei der Verschärfung der Krise gespielt und die Krisenländer wie Europa insgesamt destabilisiert. Durch Kürzungsdiktate („Austerität“), die Sozialstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit beschädigen, wird die Logik des neoliberalen Finanzkapitalismus weiter bedient.

DIE LINKE will dagegen

1 | durch kurzfristige Krisen-Interventionen finanzielle und soziale Belastungen von den Menschen abwenden – zu Lasten derjenigen, die die Krise verursacht haben und mit ihr noch Profite machen;

2 | einen alternativen wirtschaftlichen Entwicklungspfad in Europa möglich machen, der weniger krisenanfällig ist und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt; und sie hat

3 | eine langfristig tragfähige Vision für die Zukunft des Projekts der europäischen Einigung.

Dafür ist es notwendig, die Talfahrt der Löhne, die durch den Niedriglohnbereich in Deutschland angefeuert wird, zu beenden und die Finanzierung eines europäischen

1 Gemeinwesens durch europaweite Besteuerung von Reichtum zu verbessern. Die
2 Finanzmärkte und die Banken müssen demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Eine
3 Umverteilung von oben nach unten würde ausreichend Mittel bereitstellen für einen
4 Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit: in Deutschland wie in Europa.

- 5 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Europäischen Linken, in allen EU-Staaten eine
6 einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit sollen die
7 durch Bankenrettungen und Finanzkrise entstandenen höheren Staatsschulden
8 zurückgeführt und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden,
9 ohne Kürzung von öffentlichen und sozialen Leistungen. Für Betriebsvermögen und
10 Kinder sollen gesonderte Freigrenzen berücksichtigt werden.
- 11 • Sehr hohe Einkommen sollen in allen europäischen Ländern mit einer Reichensteuer
12 von 75 Prozent auf jeden Euro Einkommen von über einer Million im Jahr besteuert
13 werden.
- 14 • Wir setzen uns für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent ein.

15 DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften und sozialen
16 Bewegungen dafür ein, dass europäische Sozialkorridore definiert und umgesetzt werden.
17 Eine Angleichung der Lebensstandards nach unten kann so vermieden werden.

19 **Für einen gerechten Weg aus der Krise: Die Gesellschaft ist nicht für die Banken da, 20 sondern die Banken haben der Gesellschaft zu dienen**

21 Die Bundesregierung behauptet, die Krise sei von den Bevölkerungen der am höchsten
22 verschuldeten Länder zu verantworten, ihrem Unwillen, härter zu arbeiten und den „Gürtel
23 enger zu schnallen“. Diese Behauptung lenkt von den tatsächlichen Ursachen der Krise ab.

24 Verschwiegen wird, dass die Rettung der Banken die Staatsverschuldung in die Höhe
25 getrieben hat – es profitieren nicht zuletzt deutsche Banken. Wir wollen aus der
26 Schuldenspirale aussteigen. Die wirklichen Verursacher und Profiteure der hohen
27 Staatsschulden müssen zur Verantwortung gezogen werden.

- 28 • Wenn Rekapitalisierungen zum Erhalt des wirtschaftlich zentralen Kreditgeschäfts
29 notwendig sind, sollen diese Kosten für die öffentliche Hand ebenfalls durch die
30 einmalige Vermögensabgabe für Millionäre sozial verträglich finanziert werden. Um
31 für künftige Krisen vorzusorgen, befürworten wir die Einführung einer europäischen
32 Bankenabgabe zur Finanzierung eines neuen, verbesserten Einlagensicherungsfonds.
- 33 • Gleichzeitig muss der Kampf gegen Steuerflucht verschärft werden:
34 Kapitalverkehrskontrollen, automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit,
35 verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für nicht-kooperative
36 Banken, Verschärfung der Strafen für Steuerhinterziehung.

- 1 • Kurzfristig muss die öffentliche Kreditaufnahme von der Diktatur der Finanzmärkte
2 befreit werden. Es ist nicht einzusehen, dass sich Banken billig bei der Europäischen
3 Zentralbank (EZB) Geld leihen können, um es anschließend teuer an die Staaten
4 weiter zu verleihen.
- 5 • Die Europäische Zentralbank soll die Staaten in der Eurozone in einem festgelegten
6 Rahmen direkt finanzieren.
- 7 • Die Programme zu Sozialabbau und Kürzungen in der Europäischen Union werden
8 umgehend gestoppt.

9 Dass die Banken sich verselbstständigt haben, hat in die Finanzkrise geführt; die Rettung der
10 Banken durch die Staaten und ihre nachfolgende Zinspolitik hat die Staatsschuldenkrise in
11 den europäischen Staaten beschleunigt. DIE LINKE steht dafür, dass die Banken in die
12 Verantwortung genommen werden.

13 Der Bankensektor ist mittelfristig umzubauen. Die Aufgaben und Funktionen müssen neu
14 gefasst werden: Sie müssen zuallererst einen zuverlässigen und kostengünstigen
15 Zahlungsverkehr inklusive einer entsprechenden Bargeldversorgung sicherstellen. Zweitens
16 müssen Banken auf die Rolle als Kapitalsammelstellen begrenzt werden, die für Sparerinnen
17 und Sparer sichere, verständliche und nachhaltige Sparmöglichkeiten bieten, statt mit
18 deren und bankeigenem Geld riskante Geschäfte zu tätigen. Drittens müssen Banken ihre
19 Finanzierungsfunktion erfüllen, indem sie die Investitionen der Unternehmen und des
20 Staates zu annehmbaren Bedingungen über Kredite finanzieren. Das Ziel muss sein, den
21 Finanzsektor in seinem Volumen erheblich zu schrumpfen und seine ökonomische wie
22 politische Machtposition zurückzudrängen.

23 Um das Bankensystem wieder funktionsfähig zu machen, müssen zunächst alle
24 Verlustrisiken, die noch in den Bankbilanzen stecken, offengelegt werden. Dazu müssen die
25 gefährdeten Vermögenswerte der einzelnen Banken zu Marktpreisen in separate Einheiten
26 ausgelagert werden. Wo derzeit keine Marktpreise zu ermitteln sind, müssen die
27 „Schrottpapiere“ zum Preis von Null bewertet werden. In einigen Fällen ist ein kontrollierter
28 Konkurs unter Sicherung der Spareinlagen privater Sparer dabei in Kauf zu nehmen. In
29 anderen Fällen muss der Bund neues Eigenkapital zur Verfügung stellen und erwirbt in diesem
30 Umfang Anteile an der Bank und damit direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik.

- 31 • Die privaten Rating-Agenturen sind abzuschaffen und durch eine öffentliche,
32 europaweite Behörde zu ersetzen. DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜV,
33 der die Geschäftspraktiken der Banken und sämtliche angebotenen Finanzprodukte
34 prüfen und vor der Einführung genehmigen muss.

35 Die Banken müssen stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind
36 auszuschließen. Das Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen
37 zu erzielen – ist als Geschäftsfeld abzuwickeln. Das Finanzsystem braucht keine
38 Spielbanken. Modell des neuen Finanzwesens sind Sparkassen und

1 Genossenschaftsbanken; die so zu schaffenden Banken werden wie die Sparkassen aufs
2 Gemeinwohl verpflichtet.

- 3 • Außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-
4 Gesellschaften müssen aufgelöst werden.
- 5 • Private Großbanken und Landesbanken wollen wir verkleinern und effektiver
6 öffentlicher Kontrolle unterstellen.
- 7 • Dispo-Zinsen sind auf höchstens fünf Prozent oberhalb des Zentralbankzinssatzes zu
8 begrenzen.

9 Banken zu regulieren, kann nicht durch die Banken selbst geschehen. Sie müssen
10 demokratischen Kontrollinstanzen unterworfen werden.

- 11 • In die Gremien gehören nicht nur „Expertinnen und Experten“ oder Politiker, sondern
12 auch Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherschutz- und Umweltverbände
13 und andere zivilgesellschaftliche Akteure. Solche Organe prüfen und kontrollieren
14 nicht nur die Geschäftstätigkeit, sie haben auch eine Verantwortung, zur
15 Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie beizutragen.

17 **Neustart für Europa: demokratisch und sozial**

18 Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, eine EU, in der gut
19 entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind.
20 Sozialstaatlichkeit muss zu den Werten und Zielen der EU gehören und höchste Priorität bei
21 der Umsetzung aller EU-Politiken haben. Die Regierung Merkel hat beim Krisenmanagement
22 die Demokratie in Europa ausgehöhlt. Statt die Finanzmärkte zu regulieren, werden die
23 gewählten Parlamente in ihren Entscheidungsmöglichkeiten beschränkt. DIE LINKE stimmte
24 als einzige Partei im Deutschen Bundestag geschlossen gegen den Europäischen
25 Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt, weil damit künftig Sachzwänge etabliert
26 werden, die die Handlungsspielräume für eine andere Politik enorm einschränken und
27 gleichzeitig als Begründung für mehr Sozialabbau und Privatisierung dienen. Ansprüche von
28 Beschäftigten, Gewerkschaften, Erwerbslosen und sozial Benachteiligten werden als
29 unberechtigt und unangemessen dargestellt. Im Kampf um die Neuausrichtung der EU geht
30 es gleichzeitig auch um grundlegende gesellschaftliche Entwicklungen in den
31 Mitgliedsstaaten, auch in der Bundesrepublik.

32 Die Krise in Europa ist auch Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der
33 Europäischen Union. Der Schwerpunkt lag von Beginn an auf einer Wirtschafts- und
34 Währungsunion, einer Freizügigkeit des Kapitals und der Wettbewerbsvorteile der
35 wirtschaftlich starken Länder. In der Vergangenheit sind Versuche gescheitert, gemeinsame
36 soziale Standards oder Korridore zu definieren. Beides führt dazu, dass einige den Kampf um
37 Europa zu Gunsten der nationalstaatlichen Regulierungen nach hinten stellen wollen.
38 Gleichzeitig werden auf der europäischen Ebene verstärkt und beschleunigt Entscheidungen

1 getroffen, die die Handlungsspielräume für nationalstaatliche Politik verringern. Für die LINKE
2 stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir werden die
3 Auseinandersetzungen auf allen Ebenen führen.

4 DIE LINKE steht für einen Neuanfang in Europa. Demokratie und europäische Sozialstandards
5 müssen neu gegründet und ein Einstieg in einen neuen Entwicklungspfad gefunden werden:
6 ökologisch und sozial.

- 7 • Wir wollen, dass Lohndumping in der EU bestraft wird. Lohn-, Steuer- und Sozialpolitik
8 müssen in diesem Sinne aufeinander abgestimmt werden.
- 9 • Um mit dem finanzgetriebenen Kapitalismus zu brechen, bedarf es eines Neustarts in
10 eine demokratisch kontrollierte wirtschaftliche Entwicklung. Auch der DGB fordert
11 einen „Marshall-Plan für Europa“.
- 12 • DIE LINKE fordert ein Investitionsprogramm, das vor allem auf Entwicklung im Bereich
13 öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und sozial-ökologische Konversion setzt.

14 Die Europäische Union muss zu einer tatsächlich demokratischen, sozialen, ökologischen und
15 friedlichen Union werden. Die Vertragsgrundlagen der Europäischen Union sind dafür nicht
16 geeignet.

- 17 • Wir wollen erreichen, dass alle Mitgliedsstaaten der EU sich auf die Förderung von
18 Wohlfahrt und Wohlstand für alle verpflichten. Die Europäische Sozialcharta soll als
19 verbindlich in den Europäischen Verfassungsvertrag integriert werden. Es müssen
20 Formen gefunden werden, mit denen soziale Rechte in Europa auch institutionell
21 gewährleistet werden können.
- 22 • Die Rechte des Europäischen Parlaments und basisdemokratische Elemente in Europa
23 wollen wir stärken.
- 24 • Die Neugründung Europas setzt eine grenzüberschreitende Verständigung von „unten“
25 über die neue Struktur des europäischen Hauses voraus. Zur Demokratie gehört, dass
26 die Beschäftigten, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen ihre Kämpfe in
27 Europa koordinieren. Wir wollen auf ein gemeinsames Streikrecht und europäisches
28 Tarif- und Sozialsystem hinarbeiten. Dabei müssen die besonderen deutschen
29 Restriktionen des Streikrechts beseitigt werden: Das Recht auf politischen Streik und
30 Generalstreik muss in ganz Europa umgesetzt werden.
- 31 • Die Öffentlichkeit in Europa würde auf diese Weise demokratisiert. Zur Unterstützung
32 bedarf es der Schaffung europaweiter öffentlich-rechtlicher Medien und Plattformen
33 und eines gleichberechtigten Zugangs für politische und soziale Kräfte.

34 Vieles, was die Freiheits- und Grundrechte betrifft, wird auf europäischer Ebene vom
35 Parlament und vom Rat entschieden und in den Mitgliedsstaaten lediglich umgesetzt.

36 Das Bestreben, gleiche Grundrechtsstandards für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen,
37 wird zunehmend vom Europäischen Rat blockiert. Insbesondere die deutsche Regierung
38 drängt, die Märkte in der EU über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

1 Europol hat weitreichende Befugnisse der Datenerhebung und Speicherung. Neben Daten zu
2 Verurteilten und Verdächtigen werden auch Informationen erhoben zu: Kontakt- und
3 Begleitpersonen, darunter bei Ermittlungen zusammengetragenes Material wie Videos und
4 Fotos, aber auch „Lebensweisen“ und „Gewohnheiten“, Datenspuren aller digitalen und
5 analogen Kommunikationsmittel, Stimmenprofil, Blutgruppe oder Gebiss. Auch die
6 Speicherkategorien „rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder
7 weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit“ bestehen.

- 8 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Grundrechte in Europa gestärkt werden:
9 gegen Profiling und verdachtsunabhängige Datenspeicherung, für eine demokratische
10 Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte. Im europäischen Haftbefehl und der
11 europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf Anwalt und Übersetzer
12 gesichert werden. Die Reisefreiheit muss innerhalb von Europa für alle gelten.

13 Die EU ist der größte Rüstungsexporteur der Welt, mit einem Weltmarktanteil von 34 Prozent.
14 Trotz der Krise wuchs der Gesamtumsatz der internationalen Rüstungsgeschäfte in den
15 letzten fünf Jahren um ein Viertel. Wir wollen Europa abrüsten. Das betrifft die Produktion und
16 den Export von Waffen – und die Militarisierung der Außengrenzen:

- 17 • Frontex, die Agentur zur „Sicherung“ der Außengrenzen, ist und bleibt Symbol der
18 unmenschlichen Abschottungspolitik der EU gegenüber Menschen in Not. DIE LINKE
19 will Frontex auflösen und kämpft für eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik.
- 20 • Die Dublin-II-Verordnung legt fest, in welchem Mitgliedsstaat ein Asylantrag gestellt
21 werden kann, und ist faktisch eine Drittstaatenregelung. Ein Asylantrag kann meist
22 nur in dem Land gestellt werden, in das die Außengrenzen der EU überschritten
23 wurden. Die Verordnung ist Grundlage für die unmenschliche Asyl- und
24 Abschottungspolitik. Wir wollen sie endlich abschaffen und eine neue
25 Nachbarschaftspolitik begründen.

III Friedlich und gerecht in der Welt. Nein zum Krieg!

Wir sind mitten in einer Welt der Umbrüche: Die Eurokrise mit ihren globalen Auswirkungen, die Notwendigkeit einer globalen Energiewende angesichts des Klimawandels. Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit sowie die Konkurrenz um knappe Ressourcen führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger, Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das geht nur, wenn Konflikte friedlich gelöst werden, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – und mit internationaler Solidarität. Der Rückzug aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus den Auslandseinsätzen und ein Verbot von Rüstungsexporten – das wären wichtige erste Schritte auf diesem Weg. Wir wollen die Rüstungsindustrie auf zivile Zwecke umbauen, so dass die Arbeit der Beschäftigten nicht im Dienste von Krieg und Zerstörung steht.

Die Internationale Politik der LINKEN beruht auf drei Grundüberzeugungen:

1 | Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Wir lehnen Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte ab. DIE LINKE wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.

2 | Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen und kulturellen – müssen uneingeschränkt und global für alle Menschen gelten.

3 | Das internationale Recht und das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen sind für uns Prinzip und Grundlage in den internationalen Beziehungen.

Diese drei Punkte gehören zusammen. Die ungerechte und allein auf eine Steigerung des Gewinns ausgerichtete Handelspolitik des Westens treibt Armut und Hunger in weiten Teilen der Welt voran – z.B. durch die Spekulation mit Lebensmitteln. Der Kampf für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit ist oft auch ein Kampf für Entwicklung und für eine friedlichere Form der Konfliktlösung. Und niemand kann glaubwürdig für demokratische Menschenrechte andernorts eintreten, wenn er die sozialen Menschenrechte im eigenen Land mit Füßen tritt.

Konflikte friedlich lösen - Auslandseinsätze beenden

Wenn die Regierung von „deutschen Interessen“ spricht, sind fast immer wirtschaftliche Interessen wie Rohstoffsicherung oder der Zugang zu Absatzmärkten gemeint. Um diese zu sichern, wird offen der Einsatz militärischer Mittel erwogen. DIE LINKE stellt sich gegen jede imperialistische Politik. DIE LINKE steht für eine konsequente Friedenspolitik. Deutschland und die EU sollen sich weder an bewaffneten Konflikten und Kriegen beteiligen noch diese direkt oder indirekt unterstützen. Keine Soldaten, keine Waffen, kein Geld für die Kriege dieser Welt! DIE LINKE lehnt eine Militarisierung der Außenpolitik ab.

- Wir wenden uns gegen die Stationierung von deutschen Patriot-Raketen und anderen Flugabwehrraketen im Ausland.
- Es sollen keine deutschen Soldatinnen und Soldaten auf sogenannte Ausbildungsmissionen geschickt werden. Die so ausgebildeten Truppen oder Milizen nehmen dann ihrerseits an Kriegen und Kampfeinsätzen teil.
- Wir fordern den sofortigen, vollständigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Beendigung aller anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr.
- Wir wollen keine neuen Bundeswehreinsätze. Die Bundeswehr wird zunehmend im Ausland eingesetzt, ohne dass eine Entscheidung des Bundestages über die Einsätze vorliegt.
- Der Umbau der Bundeswehr in eine Einsatzarmee muss gestoppt werden.

Militärinterventionen werden oftmals mit Verweis auf „Sicherheit“ gerechtfertigt. Sicherheit vor Terroristen oder Sicherheit vor regionaler Destabilisierung, die militärisch hergestellt werden soll. Gegen diesen Begriff von Sicherheit durch Militär stellen wir Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Das Erstarken von gewalttätigen Gruppierungen und politische wie wirtschaftliche Destabilisierung haben ihre Ursachen fast immer in Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

Auch die deutsche Außenpolitik trägt daran eine Mitverantwortung. Wir wollen uns dem entgegenstellen und sehen das als politische, vorbeugende Aufgabe, nicht als militärische.

- DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen ab. Mit „zivil militärischer Kooperation“ und „vernetzter Sicherheit“ wird die Militarisierung der Außenpolitik nur verschleiert.

Wir wollen zivile Instrumente stärken, mit denen Konflikten und Gewalt vorgebeugt werden kann. Deutschland muss auf eine zivile Friedensmacht „umgerüstet“ werden. Dafür müssen die Kapazitäten für zivile Konfliktbearbeitung erhöht werden. Wir wollen die Mittel für den zivilen Friedensdienst aufstocken. Aus diesen Mitteln kann die Zahl der Friedensfachkräfte von derzeit 300 auf mindestens 600 verdoppelt werden. Finanziert werden kann das mit einem Teil der Gelder, die durch den Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr eingespart werden. Wir machen uns stark für den Aufbau eines europäischen

1 Zivilen Friedensdienstes. Projekte zur Schaffung und zum Ausbau von Kapazitäten der
2 zivilen Konfliktbearbeitung in den Ländern des Südens sollen umfassend gefördert
3 werden.

5 **Soziale Gerechtigkeit global**

6 Die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur in Deutschland immer weiter auseinander.
7 Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger
8 als zwei Dollar am Tag. Dagegen werden die wenigen Reichen immer reicher.

9 Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist deshalb eine
10 direkte Vorbeugung von Armut, Gewalt und Krieg. „Entwicklungshilfe“ ist oftmals an
11 erpresserische Strukturreformen geknüpft und verhindert eigenständige Entwicklung.
12 Dagegen stehen wir für eine internationale Solidarität, in der wir die ungerechten weltweiten
13 Wirtschaftsbeziehungen so verändern wollen, dass reale Entwicklungschancen für die
14 Menschen entstehen. DIE LINKE ist solidarisch mit den Menschen, die weltweit für ihre
15 demokratischen Rechte auf die Straße gehen; mit den Bewegungen, die für bezahlbare
16 Lebensmittel, bessere Arbeitsbedingungen und für Gerechtigkeit und Frieden demonstrieren.

17 Ein sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen und die Umstellung auf erneuerbare
18 Alternativen hier in Deutschland ist auch eine Frage globaler Gerechtigkeit – und trägt dazu
19 bei, Ressourcenkonflikte zu vermeiden. Die Herausforderungen, die der Klimawandel für
20 Landwirtschaft, Wasserressourcen und Lebensräume hat, müssen solidarisch und global
21 gelöst werden. Die, die am stärksten unter den Folgen leiden, benötigen besondere
22 Unterstützung.

23 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die regionale Wirtschaftsbündnisse unterlaufen oder
24 gefährden, müssen beendet werden. Es dürfen nicht länger neoliberale Strukturanpassungen
25 erzwungen werden. Die internationalen Finanzmärkte müssen reguliert und insbesondere
26 Spekulationen mit Nahrungsmitteln verboten werden.

- 27 • Der Import von Agro-Sprit (biologische Kraftstoffe) muss verboten werden, weil er
28 die Ernährung der Menschen im globalen Süden gefährdet. Die Aneignung von
29 großen Landflächen in ärmeren Ländern (landgrabbing) muss an strenge Kriterien
30 geknüpft und so reguliert werden, dass die Einkommens- und
31 Ernährungssicherheit der Menschen gewährleistet und ökologisch vertretbar ist.
- 32 • Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich auf die
33 international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben
34 werden.

35 Rohstoffe müssen angemessen bezahlt werden, um die Einnahmen der rohstoffreichen
36 Länder des Südens zu erhöhen. Gleichzeitig soll durch eine Verteuerung der Rohstoffe auch
37 eine ressourcensparende Produktion forciert werden. Die Verarbeitung von Rohstoffen in den

1 Herkunftsländern muss gezielt gefördert werden, um einen Teil der Wertschöpfung in den
2 Herkunftsländern zu belassen.

- 3 • Deutsche Konzerne müssen verpflichtet werden, die sozialen und demokratischen
4 Rechte weltweit zu wahren. Mit gesetzlichen Regelungen, deren Einhaltung
5 unabhängig überprüft wird und mit Transparenz kann verhindert werden, dass in
6 Deutschland Waren verkauft werden, die unter unmenschlichen Bedingungen in
7 armen Ländern geerntet, abgebaut oder produziert wurden.
- 8 • DIE LINKE fordert hierfür z.B. eine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung aller
9 Zulieferer für deutsche Firmen. Das gilt für die Rohstoffe wie für die Produktion
10 selbst, für die Baumwolle in T-Shirts wie für die Arbeitsbedingungen der
11 Näherinnen und Näher.

13 **Das Internationale Recht stärken und Menschenrechte friedlich durchsetzen**

14 DIE LINKE ist die Partei des Völkerrechts. Wir sehen in den Vereinten Nationen das
15 zentrale Organ für die friedliche Verständigung zwischen den Staaten und Gesellschaften.
16 Das Prinzip des Gewaltverbotes, wie es die UNO-Charta vorsieht, muss gestärkt werden.

17 Auch die weltweite Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte ist dem Gewaltverbot
18 der UNO-Charta untergeordnet. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, Menschenrechte
19 gegen das Völkerrecht auszuspielen und sie als Kriegsbegründung zu missbrauchen, wie
20 es alle Bundesregierungen der letzten 15 Jahre getan haben.

21 Wir fordern alle Menschenrechte für alle Menschen ein, ohne Ausnahme und doppelte
22 Standards. Menschenrechte dürfen nicht als taktische Manövriermasse genutzt werden,
23 um den Einsatz von Militär zu rechtfertigen – so wie es alle anderen Parteien tun.
24 Gleichzeitig verweigert die Bundesregierung die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum
25 Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das
26 Einzelpersonen bei Verletzung dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den
27 Vereinten Nationen ermöglicht.

- 28 • Wir wollen die Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen erreichen.
29 Die UN-Gremien müssen effektiver gestaltet und finanziell besser gestellt werden.
30 Die Legitimität des Sicherheitsrates soll erhöht werden.
- 31 • Wir setzen uns deshalb für eine stärkere Repräsentanz afrikanischer und
32 lateinamerikanischer Staaten ein und für die Gleichberechtigung der
33 Sicherheitsratsmitglieder. Ein ständiger deutscher oder ein europäischer Sitz im
34 UN-Sicherheitsrat steht dem entgegen und wird deshalb von uns abgelehnt.

35 Die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der Vereinten Nationen vertreten sind,
36 muss mehr entscheiden können.

1 **Frieden schaffen ohne Waffen: Rüstungsexporte verbieten, Abrüstung vorantreiben**

Im Jahr 2009 standen 135 Länder auf der Empfängerliste deutscher Rüstungsexporte. Allein im Jahr 2009 sind Genehmigungen für Rüstungsexporte im Gesamtwert von 6,9 Milliarden Euro erteilt worden. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Exporteur von Militärgütern. Mindestens 135 von etwa 200 Ländern dieser Welt sind ganz legal Kunden der deutschen Rüstungsindustrie. Deutschland gehört weltweit zu den größten Herstellern von Kleinwaffen, d.h. von Sturmgewehren, Pistolen und Revolvern. Durch die weltweit etwa 875 Millionen im Umlauf befindlichen Kleinwaffen werden jeden Tag über 1 300 Menschen getötet, d.h. fast jede Minute stirbt ein Mensch durch Kleinwaffen. Bis zu 90 Prozent aller Kriegsoffer sterben durch diese Kleinwaffen.

2

3 Unsere internationale Politik zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung, langfristig auf die
4 Auflösung der NATO, die Stärkung der UNO und die Etablierung eines zivilen, kollektiven
5 Sicherheitssystems unter Beteiligung von Russland. Zur Vision einer Welt ohne
6 Massenvernichtungswaffen gehört auch konsequente Abrüstung im eigenen Land.

- 7
- 8 • Wir fordern ein Verbot aller Rüstungsexporte. Jede Waffe, die aus Deutschland
9 exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes, fördert Unterdrückung
10 und macht es möglich, anderswo in der Welt Krieg zu führen.
 - 11 • Für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen durch
12 Konversionsprogramme neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Forschung zur
13 Rüstungskonversion sollte mit öffentlichen Geldern gefördert werden.
 - 14 • Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort
15 abgezogen werden.
 - 16 • Wir wollen nicht, dass die Bundeswehr oder die Polizei Kampfdrohnen
17 anschaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, alle unbemannten Kampfsysteme
(bewaffnete Drohnen und Kampfroboter) international zu ächten.

IV Gesellschaft sozial und ökologisch umbauen und die Wirtschaft demokratisieren

Die Wirtschaftspolitik der Regierung setzt auf Deregulierung und Flexibilisierung. Die wirtschaftliche Entwicklung wird dem globalen Markt überlassen. Wenn die globale Nachfrage einbricht oder transnationale Konzerne Standorte verlagern, dann wirkt das wie ein Schicksal, das über die Beschäftigten hereinbricht. Wenn die Investitionen nicht nach anderen Kriterien gesteuert werden, verkommt die öffentliche Infrastruktur. Wir stehen dafür, dass die Gesellschaft nicht einfach Anhängsel der Wirtschaft ist, sondern Wirtschaft demokratisch gestaltet werden kann und muss.

Auch die Energiepolitik der Regierung orientiert sich am Profitinteresse und zementiert den finanzgetriebenen Kapitalismus. Sie befördert zentralistische Konzernstrukturen und Megaprojekte ohne dass die Betroffenen wirksam einbezogen sind. Die Regierung versucht, den Eindruck zu erwecken, nur die Bevölkerung könne die Kosten für Klimaschutz und Ökologie tragen, dazu gäbe es keine Alternative. Für DIE LINKE sind soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und eine nachhaltige Lebensweise untrennbar miteinander verbunden. Nicht von oben verordnet, sondern als Prozess der gemeinsamen Entscheidung, wie wir leben wollen, wie wir und was wir produzieren wollen. Dabei gehört das Folgende zusammen: Wir müssen die Energieversorgung umbauen und umweltverträgliche, für alle zugängliche Formen von Mobilität entwickeln. Wir wollen Alternativen zur Rüstungsproduktion und zu umweltschädlichen Produktionszweigen schaffen. Dabei sollen auch die dortigen Arbeitsplätze umgewandelt und gesichert werden.

Profitlogik in die Schranken weisen

Das alte industrielle Wirtschafts- und Entwicklungsmodell stößt an ökologische Grenzen. Die einseitige Exportorientierung der Wirtschaft kommt mit den Kürzungsprogrammen in Europa in Schwierigkeiten. Sie bremst zudem die Binnenwirtschaft, weil sie Investitionen in die Infrastruktur verhindert. Die Binnennachfrage ist schwach, weil die Löhne in Deutschland zu niedrig sind. Wir wollen eine Wirtschaft, die nicht auf Maximierung von Profiten oder Finanzmarkt-Renditen ausgerichtet ist, sondern auf die sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen. Auf mittlere Sicht müssen deshalb die Strukturen in Industrie und der gesamten Wirtschaft umgebaut werden: Sie müssen sich stärker daran ausrichten, die Binnennachfrage, sozial-ökologische und öffentliche Dienstleistungen zu fördern. Im Mittelpunkt muss stehen, gute und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen.

Die öffentliche Infrastruktur – Brücken, Schienen, Straßen, Krankenhäuser, Schulen – wird immer schlechter. Auch der Zugang zum Internet für alle muss verbessert werden. Das Vorhandene wird nicht repariert und saniert, in Neues nicht investiert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft beziffert den jährlichen Finanzbedarf für den Bildungsbereich auf über 50 Milliarden Euro und den momentanen Investitionsstau auf zusätzlich 45 Milliarden Euro.

- 1 • Wir wollen ein Programm für öffentliche Investitionen, mit dem die Infrastruktur
2 modernisiert und auf ein leistungsfähiges Niveau gehoben wird. Dadurch wird auch
3 die Binnenwirtschaft gestärkt.
- 4 • Das öffentliche Investitionsprogramm soll den sozial-ökologischen Umbau befördern,
5 unter anderem mit einem sofortigen Bundesprogramm zur energetischen
6 Gebäudesanierung. Die Förderung ist sozial zu gestalten, so dass die Sanierung nicht
7 zu steigenden Warmmieten führt. Darüber hinaus soll der Einsatz von Solarzellen auf
8 Behördendächern in Bund, Land und Kommunen verstärkt gefördert werden.
- 9 • Dabei sollen umweltfreundliche und attraktive Verkehrsträger und -konzepte Vorrang
10 vor dem einseitigen Ausbau von Straßen, Flughäfen und Schnellbahnverbindungen
11 haben. Dies schließt die dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel für die Schiene
12 und eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel ein.
- 13 • Die Investitionen müssen vorrangig für den Ausbau von öffentlichen Dienstleistungen
14 eingesetzt werden. Das bedeutet auch: Es muss für diese Aufgaben mehr Beschäftigte
15 im öffentlichen Dienst geben.

16 In keinem anderen Industrieland ist die Dienstleistungsarbeit im Verhältnis zur Industriearbeit
17 so schlecht bezahlt wie in Deutschland. Wir wollen das ändern! Besonders personennahe
18 Dienstleistungen müssen aufgewertet werden.

19 Grundsätzlich sind staatliche Fördermaßnahmen von zinsverbilligten Krediten bis zur
20 Forschungsförderung an Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau und gute Arbeit zu
21 binden. An diesen Kriterien hat sich auch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen
22 auszurichten. Staatliche Krisenhilfen dürfen nur im Tausch gegen entsprechende
23 Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte für die öffentliche Hand und die Belegschaften
24 vergeben werden.

25 Wirtschaftsbereiche wie Energie oder Wasser, sofern sie jenseits dezentraler Erzeugung
26 existieren, sowie strategische Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Bildung, Banken,
27 Verkehr oder Wohnungswirtschaft wollen wir in öffentliche oder genossenschaftliche Hand
28 überführen. In einem ersten Schritt müssen alle Verträge über die Privatisierung von
29 öffentlichen und kommunalen Unternehmen offengelegt werden.

Industriepolitik für die Zukunft: ändern, was wir wie produzieren

Die Verweigerung von Investitionen und die Orientierung auf Shareholder in der Volkswirtschaft haben sich auch in den Unternehmensstrategien der Industrie durchgesetzt. Produkt- und Marktstrategien fragen kaum nach gesellschaftlicher Nützlichkeit und ökologischer Verträglichkeit. So reduzieren Wirtschaftskonzerne selbst im Aufschwung Investitionen und Forschungsausgaben. Sie greifen ihre Eigenkapitalbasis an, nur um den Anteilseignern möglichst hohe Gewinne auszuschütten. Produkte und Dienstleistungen, die dringend benötigt werden, aber nicht kurzfristig profitabel sind, werden nicht entwickelt. Ein Strukturwandel wurde verschlafen – auch von Bundesregierungen, die auf Industriepolitik verzichtet und alles den Marktkräften überlassen haben. Wir wollen deshalb eine aktive staatliche Industriepolitik, die nicht weiter auf Kostensenkung, Arbeitsplatzabbau und Verdrängungskonkurrenz setzt, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Es reicht nicht, auf regenerative Energien umzusteigen: Der Verbrauch von Ressourcen und Energie muss insgesamt sinken. Wir wollen eine alternative Produktion voranbringen. Eine neue Industriepolitik muss sich folgende Ziele setzen: eine stärkere Konzentration auf den Binnenmarkt, gute Arbeitsplätze anbieten, Voraussetzungen für ein gutes Leben schaffen. DIE LINKE kämpft für eine sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft. Ohne eine öffentliche Finanzierung, ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm und die Organisation von gerechten Übergängen wird der Umbau nicht gelingen.

- Die LINKE setzt sich für ein Modellprojekt einer CO₂-freien Fabrik ein: Sie zeichnet sich aus durch einen hohen Anteil der Energie- und Brauchwasserrückgewinnung, der Eigenerzeugung erneuerbarer Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung und interner Stromspeicher. Effiziente Motoren, Pumpen und Getriebe sparen Energie und Geld. Sozial-ökologische Beiräte, die sich aus Unternehmensvertretern, Beschäftigten, Vertretern der Kommunen und Regionen, Anwohnerinnen und Anwohnern, Verbraucherinnen und Verbrauchern und Umweltverbänden zusammensetzen, sollen diesen Umbau fachlich begleiten und mitentscheiden.

Für diesen Umbau der Industrie gibt es verbindliche ökologische Zielvorgaben und mehrjährige Stufenpläne, damit die vorhandenen Effizienzpotenziale zügig ausgeschöpft werden. Der Verbrauch von Rohstoffen und Energie kann so erheblich dezimiert werden, Schadstoff- und Treibhausgasemissionen sinken ebenfalls. Ein Instrumentenmix aus Anreizen, Geboten und Transparenz soll die Schonung von Ressourcen belohnen und deren Verschwendung bestrafen.

- Die Unternehmen müssen verpflichtet werden, Energie- und Rohstoffmanagementsysteme zu unterhalten und ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich zu bilanzieren. Wir wollen ein System zur Mengenregulierung für ausgewählte Rohstoffe einführen. Damit soll vor allem der Verbrauch von Ressourcen gesenkt werden, die selten sind und deren Förderung und Nutzung mit unverträglich hohen ökologischen oder sozialen Belastungen einhergehen.

- Wir wollen eine Reform der Unternehmensberichterstattung. In Zukunft müssen der Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Beschäftigung und Arbeitsbedingungen fester Bestandteil von Bilanzen und Jahresabschlüssen sein. Eine verpflichtende Offenlegung und externe Kontrolle von Umweltdaten und Sozialstandards müssen sich auch auf Aktivitäten etwaiger Töchterfirmen, Zulieferer oder Auftragsfertiger erstrecken.
- Unternehmen werden verpflichtet, die Produktion von Elektrogeräten am Standard des jeweils effizientesten Geräts zu orientieren, um die Energieeffizienz kontinuierlich zu verbessern (Top-Runner-Modell).
- Die Unternehmen müssen für mehr Produkte als bislang die Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus eines Produktes übernehmen, ihre Produkte nach ihrer Lebensdauer zurücknehmen, recyceln und vor allem auch zerstörungsfrei demontierbar machen. In Verbindung mit verlängerten Gewährleistungspflichten führt dies zu Produkten, die langlebiger sind bzw. repariert statt weggeworfen werden.

Wirtschaft demokratisieren: von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung

Demokratie darf nicht an der Bürotür, am Werkstor oder dem Eingang zum Krankenhaus enden. Wir treten für eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung ein, in der Demokratie auf Wirtschaft ausgedehnt wird, statt sie den Anforderungen von Märkten und Konkurrenz unterzuordnen. Dazu gehört – wie beschrieben – ein Finanzsektor unter demokratischer Kontrolle. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden.

Die Ausgestaltung einer sozialen Wirtschaft mit regionalen Wirtschaftskreisläufen muss klaren Maßstäben folgen, die Verteilungsmaßnahmen, demokratische Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte für alle beteiligten Gruppen umfasst. Hierbei spielen für uns Genossenschaften eine wichtige Rolle, die vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise eine klare Alternative für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften darstellen. Wir wollen das Genossenschaftsprinzip ausbauen und das Genossenschaftsrecht stärken. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist möglich über erweiterte Mitbestimmungsrechte, Belegschaftsanteile und überbetriebliche Beiräte. Langfristig wollen wir strukturbestimmende Großunternehmen in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen; ebenso Unternehmen der Daseinsvorsorge, Finanzinstitute und strukturbestimmende Unternehmen der Energiewirtschaft.

- Um die paritätische Mitbestimmung der Beschäftigten, die Rechte von Gewerkschaften und Betriebsräten zu verbessern, müssen die Antistreikparagraphen abgeschafft werden.
- Wir wollen das Mitbestimmungs- und das Streikrecht auf Veräußerungen, Übernahmen und Verlagerungen von Unternehmen oder Unternehmensteilen ausweiten und mit den Gewerkschaften gemeinsam das Recht auf politischen Streik durchsetzen.

1 Dieser Umbau auf allen Ebenen wird von Branchendialogen fachlich begleitet und von
2 Branchen-Beiräten koordiniert. In ihnen sitzen Unternehmen, Wissenschaft, Umwelt- und
3 Konsumentenverbände sowie Gewerkschaften. Die Beiräte haben je Ebene besondere
4 Aufgaben: Erstellung von Umbau- und Fortschrittsberichten, fachliche Begleitung von
5 Umbauprozessen, Mitentscheidung über die Vergabe von Fördermitteln. Sie haben auf ihrer
6 jeweiligen politischen Ebene ein Initiativrecht.

- 7 • Wir wollen politische Entscheidungen demokratisieren, indem Bürgerentscheide auf
8 allen Ebenen erleichtert sowie Beiräte und Kammern eingeführt werden, die nicht nur
9 Beratungs-, sondern auch Initiativrechte haben.

11 **Die Macht der Monopole brechen: Energieversorgung in die Hände der Bevölkerung**

12 Die Energiewende der Regierung setzt auf internationale Großprojekte, die auf Kosten der
13 Menschen vor Ort gehen und die Preise in die Höhe treiben. DIE LINKE streitet für
14 Energiedemokratie: demokratisch gesteuert, 100 Prozent regenerativ, regional und vorrangig
15 dezentral – die Preise sozial gestaltet. Wir setzen uns ein für Re-Kommunalisierungen, für die
16 Neuvergabe der Netzkonzessionen an Stadtwerke oder andere öffentliche Unternehmen und
17 den Aufbau genossenschaftlicher Versorger. Wir begrüßen, dass sich immer mehr Familien
18 Solarzellen aufs Dach oder ein Blockheizkraftwerk in den Keller bauen lassen und Mitglieder
19 von Energiegenossenschaften oder Lieferanten kommunaler Anbieter werden. So bleiben die
20 Preise unter Kontrolle, die Wertschöpfung und die Steuereinnahmen in der Region. Viele
21 kommunale und regionale Beispiele zeigen schon jetzt, wie eine Dezentralisierung der
22 Energieproduktion mit einer Demokratisierung von Macht- und Eigentumsverhältnissen
23 verbunden werden kann. Auf Bundesebene bedarf es entsprechender Vorgaben für die
24 Planung von Trassen und für die Förderung von in erster Linie dezentralen und vollständig
25 erneuerbaren Versorgungsstrukturen. Deshalb gilt es, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)
26 zu verteidigen und zu reformieren. All diese Punkte können sofort umgesetzt werden. Wenn
27 nötig und wo möglich, schließt das auf mittlere Frist die Entmachtung der großen
28 Stromkonzerne und ihre Überführung in demokratisch legitimierte und kontrollierte Träger
29 ein.

30 Strukturen verändern heißt:

- 31 • Wir wollen ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und
32 Mineralölkonzerne schaffen, um die Forderungen leichter gesetzlich durchsetzen zu
33 können.
- 34 • Unberechtigte Industrie-Rabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder
35 im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Lasten der Privathaushalte wollen wir zügig
36 abschaffen. Um die dezentrale Energiewende voranzubringen, wollen wir
37 Förderprogramme für Kommunen ausbauen, die ihre Energieversorgung in die eigene
38 Hand nehmen wollen.

1 Zentral ist für uns: Um Energiearmut zu vermeiden, muss der Basisverbrauch für alle
2 bezahlbar bleiben. Vielverbraucher sollen mehr bezahlen, um diese Maßnahme
3 mitzufinanzieren.

- 4
- 5 • Wir wollen die Grundversorgung sicherstellen und Verschwendung eindämmen:
6 Energieversorger werden dazu verpflichtet, einen Sockeltarif für Strom einzuführen,
7 durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes
8 Grundkontingent an Strom erhält.
- 9 • Zahlungsschwierigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass Menschen im Dunkeln sitzen
10 oder frieren müssen. Strom, Wasser, Wärme dürfen nicht abgestellt werden!
- 11 • Die Energiepreise müssen effektiv kontrolliert werden. Dafür soll eine staatliche
12 Behörde geschaffen werden. Ihr wird ein Beirat zur Seite gestellt, in dem Verbraucher,
13 Umwelt- und Sozialverbände und Gewerkschaften vertreten sind.
- 14 • Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft muss unumkehrbar sein und soll im Grundgesetz
15 festgeschrieben werden. Atomkraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden.

16 Das Atommülllager Gorleben akzeptieren wir nicht mehr als Entsorgungsnachweis für
17 atomaren Müll. Den Schwarzbau des Endlagers lehnen wir ebenso ab wie den Betrieb des
18 bereits genehmigten Endlagers Schacht Konrad. Stattdessen wollen wir eine breite
19 gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte um die Kriterien eines geeigneten Endlagers.

- 20 • Wir wollen den Ausstieg aus der Kohlestromversorgung vorbereiten und ein
21 Kohleausstiegsgesetz mit Restlaufzeiten und schrittweisen Abschaltungen bis
22 spätestens 2040 für das letzte Kohlekraftwerk durchsetzen. Wir wollen, dass keine
23 neuen Kohlekraftwerke oder Tagebaue mehr genehmigt werden. Uns sind ein
24 Klimaschutzpfad im Stromsektor und Planungssicherheit für Investoren wichtig: für
25 die Kraftwerksbetreiber, für den Stromtrassen- und Speicherausbau sowie für
26 regenerative Energien und Gaskraftwerke mit der Kraftwärmekopplung als
27 Brückentechnologie. Der Emissionshandel hat versagt. Deshalb sind wir für
28 verbindliche Vorgaben.

29 In der Erdgasförderung wollen wir ein Verbot der unterirdischen Verpressung von CO₂ und
30 von Fracking. Die demokratischen Mitentscheidungsrechte müssen bei der Erdgasförderung
31 und in anderen Bereichen des Rohstoffabbaus gesichert werden. Die Interessen von
32 Menschen und Umwelt haben Vorrang. DIE LINKE hält an ambitionierten Klimaschutzzielen
33 fest: Wir wollen bis 2020 den Treibhausgasausstoß in der Bundesrepublik gegenüber 1990
34 halbieren, bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduzieren. Der Anteil der erneuerbaren
35 Energien an der Stromversorgung soll bis 2020 auf 50 Prozent erhöht werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, die Macht der Unternehmen begrenzen

Transparenz ist nicht genug. Selbstregulierungen der Wirtschaft sind Selbstbetrug. Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Unternehmen stärken.

Dabei geht es nicht nur um Informationsrechte, sondern auch darum, klare gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber den Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchzusetzen: angefangen bei sicheren Lebensmitteln über Telekommunikation und Internet, Finanzdienstleistungen, bezahlbare Wohnungen, die Versorgung mit Wasser und Energie bis zu einem kundenfreundlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr.

DIE LINKE setzt sich insbesondere für Verbraucherinnen und Verbraucher mit geringem Einkommen ein. Ökologische und soziale Politik gehören zusammen!

- Wir treten für die Beendigung unseriöser und überzogener Inkassopraktiken ein.
- Überziehungs- und Dispo-Zinsen sind gesetzlich zu begrenzen.
- Unlautere Geschäftspraktiken müssen wirksam unterbunden werden.
- DIE LINKE wendet sich gegen aggressive Werbestrategien, Telefonwerbung wollen wir verbieten.

Verbraucherschutz ist nur dann wirksam, wenn es handlungsfähige öffentliche Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucherorganisationen gibt, die ihn durchsetzen. Hierfür müssen ihre Rechte erweitert und ihre Finanzierung gesichert sein. Die kollektiven Interessensvertretungen der Verbraucherinnen und Verbraucher (Energie- und Fahrgastbeiräte, Beteiligung der Verbraucherverbände bei der Bankenaufsicht und staatlichen Preisaufsicht) müssen auf allen Ebenen gestärkt werden.

- Wir wollen ein Verbraucherinformationsgesetz, das Auskünfte generell kostenfrei gewährt und nicht auf den Lebensmittelbereich beschränkt ist, sondern alle Dienstleistungen umfasst.
- Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Möglichkeit haben, sich direkt beim Unternehmen über seine Produkte, ihre sozialen und ökologischen Herstellungsbedingungen zu informieren.
- Auch unsere Forderungen nach einer funktionierenden Bankenaufsicht sowie einem Finanz-TÜV, damit Schrottpapiere nicht länger auf den Markt gebracht werden können, ist Teil des Verbraucherschutzes.

1 **Mobilität für alle: flexibel, ökologisch, bezahlbar**

„Einen großen Teil meines Lebens verbringe ich im Stau: zwischen Zuhause, Kinder in die Schule fahren, dann zur Arbeit, nach der Arbeit Erledigungen, mit dem Auto zum Supermarkt. Da wir etwas außerhalb wohnen müssen, gibt's kaum Alternativen zum Auto, nicht flexibel genug und zu teuer. Heike, 51, Kreuzbruch, Brandenburg

2 Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Gleichzeitig belastet der Verkehrslärm viele Menschen,
3 besonders in Wohnungen und Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen
4 erschwinglich sind. In der Erwerbsarbeit wie vom Jobcenter werden Mobilität als
5 Anforderungen formuliert: Die Einzelnen sollen bereit sein, weite Strecken zu pendeln.
6 Mobilität wird immer teurer. Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe
7 ausgeschlossen. Die Mobilitätspauschale in den Hartz-IV-Sätzen deckt in vielen Fällen nicht
8 einmal die Kosten für ein Sozialticket ab. Ein richtiges Sozialticket gibt es zudem nur in
9 wenigen Kommunen.

- 10 • Um den Pendlerverkehr zu reduzieren, ist ein neues Leitbild der Regionalplanung und
11 Strukturpolitik nötig, das die verschiedenen Lebensbereiche wieder zusammenführt.
12 Wir wollen im Güterverkehr eine intelligente Verknüpfung von Transport- und
13 Logistiksystemen mit Vorrang von Schiene und umweltfreundlicher Schifffahrt
14 fördern.
- 15 • Die Pendlerpauschale wollen wir zunächst sozial gerecht in eine Zulage umwandeln
16 und einen Anreiz zum Benutzen des Umweltverbunds (Öffentlicher Nahverkehr,
17 Fahrrad) bieten.
- 18 • An bestehenden Verkehrswegen und Flugplätzen muss Verkehrslärm durch strenge
19 Grenzwerte und aktiven Lärmschutz deutlich verringert werden. Wir treten für ein
20 Nachtflugverbot ein.

21 Wegen der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Orientierung auf Profit gehen die
22 Investitionen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr – die ökologische Alternative zum Auto –
23 zurück. Die Qualität der öffentlichen Verkehrsangebote nimmt ab. Auf dem Land ist man fast
24 zwangsläufig auf ein Auto angewiesen.

25 Wir wollen Mobilität für alle! Der öffentliche Verkehr soll barrierefrei ausgebaut werden und
26 die Nutzer erheblich weniger kosten. Wir setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und
27 energiesparende Verkehrsmittel. Statt erzwungener, ungewollter Mobilität wollen wir eine
28 Wiederaneignung des Öffentlichen und der Stadt als Lebensraum.

- 29 • Der öffentliche Personennah- und -fernverkehr sollte unter Einbeziehung von
30 Interessenvertretungen der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbände und anderen
31 Betroffenen kooperativ demokratisch reguliert und betrieben werden. Die intelligente
32 Vernetzung der Mobilität zu Fuß, per Rad, mit Bus und Bahn sowie
33 Leihautos/CarSharing ist eine gute Voraussetzung für neue sozial-ökologische
34 Lebensweisen in den Städten und auf dem Land. Vom Verkehr entlastete grüne

1 Städte bieten Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, Arbeit und Leben sind räumlich
2 integriert. Die gute Anbindung auf dem Land nimmt den Druck vom Zuzug in die
3 Städte und stabilisiert regionale Wertschöpfungsketten.

4 Um der neuen Nachfrage nach ökologischen Formen der Mobilität zu entsprechen, muss das
5 Angebot des Nah- und Fernverkehrs ausgebaut und dabei gute, tarifgebundene Arbeit in
6 öffentlicher Trägerschaft geschaffen werden.

7 Perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr. Erfahrungen zeigen,
8 dass er von immer mehr Menschen genutzt wird, wenn er entgeltfrei und steuerfinanziert ist.

- 9 • Zusammen mit sozialen Initiativen streiten wir für die flächendeckende Einführung von
10 Sozialtarifen und einer Sozial-Bahncard für einkommensschwache Haushalte.
- 11 • Im ländlichen Raum wollen wir ein flexibles Angebot wie Bürgerbusse oder
12 kostengünstige Anruf-Sammeltaxis, um das Leben dort attraktiver zu machen.
- 13 • Gemeinsam mit sozialen Initiativen wie „Bahn für alle“ setzen wir uns gegen die
14 Privatisierung der Deutschen Bahn und für eine breite demokratische Kontrolle ein,
15 die sich an Wirtschaftlichkeit und den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht an
16 Renditen orientiert. Den Ausbau eines konkurrierenden Busfernnetzes lehnen wir ab.

17 Der Anteil des Verkehrs an den schädlichen CO₂-Emissionen ist auf etwa 20 Prozent
18 gestiegen, Tendenz steigend. Elektroautos sind keine nachhaltige Alternative: Ihre Produktion
19 belastet die Umwelt über die Maßen. Auch Biokraftstoffe haben eine negative Ökobilanz, weil
20 sie weltweit Nutzflächen brauchen, die dann für den Anbau von Nahrungsmitteln fehlen.
21 Zunehmend werden Flächen versiegelt und Landschaften durch Straßenbau zerstört. Am
22 stärksten steigen CO₂-Ausstoß, Verkehrslärm und Luftschadstoffe aufgrund des LKW-
23 Verkehrs und der Luftfahrt.

- 24 • Die KfZ-Steuer für neu angeschaffte Fahrzeuge wollen wir auf ökologische Kriterien
25 umstellen und die Einhaltung von Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerten konsequent
26 durchsetzen. Das steuerliche Dienstwagenprivileg muss schrittweise abgebaut
27 werden.
- 28 • DIE LINKE will den Import von Agrotreibstoff verbieten, weil er die
29 Nahrungsmittelproduktion in Ländern des globalen Südens verdrängt, so den Hunger
30 befördert und wertvolle Wälder und andere Biotop zerstört. Regionale, reine
31 Pflanzenölkraftstoffe sollten nur im Agrarbereich und beim Öffentlichen
32 Personennahverkehr eingesetzt werden.
- 33 • Um Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, ist die Mehrwertsteuer für
34 den Schienenpersonenfernverkehr sofort auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent
35 zu senken. Es muss endlich die Steuer auf Flugbenzin eingeführt werden.
- 36 • Im Güterverkehr sollten sich dessen hohe soziale und ökologische Kosten in einer
37 steigenden Energiesteuer und einer verbindlichen LKW-Maut niederschlagen. Wir
38 wollen längere Ruhezeiten für LKW-Fahrerinnen und -Fahrer durchsetzen. Gute Arbeit
39 gilt auch für sie!

- Die Einführung von Monster-LKWs, so genannten Gigalinern, wollen wir untersagen.
- Eine Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik ist für die Einführung eines Tempolimits von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen – setzen wir es um!

Langfristig soll der Schienenverkehrssektor ausschließlich unter öffentlichem Einfluss sein. Der Bund muss den Erhalt und den erforderlichen Ausbau der Schienenwege in vollem Umfang sichern und den Ländern dauerhaft ausreichende Mittel für die Verkehrsleistungen und den Infrastrukturausbau im öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung stellen.

Die Verkehrswegeplanung ist in den vergangenen Jahren beschleunigt und damit der Einfluss von Anwohnerinnen und Anwohnern eingeschränkt worden. Wir wollen Bürgerräte auf Bundes-, regionaler und kommunaler Ebene einführen, um die Entscheidungen zu demokratisieren. Diese Beiräte setzen sich zusammen aus Interessenvertretern der Fahrgäste, Beschäftigten, Umweltverbänden, Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam mit Parlamenten über Anforderungen, langfristige Investitionen und Ausgestaltung der vernetzten Mobilitätsdienstleistungen entscheiden.

- Bei der Planung von Verkehrsprojekten müssen Planungsbehörden die Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertretungen von Anfang an stärker einbeziehen und Volksentscheide in einem frühen Stadium möglich werden. Wir wollen eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung hin zur umweltgerechten Mobilitätsplanung.

Regionale Entwicklung und gleiche Lebensverhältnisse

Die Lebensverhältnisse in verschiedenen Regionen in der Bundesrepublik sind von großer Ungleichheit gezeichnet: Die Entindustrialisierung im Osten des Landes sowie in den ehemaligen Industrie- und Bergbauzentren und Werftenregionen haben Narben hinterlassen. Wir wollen den Auftrag, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu schaffen, mit verstärkten Investitionen im Dienstleistungssektor, mit Ausbau und Förderung personennaher Dienstleistungen und mit umweltverträglicher und friedlicher Industrieproduktion nachkommen. Unsere Konzepte zum sozial-ökologischen Umbau und zum Umbau der Rüstungsindustrie sind auch ein Beitrag zur Regionalpolitik.

Gegen die Verflechtungen des globalen finanzgetriebenen Kapitalismus setzen wir auf eine Strukturpolitik, die regionale Wirtschaftskreisläufe fördert. Nur so können „gleichwertige Lebensverhältnisse“ mit einer erweiterten demokratischen Mitbestimmung und Teilhabe verbunden werden.

- Wir wollen die Regionalplanung demokratisieren, die Rolle von Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren beim Umbau stärken, regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern, um Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus zu schaffen. Die

1 Erfahrungsvorsprünge im Osten können bei den anstehenden Strukturreformen in den
2 alten Bundesländern sinnvoll genutzt werden.

- 3 • Netzwerke zwischen regionalen Hochschulen, Gewerkschaften, kleinen und mittleren
4 Unternehmen sowie Genossenschaften wollen wir fördern. Ein Modell könnten
5 regionale Struktur- und Wirtschaftsräte sein, wie sie in gewerkschaftlichen
6 Diskussionen entwickelt worden sind.
- 7 • Wir wollen die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärker fördern. Öffentliche
8 Infrastruktur und Daseinsvorsorge müssen ebenso verbessert werden wie die
9 medizinische Versorgung, die kulturellen Angebote und die Strukturen der Kinder- und
10 Jugendhilfe. Für einen schnellen Zugang zum Internet für alle muss die notwendige
11 Infrastruktur geschaffen werden.
- 12 • Regionale Energiekreisläufe und Bio-Energiedörfer wollen wir stärken, regionale Märkte
13 für Nahrungs- und Futtermittel fördern.

15 **Gerechtigkeit für die Menschen in Ostdeutschland: Löhne und Renten angleichen**

16 Ziel linker Politik ist es, die soziale und ökonomische Spaltung Deutschlands in Ost und West
17 zu überwinden. Wir wollen den Auftrag des Grundgesetzes und des Einigungsvertrages
18 endlich Wirklichkeit werden lassen. 23 Jahre nach der Deutschen Einheit leben die Menschen
19 in den ostdeutschen Bundesländern mit einer annähernd doppelt so hohen
20 Erwerbslosenquote. Die Einkommenshöhe erreicht lediglich 80 Prozent des Westniveaus. Der
21 Niedriglohnsektor ist doppelt so groß, so dass am Ende des Erwerbslebens die
22 Alterseinkünfte um 18 Prozent niedriger liegen als im Westen. Kinderarmut ist weit verbreitet,
23 und die Lebenserwartung von Männern, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sinkt.

- 24 • Die Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau soll bis Ende 2017 erreicht
25 werden. Die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter muss erhalten
26 bleiben, solange es noch starke Lohndifferenzen zwischen Ost und West gibt. Es muss
27 Schluss sein mit den rund 20 Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen, die für
28 verschiedene Berufs- und Betroffenenengruppen im Zuge der Rentenüberleitung
29 geschaffen wurden. Die Lebensleistung Ost muss anerkannt werden.
- 30 • Die fortschreitende Spaltung insbesondere am ostdeutschen Arbeitsmarkt muss
31 beendet, der Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestoppt werden.
32 Kürzungen stellen insbesondere finanzschwache Kommunen vor unlösbare Aufgaben.
33 DIE LINKE fordert deshalb eine Umkehr in der Arbeitsmarktpolitik, in der „Gute Arbeit“
34 das Leitmotiv auch am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist. Die Tarifsysteme müssen
35 funktionieren, Niedriglöhne ausgeschlossen und die Tarifbindungen der Unternehmen
36 erhöht werden.
- 37 • Der Solidarpakt II ist der wichtigste Eckpfeiler für die Entwicklung der ostdeutschen
38 Bundesländer und darf nicht angetastet werden. Bereits jetzt muss über mögliche

1 Mechanismen und Instrumente einer Anschlussförderung auch nach 2019 für
2 strukturschwache Regionen in Ost und West intensiv nachgedacht werden.

- 3 • Im Zuge des sozial-ökologischen Umbaus ist die „Gemeinschaftsaufgabe Regionale
4 Wirtschaftsstruktur“ als wichtigstes ostdeutsches Wirtschaftsförderinstrument
5 finanziell langfristig zu sichern. Vorrangig soll in Zukunftsbranchen und
6 Zukunftstechnologien investiert werden. Dies gilt ebenso für die
7 Innovationsprogramme für den ostdeutschen Mittelstand. DIE LINKE setzt sich zudem
8 für eine Neuauflage der Investitionszulage ein, die vor allem kleinen und
9 mittelständischen Unternehmen zugutekommt.

10 Insgesamt muss umfangreicher in Wissenschaft und Forschung investiert werden, um so die
11 Innovationsleistungen in Ostdeutschland weiter zu erhöhen.

- 12 • Das für die ostdeutsche Forschungsförderung wichtige Programm „Zwanzig20“, das
13 mit einem Gesamtbudget von 500 Millionen Euro bis zum Jahr 2019 ausgestattet sein
14 soll, muss finanziell auf sichere Beine gestellt werden.
- 15 • Städtebauförderung, Stadtumbauprogramme und das Programm „soziale Stadt“ sind
16 bedarfsgerecht mit entsprechenden Bundesmitteln auszustatten und programmatisch
17 so fortzuentwickeln, dass Städte und Gemeinden in die Lage versetzt werden, die
18 Herausforderungen der demografischen Entwicklung, des Stadtumbaus und der
19 Konversion, des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie des Klimawandels
20 und des energetischen Umbaus zu bewältigen.
- 21 • Dazu gehört, dass die ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen von den sogenannten
22 Altschulden (etwa sieben bis acht Milliarden Euro) befreit, diese im Interesse der
23 Mieterinnen und Mieter einerseits und der öffentlichen Unternehmen andererseits
24 gestrichen werden und durch die bislang profitierenden Banken zu tragen sind. Die
25 freigesetzten finanziellen Ressourcen sind für eine echte Aufstockung der
26 Städtebauförderung, zur beschleunigten energetischen Sanierung der
27 Wohnungsbestände sowie für deren barrierefreien Umbau zu verwenden.

Den ländlichen Raum lebenswert machen. Natur und Tiere schützen

Ländliche Räume abseits der Zentren sind landwirtschaftlich und von Landschaftspflege geprägt. Sie versorgen mit Nahrungsmitteln, bieten Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. DIE LINKE will den ländlichen Raum stärken. Viele ländliche Regionen – besonders in Ostdeutschland – stecken zunehmend in einer strukturellen Krise: hohe Erwerbslosigkeit, wirtschaftliche Alternativen fehlen, die Bevölkerungsdichte geht zurück, besonders durch die Abwanderung junger Leute auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Staatliche Förderung wird zunehmend auf Wachstumszentren konzentriert. Strukturschwache ländliche Räume geraten dadurch weiter in Rückstand.

- Agrarförderprogramme müssen sozial und ökologisch ausgerichtet werden. Wir wollen den Ökolandbau fördern und ausweiten, die biologische Vielfalt auf dem Acker und im Stall erhalten. Der Einsatz von Mineraldüngern und Pflanzenschutzmitteln soll durch verbindliche Übergangsregelungen verringert werden.
- Wir wollen das Recht auf freien Nachbau von Saatgut sichern und treten der Marktmacht von Saatgut- und Gentech-Konzernen entgegen.
- Der Aufkauf von landwirtschaftlichen Flächen durch internationale Konzerne und die Spekulation damit soll unterbunden werden.
- Agro-Gentechnik und Biopatente wollen wir verbieten. Das Gentechnikgesetz und die Kennzeichnungsvorschriften müssen verschärft werden.
- Wir wollen die flächendeckende Land- und Forstbewirtschaftung stabil erhalten und durch nicht-landwirtschaftliche Gewerbe und Dienstleistungen stärken.

Wir wollen den Naturschutz stärken und vor Privatisierung schützen. Mit Ausnahme von Umwelt- und Naturschutzverbänden als neue Eigentümer sollen die geschützten Flächen in öffentlicher Hand bleiben. Der Flächenverbrauch muss reduziert und mehr unzerschnittener, verkehrsarmer Landschaftsraum geschaffen werden.

- Die Hochwasser-Rückhalteflächen sollen ausgeweitet, der Moorschutz soll ausgebaut werden.
- Bürgerinnen und Bürger sowie Umwelt- und Naturschutzverbände sollen umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte erhalten.

Auch die Tierhaltung wollen wir verbessern. Haltungsformen müssen an die Tiere angepasst werden, nicht die Tiere an eine Haltungsform, die nur ökonomischer Effizienz verpflichtet ist.

- Der Einsatz von Antibiotika muss deutlich reduziert werden; wir wollen Notfonds für Betriebe bei neuen oder unbekannten Tierkrankheiten.
- Quälerei Praktiken in der Tierhaltung müssen unterbunden werden. Transporte von lebenden Tieren wollen wir auf maximal vier Stunden begrenzen, die Haltung von Wildtieren in Zirkussen, Delfinarien und Privathaushalten untersagen.

- Lebensmittel sollen mit Tierschutzsiegeln gekennzeichnet werden.
- Wir setzen uns für die Ablösung von Tierversuchen ein.

Papier ist geduldig. Tierschutzrechtliche Bestimmungen müssen auch durchgesetzt werden. Um hier Vollzug zu ermöglichen, müssen die Behörden vor Ort finanziell und vor allem personell besser ausgestattet sein als bisher. Anerkannte Tierschutzvereine müssen Verbandsklagerecht erhalten.

Tourismus: ökologisch verträglich und sozial gerecht

Die soziale Spaltung der Gesellschaft schließt viele Menschen vom Tourismus und damit von der Teilhabe an Möglichkeiten der Erholung, Bildung, Kultur und des Naturerlebens aus. Wir wollen, dass daran alle Menschen teilhaben können. Die Bundesregierung soll mehr Mittel für sozialen, barrierefreien Tourismus bereitstellen, besonders für Reisen von Kindern und Jugendlichen, Familien und Alleinerziehenden mit Kindern. Der Landtourismus soll ausgebaut werden, weil er als Säule regionaler Wirtschaftsentwicklung zugleich einen ökologisch nachhaltigen Sozialtourismus fördert. Gute Ausbildung und gute Arbeit müssen auch in der Tourismus-Branche gesichert sein.

V Demokratische Teilhabe:

Für eine Demokratie, in der es was zu entscheiden gibt

Demokratie hat soziale Voraussetzungen: Alle Menschen müssen an der Gesellschaft, an Kultur und Bildung teilhaben, frei von staatlicher Überwachung ihre Meinung bilden und am demokratischen Prozess teilnehmen können. Wer das Gefühl hat, dass es nichts zu entscheiden gibt, dass alle wichtigen Fragen schon vorentschieden sind, zieht sich aus der Demokratie zurück. Wirtschaftliche Macht zieht demokratische Ohnmacht nach sich. Deshalb muss Demokratie in wirtschaftliche Macht eingreifen. Wir erleben gegenwärtig das Gegenteil. Die europäischen Parlamente werden im Zuge der Krisenbearbeitung ihres Einflusses beraubt. Kanzlerin Merkel fordert eine „marktkonforme Demokratie“. Soziale Ungleichheit schadet der Demokratie. Wir wollen einen neuen Weg einschlagen.

Demokratie bedeutet mehr, als alle vier Jahre Wahlen abzuhalten oder im Parlament abzustimmen. Demokratie ist die Grundlage des Gemeinwesens. Dies bedeutet, dass alle möglichst wirksam auch an den Entscheidungen beteiligt werden, die für alle bindend sind. Die dafür geeigneten und notwendigen sozialen Bedingungen wollen wir stärken, die Bürgerrechte schützen und für neue Formen der demokratischen Beteiligung eintreten.

Unser Ziel ist, eine nachhaltige Demokratisierung der Demokratie von Staat und Gesellschaft zu befördern. Fehlentwicklungen innerhalb und außerhalb des Parlaments müssen korrigiert, neue Impulse gegeben werden. Politische, soziale und kulturelle Teilhabe und die dazu notwendigen Rechte sind universell zu sichern. Soziale und demokratische Rechte sind unteilbar. Grundrechte müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise gelten, sie dürfen für Erwerbslose, Hartz-IV-Betroffene, Migrantinnen und Migranten oder für außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen nicht eingeschränkt werden.

Die Beteiligung an Wahlen und Entscheidungen muss auf allen Ebenen auf Hindernisse überprüft und verbessert werden.

- DIE LINKE fordert eine umfassende Wahlrechtsreform. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört abgeschafft. Wir wollen das Wahlrecht ab der Vollendung des 16. Lebensjahres und für alle seit fünf Jahren hier lebenden Menschen. Wir lehnen ab, dass Menschen, die unter Vollbetreuung stehen, von der Wahl ausgeschlossen werden. Die Wahl mittels Wahlcomputer lehnen wir ab.
- Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgängen ist längst überfällig und muss gewährleistet werden. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist – unabhängig vom Gesundheitsstatus – für Menschen mit und ohne Behinderungen zu wahren.
- Wir wollen Volksentscheide mit niedrigen Zugangshürden auf Bundesebene sowie umfassende Informations- und Auskunftsrechte einführen, die Gesetzgebung und Regierungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger durch Open-Data transparent machen.

- Die Oppositionsrechte in Plenen und Ausschüssen in allen Parlamenten wollen wir stärken. Ausschusssitzungen sollen grundsätzlich öffentlich sein.

Infrastruktur- und Großprojekte wie Stuttgart 21 oder das Endlager in Gorleben haben Kritik und Protest auf sich gezogen. Entscheidungen der etablierten Politik waren fragwürdig und zeigten große Defizite in der Demokratie. Es geht nicht allein um Vorabinformation und Transparenz, sondern um realen Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Angelegenheiten vor Ort, in den Ländern und auf bundespolitischer und europäischer Ebene.

- Wir wollen verbindliche Bürgerinnen- und Bürgerforen einrichten. Planfeststellungsverfahren sind so anzulegen, dass allen ausreichend Zeit bleibt, sich zu informieren, ihre Betroffenheit zu überprüfen und sich verbindlich zu beteiligen. Eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens lehnen wir ab und wollen das Beschleunigungsgesetz, mit dem die rot-grüne Regierung den Bau von Autobahnen erleichtern wollte, rückgängig machen.
- Ökonomische, ökologische und technische Großprojekte müssen in Bund, Ländern und Kommunen mit allen Informationen Gegenstand von parlamentarischen Beratungen sein.
- Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss zurückgedrängt werden. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht Mittel der Einflussnahme sein. Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyvertretern in Bundesministerien und von Abgeordneten bei Lobbyvertretern ein. Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind zu veröffentlichen. Unternehmensspenden an Parteien wollen wir verbieten und hohe Spenden von Privatpersonen transparent machen.
- Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft, in Unternehmen herrschen alles andere als demokratische Zustände. Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und Unternehmensebene müssen ausgeweitet, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft am Produktivkapital beteiligt werden. Wir brauchen neue Strukturen – beispielsweise in Form von Branchen-Räten –, die den demokratischen Einfluss der Gesellschaft auf das Wirtschaftsgeschehen garantieren und so eine wirkliche Vergesellschaftung bestimmter Bereiche möglich machen (vergleiche Kapitel 4).

DIE LINKE wirbt für die Idee einer „neuen Solidarität von unten“. Die Demokratisierung der Demokratie darf nicht dazu führen, den Einfluss sozialer Schichten zu stärken, die durch Bildung, Einkommen oder Zugang zur Öffentlichkeit ohnehin privilegiert sind. Ressourcen müssen öffentlich bereitgestellt werden, die es breiten Bevölkerungsschichten ermöglichen, demokratische Teilhabemöglichkeiten auch in Anspruch zu nehmen: Das betrifft technische und räumliche Infrastrukturen, Rechtsberatung und finanzielle Mittel.

Freiheit und Sicherheit: Bürgerrechte ausbauen

Die Grund- und Bürgerrechte geraten auch in fortgeschrittenen parlamentarischen Demokratien immer wieder unter Druck. Sie werden aus ökonomischen Gründen relativiert oder mit der Begründung, die Freiheit zu schützen, der Sicherheit geopfert. Plötzlich steht zur Diskussion, Militär im Inneren einzusetzen oder unter Folter erzwungene Geständnisse doch zu nutzen. Die Versammlungsfreiheit und das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung der Bürgerinnen und Bürger werden immer wieder massiv eingeschränkt. Der öffentliche Raum wird im Namen der Sicherheit einer permanenten Überwachung unterworfen, ebenso werden Beschäftigte in den Betrieben oftmals durch Kontrolle und Beobachtung ihrer Persönlichkeitsrechte beraubt. Um die Computer von Privatpersonen vor Durchsuchungen des Staates zu schützen, musste das Bundesverfassungsgericht eigens ein neues Grundrecht schaffen – und konnte den Schutz doch nicht umfassend durchsetzen.

DIE LINKE kämpft für die Verteidigung und Wiedereinsetzung der Grund- und Bürgerrechte.

- Wir wollen parlamentarische Beobachter bei Demonstrationen rechtlich institutionalisieren.
- Das politische Sonderstrafrecht (§§ 129a und 129b StGB) muss abgeschafft werden, die Strafgesetze reichen zur Verbrechensbekämpfung aus.
- Wir wollen die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste, Schwarze Sheriffs verhindern bzw. rückgängig machen. Es ist schon schwierig genug, staatliche Sicherheitsbehörden zu überwachen, bei privaten Diensten ist das unmöglich.
- Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sichern: gegen Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchungen, Funkzellenabfrage, Video-, Späh-, Lauschangriffe und Rasterfahndung. Mit Blick auf die sozialen Medien (facebook, myspace) müssen die Bürgerrechte erneuert und gesichert werden. Dies schließt einen Schutz vor Mobbing ebenso ein wie das Recht auf eine vollständige Löschung aller gespeicherten Daten.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, zur Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz die Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte (nach dem Vorbild der Mehrheit der EU-Staaten) zu ermöglichen.
- Der Verfassungsschutz, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützt die Demokratie nicht, sondern gefährdet sie. Wir wollen deswegen den Verfassungsschutz zugunsten einer unabhängigen Beobachtungsstelle „Neonazis, Rassismus, Antisemitismus“ auflösen.
- DIE LINKE setzt sich für den Schutz von Personen und Strukturen ein, die kritische Öffentlichkeit möglich machen: sogenannte Whistleblower – Informanten über Missstände in Unternehmen und Behörden – und Plattformen im Internet, auf denen kritische Informationen veröffentlicht werden können (Leakingplattformen).

1 Um ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu sichern, müssen die Rechte von Frauen und Kindern
2 gestärkt werden.

- 3 • Wir wollen die §§ 218, 219 StGB streichen. Frauen müssen besser vor
4 geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt, Frauenhäuser bedarfsgerecht finanziert
5 werden.

6 **Kein Fußbreit den Nazis: Antifaschismus ist gelebte Demokratie**

7 Rassismus, Nationalismus und eine allgemeine Ideologie der Ungleichheit der Menschen sind
8 das Kennzeichen der extremen Rechten in all ihren Schattierungen. Sie sind jedoch keine
9 gesellschaftlichen Randphänomene. Soziale Ausgrenzung und die Ent-Sicherung der
10 Lebensverhältnisse sind der Nährboden, auf dem faschistische Politik wächst. Gerade in
11 Zeiten der Krise versuchen rechte Gruppierungen, aus dieser Entwicklung Kapital zu schlagen.
12 Eine starke LINKE, das zeigt der Blick auf die Verhältnisse in anderen Ländern Europas, kann
13 eine Barriere gegen das Anwachsen von antidemokratischen, nationalistischen und
14 rassistischen Tendenzen sein. Als Teil der demokratischen Gesellschaft steht auch DIE LINKE
15 gegen Ungleichheitsideologien, jede Form von Rassismus, Demokratiefeindlichkeit und
16 Neofaschismus ein.

17 Die Mord- und Terrorserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ hat die tödliche Gefahr
18 von rechts und das Versagen des Verfassungsschutzes in aller Deutlichkeit gezeigt. Sie zeigt
19 sich auch an knapp 1 000 rechten Gewalttaten im Jahr und an mehr als 160 Todesopfern
20 rechter und rassistischer Gewalt seit 1990, von denen staatliche Statistiken nur ein knappes
21 Drittel überhaupt anerkennen.

22 Ohne ein breites gesellschaftliches Engagement gegen rechts kann der Kampf gegen die
23 Nazis und gegen alle Ideologien der Ungleichheit nicht gewonnen werden. Deshalb setzt sich
24 DIE LINKE dafür ein, dass dieses antifaschistische Engagement anerkannt und gefördert wird.

- 25 • Die Bundesprogramme gegen rechts müssen dauerhaft und umfassend gefördert und
26 alle Hindernisse für die Programme (z.B. die Extremismusklausel) beseitigt werden.
27 DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für eine antifaschistische Erinnerungskultur ein.
- 28 • DIE LINKE fordert ein Verbot der NPD. Es wird das Problem von Rechtsextremismus
29 und Rassismus allein nicht lösen, steht aber für eine gesellschaftliche Ächtung und
30 verhindert staatliche Unterstützung für die Strukturen der Extremen Rechten.
- 31 • Gruppierungen und Individuen, die sich gegen rechtsradikale und rassistische
32 Bestrebungen wenden, dürfen von Seiten staatlicher Stellen nicht diskriminiert und
33 unter Vorwänden rechtlich und polizeilich verfolgt werden. Angesichts der Vielzahl von
34 Fällen, in denen diejenigen polizeilich verfolgt wurden, die rechte Politik beobachten,
35 skandalisieren und gegen sie protestieren, wollen wir eine bundesweite Ombudsstelle
36 einrichten, die administrativen und polizeilichen Übergriffen nachgeht.

Demokratie für alle, die hier leben. Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten

DIE LINKE tritt für eine weltoffene Gesellschaft ein, für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen. Das erfordert gleiche Rechte auf soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen.

Die Politik der sozialen Ausgrenzung durch Lohndumping und Leiharbeit, Sozialraub und Privatisierungen, Hartz IV, Studiengebühren, Zerstörung der gesetzlichen Rente und ein sozial selektives Bildungssystem haben dazu geführt, dass Armut besonders unter Migrantinnen und Migranten zugenommen und sich verfestigt hat. 15,9 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, mehrheitlich sind sie deutsche Staatsangehörige. Sie sind fast doppelt so häufig von Erwerbslosigkeit betroffen, ihr Armutsrisiko ist dreimal höher als das der übrigen Bevölkerung. Diese Diskriminierung liegt an der unsozialen und ausgrenzenden Politik der bisherigen Bundesregierungen.

DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die Rechte danach vergibt, ob Menschen als „nützlich“ fürs Kapital gelten: Quoten, Kontingente und Punktesysteme sind Instrumente einer neo-kolonialen, selektiven Einwanderungspolitik. Wir brauchen keine Verschärfungen des Aufenthaltsrechts und rassistische Debatten über angebliche Integrationsverweigerer, wir brauchen gezielte Förderangebote und eine konsequente Anti-Diskriminierungspolitik. Wir wollen die strukturellen Nachteile und Barrieren beim Zugang zu Bildung und Ausbildung, zum Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen.

- Darüber hinaus fordert DIE LINKE leichtere Einbürgerungsmöglichkeiten für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Wir wollen doppelte Staatsbürgerschaften ermöglichen.
- Wir wollen Wahlrecht für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können.
- Die Angebote freiwilliger Sprachkurse und Beratungsangebote wollen wir verbessern. Die diskriminierenden Deutsch-Tests beim Ehegattennachzug und im Aufenthaltsrecht wollen wir abschaffen.
- Der Familiennachzug von Kindern, Ehegatten und (gleichgeschlechtlichen) Lebenspartnerinnen und -partnern darf nicht behindert werden.
- Qualifikationen, die im Ausland erworbenen wurden, müssen anerkannt werden.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rechte der hier lebenden Minderheiten – Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben – geschützt und gefördert werden. Um beispielsweise Schulschließungen zu verhindern, muss sich der Bund an den Kosten der Förderung von Minderheiten beteiligen.

Asylrecht ausbauen, europäischen Flüchtlingsschutz solidarisch gestalten

Das Asylrecht gerät immer wieder ins Visier rechter Kampagnen. Bis weit in die bürgerliche Mitte reichen Vorwürfe, Asylsuchende würden Betrug und Missbrauch betreiben. In den vergangenen Jahren zielten solche Kampagnen besonders auf Roma aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die in Deutschland Schutz vor massiver Diskriminierung suchten. In einer Logik der Abschreckung werden Asylsuchende in Deutschland einem diskriminierenden und ausgrenzenden Regime von Schikanen unterworfen. Der Rechtsschutz im Asylverfahren wird auf vielen Wegen ausgehebelt. Zugleich errichtet die EU an ihren Außengrenzen ein militärisches Abschottungsregime.

- Wir fordern eine humane Flüchtlingspolitik auf deutscher und europäischer Ebene sowie eine andere Wirtschafts-, Ressourcen- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut und Hunger, um die Ursachen von Konflikten und damit von Flucht und Vertreibung zu beheben.
- Schluss mit den Schikanen gegen Flüchtlinge! Das Asylbewerberleistungsgesetz, die Residenzpflicht und die Unterbringung in Sammellagern müssen sofort abgeschafft werden. Asylsuchenden steht die gleiche Grundsicherung zu. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen müssen als Asylgrund umfassend anerkannt werden. Traumatisierte Flüchtlinge müssen muttersprachliche psychotherapeutische Versorgung erhalten.
- Wir wollen ein Bleiberecht für alle Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16a Grundgesetz) muss in seiner Substanz wieder hergestellt werden (Drittstaatenregelung, Dublin-II-Verordnung abschaffen).
- Die EU-Abschottungsagentur FRONTEX muss abgeschafft werden. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme in der EU ein.

Selbstbestimmt und mittendrin: eine inklusive Gesellschaft ohne Hindernisse

Alle Menschen müssen mit ihren Möglichkeiten als vollwertige Bürgerinnen und Bürger gewürdigt und gefördert, dürfen nicht auf Menschen mit Mängeln reduziert und bevormundet werden – so geben es die Leitlinien der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor, und das ist Grundlage LINKER Politik. Das erfordert ein neues Denken und Handeln bei politisch Verantwortlichen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Betroffenen selbst, das wir gemeinsam mit Betroffenen und Verbänden weiter voranbringen wollen.

Das betrifft unterschiedliche Politikbereiche: von einem wirkungsvolleren Antidiskriminierungsgesetz über barrierefreies Wohnen und Wählen bis hin zu guter Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Alle Gesetze und Verordnungen sind deshalb auf der Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention zu überprüfen.

- 1 • Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention soll unter
2 wirklicher Beteiligung von Betroffenen und ihrer Interessenvertretungen
3 fortgeschrieben und konkretisiert werden. Nachprüfbare Zielvorgaben,
4 Umsetzungsfristen und eine ausreichende Finanzierung sind unumgänglich –
5 Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden.
- 6 • Wir unterstützen Initiativen, die Landesgleichstellungsgesetze zu vereinheitlichen und
7 auf die Kommunen zu erweitern. In den Ländern und Kommunen müssen zudem
8 hauptamtliche, unabhängige und ressortübergreifend tätige
9 Landesbehindertenbeauftragte eingerichtet werden.

10 In der Bundesrepublik leben fast zehn Millionen Menschen mit Behinderungen. Immer mehr
11 Menschen „erwerben“ zudem eine Behinderung: durch schlechte Arbeitsbedingungen, Stress
12 und sozialen Druck. Fehlende Investitionen in den Kommunen, Leistungskürzungen und die
13 Aussonderung von Menschen aufgrund ihrer Behinderung schränken die
14 Gestaltungsmöglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben ein. Statt voller gesellschaftlicher
15 Teilhabe und Selbstbestimmung erleben Menschen mit Behinderungen oftmals die
16 Unzugänglichkeit von öffentlichen Räumen, Schulen, Praxen und Verkehrsmitteln, die
17 Ausgrenzung in Sonderschulen und Heimen und die Diskriminierung in vielfältigen
18 Lebenslagen.

19 Wir setzen uns für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen und ihren
20 Interessenvertretungen ein. Das beinhaltet z.B. die Förderung unabhängiger Beratung, die
21 Unterstützung von Betroffenenverbänden und Stärkung der Rechte von Betriebs- und
22 Personalräten, Schwerbehindertenvertretungen sowie Werkstatträten und
23 Frauenbeauftragten in Behinderteneinrichtungen.

- 24 • Bestehende bauliche und kommunikative Barrieren müssen durch ein
25 Investitionsprogramm beseitigt werden. Öffentliche Investitionen und Fördergelder
26 sollen zukünftig an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.
- 27 • Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein
28 ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich.
- 29 • Die erforderlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Mittel müssen bereitgestellt
30 werden, um das Recht auf inklusive Bildung in allen Bildungswegen und -einrichtungen
31 für das gesamte Leben zu sichern.
- 32 • Um behinderungsbedingte Nachteile durch z.B. spezielle Hilfsmittel, persönliche
33 Assistenz oder bauliche Maßnahmen auszugleichen, braucht es ein
34 bundeseinheitliches Teilhabesicherungsgesetz. Die Leistungen sollen ohne
35 Einkommens- und Vermögensprüfung bedarfsdeckend zur Verfügung gestellt werden
36 und gute, tarifliche Arbeitsbedingungen für die Assistenzkräfte garantieren.
- 37 • Um das Recht auf gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen,
38 wollen wir die Mindestbeschäftigungsquote auf sechs Prozent anheben und die
39 Ausgleichsabgabe bei Verstoß mindestens verdreifachen. Der Sonderstatus von

1 Werkstattbeschäftigten muss abgeschafft, ihr Arbeitnehmerrecht gestärkt sowie
2 gleicher Lohn bei gleicher Arbeit durchgesetzt werden.

4 **Für eine moderne Drogenpolitik: Kriminalisierung und Ausgrenzung entgegenwirken**

5 Der Konsum von Drogen gehört zum Alltag. Missbrauch von Cannabis ist nicht
6 gesundheitsschädlicher als der von Alkohol oder Zigaretten. Aber er wird anders behandelt.
7 Der Missbrauch von Drogen aller Art kann zu schweren gesundheitlichen, sozialen und
8 gesellschaftlichen Problemen führen. Um diese individuellen und gesellschaftlichen Probleme
9 möglichst gering zu halten, setzt sich DIE LINKE für eine aufgeklärte Drogenpolitik ein.

- 10 • Da der Missbrauch von Drogen oft eng mit den konkreten Lebensumständen der
11 Menschen zusammenhängt, bedarf es ausreichender und bedarfsorientierter
12 Angebote der psychosozialen Begleitung und Betreuung von Rauschmittelabhängigen
13 auf freiwilliger Grundlage.
- 14 • Wir wollen die Möglichkeiten zur Drogensubstitution verbessern, indem für die
15 entsprechenden Ärzte Rechtssicherheit geschaffen und die Aushändigung von
16 Ersatzmitteln erleichtert wird. Die Behandlung mit Diamorphin, einem synthetischen
17 Heroin, muss flächendeckend ermöglicht werden.
- 18 • Um die Gesundheitsgefahren für Konsumentinnen und Konsumenten zu verringern,
19 wollen wir Drug-Checking-Angebote zur Prüfung der Verunreinigung von Drogen
20 ausbauen und für Risikogruppen kostenlos sauberes Spritzbesteck zur Verfügung
21 stellen.

22 Die bisherige repressive Drogenpolitik fördert drogenbezogene Probleme wie die organisierte
23 Drogenkriminalität oder den sozialen Abstieg und Gesundheitsrisiken für Abhängige. DIE
24 LINKE setzt sich für eine Gesellschaft ein, die nicht auf Strafe und Repression gegen
25 Drogenkonsumentinnen und -konsumenten setzt, sondern mit Prävention und Aufklärung
26 dem Drogenmissbrauch vorbeugt.

- 27 • DIE LINKE steht dafür, das international vereinbarte Werbeverbot für Tabakprodukte
28 endlich auch in der Plakat- und Kinowerbung umzusetzen und ebenso im Sponsoring
29 anzuwenden.
- 30 • Um die Gefahren der Spielsucht zu verringern, setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass es
31 in Gaststätten weniger Spielautomaten gibt und diese weniger suchtauslösende
32 Eigenschaften haben.
- 33 • DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Anbau von Cannabis zum eigenen Bedarf zu
34 genehmigen sowie Cannabis-Clubs auf nicht-kommerzieller Basis zu erlauben. Dabei
35 müssen der Jugendschutz sowie ein entsprechendes Werbeverbot gesichert sein. Wir
36 wollen die Möglichkeiten erleichtern, Cannabis als Arzneimittel medizinisch
37 einzusetzen und zu erforschen.

- Wir setzen uns für eine Enquete-Kommission ein, die die Wirkung der bisherigen Drogenpolitik untersucht, dabei internationale Erfahrungen einbezieht und Ansätze für eine Präventions- und Aufklärungsarbeit auf der Basis suchtmmedizinischer Erkenntnisse liefert.
- Wir wollen Drogenkonsum entkriminalisieren. Den Drogenmarkt wollen wir regulieren, um ihn so der organisierten Kriminalität zu entziehen und die katastrophalen Folgen des Drogenkrieges in Anbau- und Transitländern zu verringern.
- Um auch international ein Umdenken in der Drogenpolitik zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung auf, das Suchtstoffabkommen der Vereinten Nationen sowie die Drogenstrategie der Europäischen Union hin zu einer menschlichen und aufgeklärten Drogenpolitik zu beeinflussen.

Recht auf Feierabend: freie Zeit genießen

Freie Zeit ist ungleich verteilt, zwischen den Geschlechtern, Klassen, Berufsgruppen. Für viele Menschen dehnt sich Erwerbsarbeit immer mehr aus, oder die Belastungen nehmen so zu, dass freie Zeit vor allem mit Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit belegt ist. Frauen bringen nach wie vor mehr Zeit für Haushalt, Kochen, Putzen und Kinderversorgung auf – was oft nicht als „freie Zeit“ erlebt wird. Für Menschen mit geringem Einkommen sind viele Möglichkeiten, freie Zeit zu genießen, durch Hürden verstellt: Eintrittspreise, teure Ausstattung und Zubehör, die für Sport und Hobbys benötigt würden.

Wir wollen, dass alle Menschen gleichermaßen freie Zeit genießen können und den Zugang zu unterschiedlichen Freizeit- und Kulturangeboten öffnen – eine Frage der Demokratie.

Zeit haben, um auszuspannen, sich zu erholen, Fragen und Interessen nachzugehen – von der politischen Gestaltung hängt ab, wie zugänglich diese Möglichkeiten sind, wie demokratisch freie Zeit ist. Lesen, ins Rockkonzert gehen, im Internet surfen, Laufen gehen oder ins Fitnessstudio, Fernsehen, Kino, Schwimmen, Bibliothek oder Radio hören. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass jeder und jede diese Vielfalt selbstbestimmt nutzen kann.

Vielfalt braucht auch Räume zum Ausprobieren und Entdecken, damit alle herausfinden können, was sie wollen und können. Damit Talente wie kulturelle Traditionen entdeckt und gefördert werden, braucht es Musikunterricht, Theaterabonnements, Materialien für Bildhauerei, Mal- oder Probenräume, 400-Meter-Laufbahnen wie Radwege. Das ist keine Frage des Geschmacks, sondern linker Politik.

- Mit öffentlich geförderter Beschäftigung wollen wir insbesondere in den Bereichen Soziales, Kultur und Ökologie sinnvolle und zusätzliche tariflich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen, die nicht unter dem Mindestlohn liegen dürfen.
- Öffentliche Jugendklubs, Kultureinrichtungen, Bibliotheken und vieles mehr sind für uns Bestandteile einer elementaren Daseinsvorsorge, die wir öffentlich organisieren

1 und ausreichend ausstatten wollen. Dafür ist die Finanzausstattung der Kommunen
2 deutlich zu verbessern.

3 Wir wollen die Zugangsbedingungen zum Sport für alle verbessern. Sport treiben zu können
4 soll nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Wir fördern behindertengerechten,
5 integrativen, natur- und umweltverträglichen Sport.

- 6 • Das Sportstättenförderprogramm für die Sanierung und den Bau von Sportstätten für
7 den Breitensport wollen wir neu auflegen. Fans und Aktive in den Vereinen sollen
8 stärker an der Gestaltung der Sportstätten beteiligt werden.
 - 9 • Wir wollen öffentlich finanzierte Beschäftigung im Bereich des Breitensports schaffen.
 - 10 • Die Mittel für Fanprojekte gegen Gewalt und Diskriminierung sollen erhöht werden.
11 Wir wenden uns gegen pauschale Verdächtigungen und Überwachungen von Fans
12 bestimmter Vereine oder Sportarten. Wir wollen die Beteiligung von Fans an
13 Vereinsentscheidungen verbessern.
 - 14 • Allen Menschen mit Behinderungen muss die umfassende Teilhabe am Sport möglich
15 sein.
- 16

17 **Kultur für alle statt prekär kreativ**

18 Kultur machen wir, wo wir unser Leben, unseren Alltag und unsere Gesellschaft herstellen –
19 uns über Beschränkungen klar werden – und darüber, was noch möglich und wünschenswert
20 wäre. „Kultur“ ist nicht nur Kunst und Literatur, Theater und Architektur. DIE LINKE tritt für
21 eine demokratische Kultur ein, in der keine Kulturtradition einer anderen übergeordnet wird,
22 weder regionale oder lokale noch eine „Hochkultur“ über die Alltagskulturen. Damit Kultur ein
23 Ausdruck unterschiedlicher Lebensrealitäten und Interessen sein kann, bedarf es einer
24 breiten Förderung. Aber viele Kommunen stehen aufgrund der sogenannten Schuldenbremse
25 vor dem finanziellen Aus. Kürzungen setzen oft bei den freiwilligen Leistungen wie der Kultur
26 an. Schließungen oder Rechtsformänderungen von öffentlichen Einrichtungen und ein
27 massiver Personalabbau haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich das Gewicht des
28 privatwirtschaftlichen Sektors zu Ungunsten des öffentlichen Kultursektors verschoben hat.

29 Privatisierung und Deregulierung gefährden Orchester und Bildende Künste, Bibliotheken und
30 Programmkinos, Schwimmhallen und Sportmöglichkeiten, die ohnehin der Subventionierung
31 bedürften. Die Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse machen es für den
32 überwiegenden Teil der Kreativen immer schwerer, von Kultur, Sport und Musik zu leben,
33 geschweige denn gut zu leben. Vielfalt benötigt mehr als den Erhalt des Status Quo, damit
34 alle an ihr teilhaben können.

- 35 • Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherung im Kulturbereich. Für
36 Bildende Künstlerinnen und Künstler soll eine Ausstellungsvergütung eingeführt
37 werden.

- Die Verwertungsgesellschaften wollen wir demokratisieren. Die Verhandlungsmacht der Kreativen gegenüber den Verwerterinnen und Verwertern durch eine Reform des Urhebervertragsrechts muss gestärkt werden.

Wir wollen eine Stärkung des öffentlichen und frei-gemeinnützigen Bereichs und einen Ausbau des kooperativen Kulturföderalismus.

Die UNESCO-Konvention für kulturelle Vielfalt, Förderung der Vielfalt von Kulturen muss im Einwanderungsland Deutschland umgesetzt werden. Die Kultureinrichtungen müssen sich stärker interkulturell öffnen.

Demokratisierung der Medien: Information und Selbstbestimmung

Die demokratische Gesellschaft lebt von einer lebendigen Öffentlichkeit und der Vielstimmigkeit der Diskussion. Medien tragen darin zur umfassenden Information sowie zur Meinungs- und Willensbildung bei – wenn die Pluralität hergestellt und gesichert ist. Dass Medien kommerzialisiert und von Machtverhältnissen geprägt sind, schwächt die Demokratie. Öffentlich-rechtliche Medien sollten dazu ein Gegengewicht bilden, doch orientieren sie oft selbst auf Quoten oder geraten unter Druck von parteilichen Mehrheiten im Rundfunkrat. Kritische Berichterstattung und Qualitätsjournalismus – damit die Information der Bevölkerung – werden so erschwert. Für Journalistinnen und Journalisten in den privaten Printmedien wird der Meinungskorridor eng: Ihre Arbeitsplätze hängen von Gewinn und Werbeeinnahmen ab. Ohne Unterstützung und Kontrolle durch die Öffentlichkeit besteht die Gefahr, dass die Medien selbst zur Gefährdung der Demokratie beitragen.

Wir wollen hochwertige Rundfunk- und Fernsehsendungen verteidigen gegen den Druck durch Kommerzialisierung. Wir treten dafür ein, die Interessen von allen in der Medien- und Filmindustrie abhängig und oft prekär Beschäftigten sicherzustellen.

- Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für Medien- und Filmemacher schaffen: „Fair Work“ in der Medienproduktion.
- Wir treten ein für die Gewährleistung der Kommunikations- und Medienfreiheit: Dafür wollen wir in traditionellen und digitalen Medien eine demokratische Medienordnung gestalten. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wollen wir reformieren und Rundfunkräte quotieren. Die Redaktionsstatute sollen eine hohe Mitbestimmung der Beschäftigten verankern.
- Die Kartellgesetze müssen verschärft werden, um die Medienkonzentration einzudämmen.
- Die öffentliche Ausrichtung des Journalismus ist neu zu organisieren – über alternative Finanzierungsmodelle, nutzergenerierte Verbreitungsformen und gemeinwirtschaftliche Vergütungsansätze.

- Wir wollen Medienkompetenz und Medienbildung umfassend stärken: in der vorschulischen Bildung, in Schule und Unterricht, in zivilgesellschaftlichen Projekten und in der Arbeitswelt.
- Barrierefreiheit in den Medien und die Vertretung von Behindertenverbänden in den Rundfunkräten sind für uns auch zukünftig ein wichtiges Thema.

Für ein offenes und freies Internet: digitale Spaltungen bekämpfen

Mit dem Internet hat sich verändert, wie Menschen kommunizieren und mit Informationen umgehen. Das Netz kann solidarisches Handeln und neue soziale Ökonomien ermöglichen; diese Tendenzen wollen wir fördern und die Möglichkeiten der politischen Partizipation erweitern. Aber es gibt auch vielfältige Gefahren: Staatliche Überwachung nimmt zu, und die kommerziellen Datensammlungen in den sozialen Netzwerken gefährden die informationelle Selbstbestimmung.

Für DIE LINKE ist Netzpolitik Gesellschaftspolitik. Wie wollen, dass das Internet als Raum der sozialen Innovation offen bleibt.

Wissen soll produktiv weiter verwendet werden dürfen. Das muss mit dem Recht der Schöpferinnen und Schöpfer geistiger Werke auf angemessene Bezahlung in Einklang gebracht werden. Wir wollen diese Fragen in modernen Patent- und Urheberrecht regeln. Die private Aneignung von Wissen in Form von Urheber- und Patentrechten darf nicht zur ökonomischen oder kulturellen Entwicklungsschranke werden.

- Wir fordern eine Reform des Urhebervertragsrechts, damit Kreative ihre Ansprüche auf angemessene Vergütung wirksam durchsetzen können. Wir setzen uns für neue Lizenz- und Vergütungsmodelle (Creative Commons, Kulturwertmark, Crowdfunding) sowie für eine umfassende Reform der Verwertungsgesellschaften ein.
- Wir lehnen ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab. Die Verlängerung urheberrechtlicher Schutzfristen wollen wir umkehren und Grundlagen für faire, nicht-kommerzielle Nutzungsmöglichkeiten schaffen. Die Kriminalisierung ganzer Nutzergruppen lehnen wir ab. Nicht-kommerzielle Nutzungshandlungen in Tauschbörsen sollen erlaubt sein. Wir fordern ein Recht auf Weiterverkauf von digitalen Kulturgütern.

Wir verstehen den Zugang zum Internet als Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums und der Daseinsvorsorge.

Kurzfristig wollen wir den egalitären Zugang zum Netz technisch sichern und gesetzlich verankern:

- Die Sicherung der Netzneutralität ist – wie die Versorgung mit Wasser und Strom – eine wichtige infrastrukturelle Aufgabe, die nicht der Steuerung durch den Markt überlassen bleiben darf.

- Zensur und Netzsperrern wollen wir verhindern. Rechte dürfen im Netz nur von öffentlichen Institutionen durchgesetzt werden. Die Deep Packet Inspection, d. h. den Einblick von Betreibern der Netze oder staatlichen Stellen in die Datenpakete, wollen wir unterbinden.

Wir wollen die demokratischen und sozialen Potenziale, die die digitale Revolution ermöglicht, freisetzen:

- Wir setzen uns ein für eine umfassende Nutzung von „Open Data“, in der die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben. Datenbestände von Verwaltungen, Behörden und öffentlichen Unternehmen sollen im Internet unter freien Lizenzen und in maschinenlesbarer Form zugänglich gemacht werden.

Wir wollen den Datenschutz stärken und das Recht auf Anonymität im Netz erhalten:

- Die Möglichkeit zur Nutzung von Diensten und Anwendungen darf nicht von einer Einwilligung in die Datenerhebung oder -weitergabe abhängen. Wir setzen uns für datenschutzfreundliche Technik („privacy by design“), für datensparsame Grundeinstellungen („privacy by default“) bei Webdiensten, Smartphones, Tablet-Computern und Apps sowie für das Recht ein, die eigenen Daten „mitzunehmen“ (Datenportabilität) oder zu löschen.
- Digitale Rasterfahndungen und Vorratsdatenspeicherung wollen wir verbieten.
- Software und Geräte, mit denen Internetnutzerinnen und -nutzer verfolgt und Internetsperren errichtet werden können, dürfen nicht exportiert werden. Zwischen Polizei und Nachrichtendiensten muss eine klare Trennung sichergestellt werden.

Wir wollen einen gleichberechtigten Zugang aller Menschen zum Netz. Dafür ist eine flächendeckende Breitbandversorgung gerade in strukturschwachen Regionen und für alle sozial wie gesellschaftlich Benachteiligten.

- Wir wollen Breitband-Internetanschlüsse in den gesetzlichen Universaldienst aufnehmen sowie Kommunen und Freifunkinitiativen fördern, damit diese kostenfreie und autonome Funknetze einrichten. Die sogenannte Störerhaftung ist dahingehend zu ändern, dass es erlaubt wird, Internetanschlüsse mit anderen jederzeit zu teilen.
- Den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation wollen wir beenden, internetfähige Endgeräte als Teil des soziokulturellen Existenzminimums anerkennen, Informations- und Partizipationsangebote barrierefrei gestalten.

Langfristig wollen wir neue Modelle der Finanzierung kreativer Werke etablieren. Freie Software und offene Technologien wollen wir fördern und unabhängige Bloggerinnen und Blogger sowie innovative Online-Plattformen unterstützen. Wenn digitaler Medieninhalte und neue Formate gemeinwirtschaftlich gefördert werden, müssen sie dauerhaft frei zur Verfügung stehen.

1 Schlechte Arbeitsbedingungen, unfaire Löhne, ökologisch und gesundheitlich untragbare
2 Zustände in den IT-Zuliefer- und Produktionsbetrieben, in der Gewinnung und Verarbeitung
3 von unentbehrlichen Metallen und seltenen Erden müssen ein Ende haben. Deshalb setzen
4 wir uns international für Fair-Work in der IT-Industrie ein.

6 **VI Gemeinsam das Land verändern.**

7 Unser Programm für die Wahl und die Politik der nächsten Legislaturperiode besteht aus
8 einer Vielzahl von Vorschlägen und Projekten. Sie hängen zusammen mit unserer Vorstellung
9 von einer solidarischen Alternative, dem demokratischen Sozialismus. Wir streiten für eine
10 Gesellschaft, in der Selbstverständliches wieder gelten soll: dass niemand in Armut leben
11 muss, alle von Arbeit gut leben können, der Lebensstandard im Alter gesichert ist, dass
12 Reichtum nicht in den Händen weniger bleiben soll, sondern dass zum Wohle aller in die
13 Gesellschaft investiert wird, dass in der Außenpolitik gilt: Nie wieder Krieg. Heute müssen
14 diese einfachen Dinge neu erkämpft werden.

15 Dass diese Forderungen zusammengehören, macht den Kern der LINKEN Politik aus.
16 Altersarmut kann nicht bekämpfen, wer nicht die Rentenquote erhöht und mit den
17 Billiglöhnen aufräumt. Die Billiglöhne lassen sich nicht bekämpfen, wenn nicht die Sanktionen
18 bei Hartz IV fallen und alle Anspruch auf einen Mindestlohn haben, der wirklich vor Armut
19 schützt. Wer Reichtum nicht umverteilen und die Reichen schonen will, der kann den
20 Politikwechsel nicht bezahlen – und bereitet sich schon darauf vor, leider die Versprechen
21 aus dem Wahlkampf nicht einlösen zu können.

22 DIE LINKE legt den Finger in die Wunden. Wir geben denen eine Stimme, die in der großen
23 Politik keine Lobby finden. Wir machen Druck und lassen nicht locker: Wir zeigen, wie es
24 gehen könnte.

25 Oft sieht es aus, als würde Gesellschaft und Politik nur im Parlament und im Fernsehen
26 gemacht. Doch soziale und demokratische Verbesserungen werden nur in enger
27 Zusammenarbeit von außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen und linken Kräften im
28 Parlament erreicht – und gegen Widerstände. DIE LINKE und die LINKEN sind dabei. Wir
29 knüpfen Verbindungen. Uns ist wichtig, was wir zusammen verändern. Der Horizont ist offen,
30 wir können ihn gemeinsam gestalten. Gerecht für alle.

www.die-linke.de